



zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Gerhard Senft **3** Aufstieg und Niedergang
der Technokratie
- Helmut Creutz **20** Leitzinssenkungen und
billige Notenbankkredite –
Sanierungsmöglichkeit für
die Banken ?
- Andreas Rams **25** Deflation – Ökonomisches
& Dirk Löhr Phänomen und Konsequenzen
der Wirtschaftspolitik
- 30** Berichte – Bücher –
Veranstaltungen

Liebe Leserin und lieber Leser,

in der Vergangenheit haben wir vielfach versucht, kritische Gedanken zum Geldwesen in die fachwissenschaftliche Diskussion hineinzutragen, und gehofft, dass sie zu vertiefenden Forschungen anregen könnten. Oftmals wurden diese Denkanstöße jedoch nicht wahrgenommen. So konnte es passieren, dass Prof. Otmар Issing von der EZB auf die Frage, welche Wirtschaftstheorie noch erfunden werden müsste, auf einem Symposium der Deutschen Bundesbank antwortete: "Eine Theorie, die das Zusammenwirken monetärer und realer Faktoren überzeugend erklärt." (*Financial Times Deutschland* vom 15.9.2003) Prof. Remsberger von der Bundesbank beklagte ebenfalls die "nach wie vor große Unsicherheit über das Verhältnis zwischen dem Finanzsystem und dem realen Sektor der Wirtschaft". (*Bbk-Auszüge aus Presseartikeln* Nr. 44/2003, S. 15)

Genau in diese Richtung gehen unsere Gedanken zur Diagnose und Therapie des Geldwesens. Dabei kommt es uns weniger auf eine bloße Analyse der Unsicherheiten in den Beziehungen zwischen der Finanz- und der Realosphäre an. Viel wichtiger ist eine Verringerung dieser Unsicherheiten. Der Schlüssel hierzu liegt unseres Erachtens in einer Verstetigung der Geldzirkulation mit Hilfe "künstlicher Durchhaltekosten" des Geldes (Keynes). Diese könnten die Unsicherheit erzeugende Eigendynamik des Geldes unter Kontrolle bringen und das Geld gleichsam an die Leine der Realwirtschaft legen. Es bräuchte also gar keine neue Theorie erfunden werden, weil sie – zumindest in Gestalt eines Grundgedankens – bereits vorliegt und 'nur' wissenschaftlich ausformuliert werden bräuchte.

Bislang beachtet die Standardökonomie diesen Denkansatz jedoch nur selten und lässt das "Rätsel Geld" bestehen. Kürzlich äußerten sich dazu Ökonomen der verschiedensten Denkrichtungen auf der Sonderseite "Geld spezial" in der Wochenzeitung "Die Zeit" (Nr. 45/2003, S. 33ff). Immerhin postulierte keiner von ihnen mehr

die These von der Neutralität des Geldes – auch der Monetarist Manfred Neumann hat sich davon verabschiedet. Der Postkeynesianer Rudolf Hickel bezeichnete sie sogar ausdrücklich als "absurd". Erfreulicherweise konnte auch Bernard Lietaer als "Vertreter der Freigeldschule" zum "Rätsel Geld" Stellung nehmen. Außer ihm denkt allerdings offenbar noch keiner der Ökonomen an eine Neutralisierung des Geldes im Sinne des oben erwähnten Vorschlags von Keynes. Doch gerade in Zeiten mit Deflationerscheinungen wie in Japan oder zumindest Deflationspotenzialen sollte dieser Vorschlag – so das Fazit des Beitrags von Andreas Rams und Dirk Löhrr zum vorliegenden Heft – gründlicher durchdacht werden.

Die Reform des Geldwesens hat gewiss 'geldtechnische' Seiten. Darüber hinaus ist sie jedoch auch ein ökonomisch-politisch-philosophischer Gesamtkomplex. Dies ist in der Vergangenheit nicht immer genügend mitbedacht worden. Die Reduktion der Geldreform auf etwas 'Geldtechnisches' war möglicherweise Ausdruck eines im 20. Jahrhundert sehr verbreiteten technokratischen Zeitgeistes, den uns Gerhard Senft in seinem Beitrag ausführlich vor Augen führt. Die Auseinandersetzung mit der Technokratie könnte sehr hilfreich sein, die technischen Aspekte einer Geldreform zu relativieren und sie in einem größeren Kontext einzuordnen. Der Beitrag von Senft enthält außerdem Denkanstöße zum Thema "Zukunft der Arbeit", um das es bei den nächsten Mündener Gesprächen am 20. und 21. März 2004 gehen wird.

Auf farbigem Papier ist diesem Heft ein Fragebogen beigeheftet: "Ihre Meinung interessiert uns". Redaktion und Herausgeber würden sich sehr freuen, Ihre Eindrücke von unserer Zeitschrift und Ihre Wünsche für die weitere Gestaltung möglichst zahlreich zu erfahren.

Ihr Werner Onken

Patente als Mittel zur Ausübung wirtschaftlicher und technischer Macht

"Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung der letzten 150 Jahre wäre nicht denkbar gewesen ohne die Einrichtung des Patentrechts. ... Im Bereich der verwertbaren Erfindungen selbst wird der Forschungsgegenstand auf den ökonomisch verwertbaren Aspekt der Neuerung begrenzt. Aspekte der Sicherheit, der Umweltverträglichkeit, des Einflusses auf menschliches Erleben und Verhalten, auf Sozialstrukturen usw., kurz: auf alle Aspekte der Erfindung, die außerhalb ihrer unmittelbaren ökonomischen Zwecksetzung liegen, werden durch das Patentrecht an den Rand des Forschungsinteresses gedrängt und müssen zurücktreten gegenüber dem Interesse an ökonomischer Verwertbarkeit. ... Zum anderen ist das Patentrecht über sein traditionelles Anwendungsgebiet, die Erfindungen im Bereich der unbelebten Natur, ausgedehnt worden auf den Bereich des Organischen, so dass heute auch Verfahren zur ‚Herstellung‘ bestimmter, gegenüber der Natur veränderter Zellen und Organe sowie die Resultate dieser Prozesse als patentierbar gelten. Es liegt wohl auf der Hand, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem Patentrecht durch diese Entwicklungen eine ganz neue Dringlichkeit bekommt. ...

Das Patentrecht verleiht dem Inhaber des patentierten Wissens ein ausschließliches Verwertungsrecht, das durch die Monopolrente, die diesem Rechte anhängt, einen Kapitalwert erhält. Dadurch ergeben sich bei ihm viele parallele Erscheinungen, die wir von der unnatürlichen Kapitalisierung des Bodens her kennen, z.B. Handel, Hortung und Spekulation. Es wird aber darüber hinaus durch das Patentrecht eine soziale Grundgebärde in der Gesellschaft verfestigt, die dahin geht, andere vom eigenen Haben auszuschließen – vor der Patentierung vom Stand des eigenen Wissens, danach von der Möglichkeit der Anwendung und Verwertung, und das auf einem Sektor, auf dem Mitteilung, Kommunikation und Schenkung gerade deswegen eine so sinnreiche Geste wären, weil sie den Gebenden nicht ärmer machen, sondern ihn in der Regel sogar bereichern."

Fritz Andres, Gedanken zum Patentrecht, in: Fragen der Freiheit Nr. 253 / 2000, S. 8-9 und 13.

"Patente sind Instrumente der Marktkontrolle. Die Existenz von Patenten unterminiert die soziale Kreativität der wissenschaftlichen Gemeinschaft, indem sie den freien Austausch unter Wissenschaftler/innen unterbindet. ... Sobald die Prioritäten umverlagert werden von sozialen Bedürfnissen auf eine mögliche Rendite für Investitionen, die das Hauptkriterium für kommerzielle Forschung ist, werden ganze Wissensstränge vergessen und sterben aus. ... Der Widerstand gegen die TRIPS-Abkommen der WTO und gegen Patente auf Leben dient dem Schutz der Kreativität der Natur und der Vielfalt der Wissenssysteme. Unsere Zukunft hängt vom Schutz dieser Kreativität ab. ... Das Paradigma der Grünen Revolution in der Landwirtschaft ersetzte den regenerativen Nährstoffkreislauf durch den linearen Fluss käuflicher Zugaben von industriell hergestellten chemischen Düngemitteln und der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Fruchtbarkeit war nicht länger eine Eigenschaft des Bodens, sondern der Chemikalien. ... Die aktive Rolle wurde dem Wundersaatgut zugeschrieben, das scheinbar den Fruchtbarkeitszyklus der Natur übertraf."

Dr. Vandana Shiva, Biopiraterie – Kolonialismus des 21. Jahrhunderts. Münster 2002, S. 27, 29-30 und 61.

Gerhard Senft

Aufstieg und Niedergang der Technokratie

"Handle stets so, dass die Anzahl der
Möglichkeiten wächst."
*Heinz von Foerster*¹

Was ist Technokratie?

In der Reihe der Auseinandersetzungen um die soziokulturelle Rolle des technischen Sachverständigen war die Technokratie-Debatte eine der wesentlichsten im 20. Jahrhundert. Eine Fülle von Literaturerzeugnissen liefert dazu die Bestätigung. Trotz alledem ist es bis heute schwierig geblieben, zu einer einheitlichen Definition des Technokratiebegriffes zu finden. Wörtlich genommen bedeutet Technokratie Herrschaft bzw. Macht der Techniker oder Experten, wobei nicht die bloße Machtausübung im Industriebetrieb, sondern in Gesellschaft und Politik im allgemeinen gemeint ist. Die verschiedenen Zugänge zum Technokratiebegriff ergaben sich in der Folge aus den Versuchen, die Zusammenhänge schärfer zu fassen. Hans Lenk listete in den 1970er Jahren zwölf unterschiedliche Deutungen auf, die "die Technokratie" oder "das Technokratische" kennzeichnen sollten.² Für den kritischen Betrachter ist es nicht unerheblich, ob auf die Ebene der Ideologien, auf einen überzogenen Planungsoptimismus (Andre Gorz) oder auf eine technizistische Verhaltensprägung (Theodor W. Adorno, Max Horkheimer) Bezug genommen wird.

Günter Ropohl geht allerdings davon aus – und diese Sichtweise soll hier übernommen werden –, dass sich die verschiedenen Technokratiebegriffe als Varianten von zwei Hauptdefinitionen auffassen lassen; einmal meint "Technokratie" die politische Herrschaft bestimmter fachlich qualifizierter Personengruppen; diesem Technokratiezugang entsprechen die "industrielle Honoratiorenherrschaft", die "Ingenieurokratie" und die "Expertokratie". Zum zweiten kann "Technokratie" die Herrschaft einer autonom gewordenen Technik und eines davon induzierten technizis-

tischen Denkens bedeuten; Erscheinungsformen dieses Technokratiebegriffes beziehen sich auf "technisch organisierte Herrschaft", auf die "Normativität technologischer Möglichkeiten", auf eine "technizistische Hintergrundideologie", auf einen möglichen "Totalzustand der Gesellschaft" und auf eine "Planungsideo-logie".³

Saint-Simon als ein Wegbereiter der Technokratie

Als ein wesentlicher Vorläufer der technokratischen Ausrichtung taucht in der einschlägigen Literatur der Name Claude Henry de Rouvroy Saint-Simon auf (1760–1825). Saint-Simon war ein typischer Vertreter jener Übergangsepoche, in der am Beginn des 19. Jahrhunderts die Auflösung eines normativ-teleologischen Weltbildes durch ein mechanistisch-kausalistisches Weltbild vollzogen wurde. Saint-Simon betonte in seiner Lehre besonders den sozialen Charakter des Fortschritts, er unterschied aufeinanderfolgende Gesellschaftssysteme und leitete aus der Erkenntnis verschiedenster Gesetzmäßigkeiten die Möglichkeit der Prognose ab – auch hinsichtlich einer Gesellschaftsumgestaltung. Er sprach sich für eine rational organisierte, auf die Entwicklung der Produktivkräfte hin orientierte soziale Ordnung aus. In diesem Sinne empfahl er eine enge Verbindung von Wissenschaft und Industrie, wobei er die "Politik" als die Wissenschaft von der Produktion betrachtete. Als die entscheidende Kraft zur Umgestaltung der Verhältnisse definierte er die Klasse der "Industriellen". Sie sah er in den Spitzenpositionen, sie sollten die Staatsfinanzen verwalten, sie sollten zugleich Gesetzgeber und Richter sein. Wesentlich ist bei Saint-Simon noch, dass er ein Gesellschaftsbild propagierte, in dem an die Stelle der Herrschaft von Menschen über Menschen die Herrschaft von Sachgesetzmäßigkeiten und die Verwaltung von Sachen tritt. In dieser hierarchischen leistungselitären Gesellschaft wird also

Herrschaft durch den Sachzwang ersetzt. In den Ordnungsvorstellungen Saint-Simons ist die Gesellschaft zu einer einzigen großen Unternehmung geworden, in der ein organisatorischer Determinismus hinsichtlich der Kooperationsgegebenheiten und ein naturalistischer Determinismus hinsichtlich der auf die Natur gerichteten Aktionen herrscht.

Die Honoratioren-Leitungsfunktion der Industriellen, die in so manche Interpretation des Saint-Simonismus einfluss, ist unverwirklicht geblieben. Eingetreten ist jedoch der ebenfalls von Saint-Simon prognostizierte rasante Aufstieg der Techniker und Ingenieure. Es dauerte zwar einige Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, bis die Ingenieure im Ringen um eine angemessene Einordnung und Bewertung ihres Berufsstandes erste Erfolge erringen konnten; diese waren aber umso durchschlagender. Die zweite industrielle Revolution ließ den Bedarf an technischem Sachverstand ruckartig anwachsen, die Zahl der technischen Hochschulen und Fakultäten vervielfachte sich, der Zustrom von Studenten an die technischen Ausbildungsstätten erhöhte sich bedeutend. Das berufsständische Emanzipationsbegehren hatte sich auch in entsprechenden Verbandsbildungen niedergeschlagen (1856: Gründung des Vereins Deutscher Ingenieure), mit zunehmender Festigung seiner Position in der modernen Industriegesellschaft erlebte der Ingenieurstand eine deutliche Steigerung seines Selbstbewusstseins. Techniker und Ingenieure begannen ihre Problemlösungskapazität nun auch auf Bereiche auszudehnen, die ursprünglich dem technischen Gestaltungswillen entzogen waren.

"Social Engineering" in einer "machbaren" Welt

Bezeichnend war so etwa der Titel einer 1901 vom Wiener Eisenbahningenieur Wenzel Schober herausgegebenen Schrift: "Die Mitwirkung der Techniker im neuen Jahrhundert bei der Lösung der nationalökonomischen Fragen." Die "Mach- und Gestaltbarkeit der Welt" mittels technisch reifer Anwendungen erschienen in dieser Zeit vielerorts unbegrenzt. Ingenieure eroberten sich

neben juristisch vorgebildeten Beamten einen Anteil an der Verwaltung des Staates, im wissenschaftlichen Bereich war das Vordringen der Techniker ebenfalls unübersehbar. Herbert Spencer, der Hauptvertreter der sogenannten organistischen Soziologie, war gelernter Ingenieur. Von Haus aus studierter Ingenieur war auch der Italiener Vilfredo Pareto, Nationalökonom und Soziologe, der eine Darstellung des gesellschaftlichen Gleichgewichts auf der Basis einiger weniger Konstanten und ihrer Zusammenhänge versuchte (Stichwort: Pareto-Optimum). Wie Spencer ging Pareto von einer "natürlichen Ungleichheit" zwischen den Menschen aus; nach seiner Lehre unterteilt sich die Gesellschaft in eine "parte eletta", also in eine Elite, und in die Masse, die entsprechend gelenkt zu werden hat.

Wem konnte es näher liegen, gesellschaftliche und politische Bereiche nach Analogie einer Maschine aufzufassen, als dem Ingenieur? In dem Bestreben, aus dem Staat eine effizient fördernde Maschine zu machen, die eine ernsthafte Arbeit abseits vom Tummelfeld der "Interessen und Begierden einzelner Stände und Parteien" ermöglicht, war es nur naheliegend, den Elitebegriff derart radikal in den Mittelpunkt zu rücken.⁴ Eine Rationalisierung des menschlichen Lebens, das ausschließlich von naturwissenschaftlichen und technischen Standpunkten aus betrachtet wurde, verfrugte sich nicht mit politischen und sozialen Kämpfen; die Funktionselite der Gesellschaft sollte ihren Verwaltungsaufgaben ungestört nachkommen können.

Der Krieg erwies sich wieder einmal als der "Vater aller Dinge", als der erste große Weltbrand des 20. Jahrhunderts den Durchbruch des "social engineering" brachte: "Da Technik zunehmend besser in die soziale Welt eingebracht werden muss, je weiter sie sich ausdehnt und je komplizierter und störungsanfälliger sie wird, haben Ingenieure ... damit begonnen, auch das Soziale Stück für Stück unter ihrer Perspektive zu behandeln: Zuerst in Taylorismus und Psychotechnik, dann in Ergonomie und modernen Arbeitswissenschaften wurden menschliche Arbeit und Kooperation unter dem isolierten Gesichtspunkt der Körpertechnik und der Psychotechnik angegangen."⁵ In seinem Buch "The Managerial

Revolution" beschreibt James Burnham das Abhandenkommen der strukturellen Gegebenheiten des Hochkapitalismus, den Bedeutungsverlust des Eigentümerunternehmers und den Aufstieg der Manager (Administratoren, Experten, leitende Ingenieure, Produktionsleiter, Propagandaspezialisten und Technokraten).⁶ Die im Rahmen von Wirtschaft und Verwaltung angewandten sozialtechnischen Verfahren dieser Gruppe, die in einem durchgängig mechanistischen Denken und in einem deterministisch geprägten Weltmodell wurzeln, tragen das Bestreben in sich, menschliche Handlungs- und Beziehungsabläufe zu standardisieren, und den vermeintlich technisch-ökonomischen Erfordernissen nahtlos anzupassen. Die Gesellschaft wird dabei als etwas Konstruierbares behandelt, als eine von übergeordneten Instanzen gelenkte, planorientierte zentralverwaltete Gemeinschaft von Maschinenelementen. Ohne genaue Hinterfragung der technisch-ökonomischen Erfordernisse gelangen dabei immer nur jene Verfahren zur Anwendung, die dem Effizienzkriterium am meisten entsprechen, wobei das Feld potenzieller Nebeneffekte nicht oder nur unzureichend zum Gegenstand der Betrachtung gemacht wird.

Der Prototyp eines neuartigen "system builder", wie ihn der Erste Weltkrieg emporspülte, war der Industrieorganisator Walther Rathenau (1867-1922). Rathenau leitete die Geschicke des gewichtigen Elektrokonzerns AEG, und er trat als Vorkämpfer der Rationalisierung der deutschen Industrie hervor. Er war auch Direktor einer bedeutenden Investitionsbank und nebenbei machte er sich als Schriftsteller, der sich mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen auseinandersetzte, bereits vor dem Ersten Weltkrieg einen Namen.⁷ Für Rathenau war die zweite industrielle Revolution ein goldenes Zeitalter, auf dem Höhepunkt seines Schaffens saß er bei 84 großen Konzernen entweder im Aufsichtsrat oder im Vorstand. Rathenau zählte zu jener Spezies, die den Denker und den Praktiker vereinte, die als Financier und Organisator an der Schnittstelle von Technik und Wissenschaft, Wirtschaft und Staat ihre Aktivitäten entfaltete. Vertraut mit den Prinzipien und der Funktion der damaligen Spitzentechnologie Stromwirtschaft und des mo-

dernen Managements, zeigte sich Rathenau überzeugt, dass die Technik eine revolutionäre Veränderung der Welt in Gang gesetzt hatte. Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Ingenieur, Wissenschaftler und Manager dachte und argumentierte Rathenau sehr stark orientiert an Fluss-, Kreislauf- und Netzwerkmetaphern; er repräsentierte damit eine neue Form des kybernetischen Denkens. Die Mechanisierung, so war er überzeugt, werde die Welt zu einer "einzig unentrenbaren Wirtschaftsgemeinschaft" zusammenführen. Er rief dazu auf, Rohstoffbeschaffung, Herstellung und Verbrauch in einem ununterbrochenen systematischen Fluss zu verbinden. "Dem Blutkreislauf vergleichbar, ergießt sich der Güterstrom durch das Netz seiner Arterien und Adern. In jedem Augenblick des Tages und der Nacht donnern die Schienen, rauschen die Schiffschrauben, sausen die Schwungräder und dampfen die Retorten, um die Last dieses Umlaufs zu erneuern und zu bewegen."⁸ Er übernahm die Vision einer kontinentalen allelektrischen Energieversorgung auf der Grundlage nur weniger Riesenkraftwerke. Die Organisation der Elektrizitätsunternehmer sollte das belieferte Gebiet bedecken – "wie ein Spinnennetz: Von jedem Punkt soll eine gerade und gangbare Verbindung zur Mitte führen."⁹ Rathenau selbst versuchte seinen Vorgaben gemäß zu handeln. Im Rahmen seiner unternehmerischen Aktivitäten forcierte er vertikale und horizontale Fusionen von Betrieben. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges befand sich die AEG im Zentrum eines vernetzten Systems von Produktions-, Versorgungs- und Finanzierungseinheiten wie zum Beispiel den Berliner Elektrizitätswerken, der Berliner Handelsgesellschaft und der Bank für Elektrische Unternehmen in Zürich. Im Weltkrieg konnte Rathenau seine Fähigkeiten auf höchster Ebene zur Verfügung stellen. Im Jahr 1914 begann er mit dem Aufbau der Kriegrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium.

Die verschiedenen Grundüberzeugungen des technokratischen Denkens, die sich zu Rathenaus Zeiten in den Führungsetagen der modernen Industriezweige etablierten, vermochte Rathenau jedoch nicht aus vollem Herzen zu teilen. Dazu hatte er sich bereits zu sehr mit grundlegenden

philosophischen und kulturkritischen Fragestellungen befasst. Er war überzeugt, dass die menschliche Seele angesichts des wachsenden technologischen Determinismus, der technikbedingt zunehmenden Systematisierung und Kontrolle in den menschlichen Beziehungsabläufen zu kurz kommen müsse. Wie sehr er menschliche Beziehungen und Rituale durch die Mechanisierung gefährdet sah, brachte er etwa in seiner Parodie auf das moderne Bestattungswesen zum Ausdruck. Ausgangspunkt der Erzählung war die Vorstellung, alle Begräbnisanlagen in den Vereinigten Staaten würden von der gigantischen "Resurrection Company" beherrscht. "Sie hat Exklusivrechte zur Herstellung, Montage und Betrieb sämtlicher Bestattungsvorrichtungen im Land. Dieses Riesenmonopol ermöglicht es den Menschen, genau so begraben zu werden, wie sie gelebt haben, nämlich im Zeichen der Massenproduktion. Das – patentierte – Begräbnisverfahren ist voll mechanisiert. Elektrokarren transportieren die Leichen in gleichmäßigem Tempo, während aus einem Münzlautsprecher Worte des Trostes aus dem Munde der berühmtesten Redner englischer Zunge ertönen. Jede Phase des Begräbnisses ist zeitlich optimiert. ..." ¹⁰

Die technokratische Bewegung in den USA und in Europa

Die Grundelemente des "social engineering" finden sich sehr erschöpfend dargestellt im klassischen Programm der Technokratie, das mit dem Namen des amerikanischen Ökonomen und Soziologen Thorstein Veblen verknüpft ist. In seinem 1921 in New York erschienenen Buch "The Engineer and the Price System" vertrat Veblen die These, dass das industrielle System im Großen (nun) wie ein in Betrieb befindlicher Konzern gedeutet werden müsse. Dessen Hauptagenten – im wesentlichen die technisch-wissenschaftliche Intelligenz und die Manager – müssten daraus folgend nicht nur eine höhere gesellschaftliche Anerkennung erlangen, sondern auch angemessene, ja, die größte politische Macht zuerteilt bekommen. ¹¹

Nicht zufällig erfuhr die erste technokratische Programmschrift ihre Ausformulierung in den

USA. Nicht zufällig fand die aufstrebende Technokratiebewegung in den Vereinigten Staaten ihren Ausgangspunkt. Die nach dem Ersten Weltkrieg zur Wirtschaftsmacht Nummer 1 aufgestiegenen USA wirkten für die übrige Welt sehr bald als riesiges Laboratorium und Zukunftsforum. Mit der Veröffentlichung seines Manifests war Veblen auch zum entscheidenden Impulsgeber des "technocratic movement" geworden. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg hatte Veblen begonnen, der zu diesem Zeitpunkt als Professor an der New School for Social Research in New York wirkte, einen Kreis von Naturwissenschaftlern und Technikern um sich zu scharen. Ziel dieser Gruppe war es, gesellschaftliche Institutionen zu analysieren und das Modell einer rational organisierten Gesellschaft zu entwerfen. Einer der Mitdiskutanten in dieser Gruppe war der junge Howard Scott, der in der Folge zur Zentralfigur der amerikanischen Technokratiebewegung werden sollte. Mit der Gründung der "Technical Alliance" Anfang der 1920er Jahre ging Scott organisatorisch sehr bald eigene Wege. Scott und die "Technocrats" sahen ihre Aktivitäten in den Traditionslinien von Comte, der den Positivismus entscheidend geprägt hatte, und von Leibnitz, der die Weltordnung als ein System von Differenzialgleichungen zu erfassen versucht hatte. "Die Technokratie ist eine Forschungsorganisation", sollte Howard Scott später schreiben, "die 1920 gegründet wurde und aus Naturwissenschaftlern, Technikern, Physikern und Biochemikern besteht. Sie wurde in der Absicht gegründet, Daten über das physikalische Funktionieren des sozialen Mechanismus in Nordamerika zu sammeln und in quantitativem Vergleich zu anderen Kontinenten die Verhältnisse unseres Weltteils und die Großartigkeit seiner Betriebsamkeit darzustellen. Ihre Methoden sind das Resultat einer synthetischen Zusammenfassung der physikalischen Wissenschaften, soweit sie sich auf die Bestimmung aller funktionellen Folgerungen aus sozialen Phänomenen erstrecken." ¹²

Die Technokraten der 20er und 30er Jahre interpretierten ihren Ansatz als eine "Wissenschaft vom sozialen Körper", dessen Bewegungen auf Beziehungen meßbarer Größen zurück-

geführt werden sollten. Als konkrete Anliegen der Technokratiebewegung waren formuliert:

1. Schlechte Wirkungsgrade und Ressourcenverschwendung im bestehenden Wirtschaftssystem aufzudecken,
2. den Bedarf an Rohstoffen und Arbeitskraft abzuschätzen, der zur Sicherung eines bestimmten Lebensstandards erforderlich ist,
3. das bestehende Produktions- und Distributionsystem auf seine Funktionsweise zu untersuchen,
4. ein vollständiges Modell der Koordination von Produktion und Distribution auszuarbeiten.¹³

Im Verlaufe der Zwischenkriegszeit entstanden weitere technokratische Gesellschaften, die sich über ganz Amerika verteilten. Die meisten schlossen sich der Führung der zwei rivalisierenden nationalen Organisationen in New York an, dem "Continental Committee on Technocracy" (CCT) oder der "Technocracy Inc.". Sehr bald schwappte die technokratische Welle auch über den Großen Teich nach Europa. Die in Leipzig, Wien, Brünn und Prag erscheinende Zeitschrift "Technokratie" trug im Untertitel – analog zu Marx' politischer Vorgabe "Proletarier aller Länder vereinigt euch!" – die Worte: "Wissenschaftler, Techniker aller Länder, vereinigt euch!". Die Weltwirtschaftskrise, die von den Technokraten vorausgesagt worden war, verschaffte der Bewegung zu Beginn der 1930er Jahre einen zusätzlichen Aufwind. In Deutschland wurde 1932 die "Technokratische Union" ins Leben gerufen. An der technischen Abteilung der Columbia University in New York durfte Howard Scott mit einem Stab von drei Dutzend Technikern an Krisenbewältigungsprogrammen und neuen Gesellschaftsverwaltungsmodellen Hand anlegen. Die Resonanz auf die technokratischen Konzepte war bereits so groß, dass der "Österreichische Volkswirt", eine der damals führenden Fachzeitschriften im deutschen Sprachraum, bereits von einer "Massenpsychose" sprach, die in den USA ausgelöst worden sei.¹⁴

Eine der drängendsten Fragen, die von den Technokraten in den Vordergrund gerückt wurde, war die der Bevölkerungsentwicklung und ihrer Regulierung. Um den wachsenden Versorgungsansprüchen gerecht werden zu können, plädierten die Technokraten für eine "industrialisierte

Landwirtschaft": "Landwirtschaft ist heute nichts mehr und nichts weniger, als angewandte Chemie, Physik und Biologie, eine enge Verbindung von Technik und Soziotechnik, eine spezifische Industrie, deren Ausübung ... große praktische Vorbereitung und Erfahrung voraussetzt."¹⁵ Nicht nur für den landwirtschaftlichen Bereich versuchten die Technokraten einen Zusammenhang zwischen Bevölkerungstheorie und Energiehaushalt herzustellen. Sie suchten insgesamt nach einer "Symptomatologie" der Gesellschaft, die die "Formeln und kausalen Gesetzmäßigkeiten der Populationsbewegung und der Energiewirtschaft" erkennbar werden lässt, um so die "Struktur der Gesellschaft der Energiewirtschaft anzupassen." In der "Hochenergiewirtschaft" der Technokraten sollte die Nutzung der Atomkraft eine prominente Rolle spielen.¹⁶ Als eine eindeutige Zielvorstellung war auch der Aufbau einer Planwirtschaft formuliert: "Die höchste Aufgabe im modernen Forschen ist ..., die Grundlagen einer wissenschaftlichen Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik zu schaffen, also die Planwirtschaft und das Planleben zu ermöglichen."¹⁷

Die technokratisch organisierte Gesellschaft sollte auf zwei Funktionseinheiten basieren, nämlich auf den beiden Komplexen Industrie (sämtliche Industriezweige, Transport und Nachrichtenwesen) und Sozialaufgaben (Ausbildung, Gesundheit usw.). Dazu waren fünf Spezialeinheiten geplant: Forschung, Social Relations, Armee, Luftkontrolle und Auslandsbeziehungen. Die Direktoren aller Einheiten sollten die "Continental Control" bilden, die auch den "Continental Director" zu bestimmen gehabt hätte.¹⁸ An die Stelle des konventionellen Geldes sollten "Energie-Zertifikate" treten, die – für eine Zwei-Jahres-Periode ausgegeben – eine annähernde Planung des Produktionszyklus ermöglichen sollten. Das verfügbare Einkommen – das für alle Gesellschaftsmitglieder eine einheitliche Größenordnung aufzuweisen gehabt hätte – wäre nach Abzug der Ausgaben für das Gemeinwesen zentral festgelegt worden. Ein zentrales Registrierensystem sollte ferner alle Transaktionen festhalten, der Warenverkehr sollte so beständig optimiert werden.¹⁹ Als Basis der projektierten Energiewährung waren allerdings nicht mehr

Edelmetallbestände, sondern die "Erzeugung eines Wirtschaftsgebietes" vorgesehen.²⁰

Das menschliche Individuum kam in der Vorstellungswelt der Technokraten nur mehr als eine "Kraftmaschine" vor. Wesentlich waren die Begriffe der "Menschenökonomie", die sich mit der Einfügung des Einzelwesens in die Gemeinschaft beschäftigte, und der "Soziotechnik", die als eine Technik des organisierten Menschenlebens aufgefasst wurde.²¹ Während die Technokraten in den 1930er Jahren vielerorts noch von einer "Verbesserung der Rasseigenschaften" mittels "eugenischer Beeinflussung" und von einer Verhinderung der Fortpflanzung "Minderwertiger" träumten, machte sich der Verrückte aus dem oberösterreichischen Braunau bereits an die praktische Umsetzung der Vorschläge, die – nota bene – den Kern "technokratischer Lebensplanung" bilden sollten. Eine perfekt organisierte Gesellschaft ist immer auch auf das perfekte Material "Mensch" angewiesen.²² In der sicheren Gewissheit, dass die anstehenden Probleme weder demokratisch, noch von einer "Theokratie" noch von einer "technikfreien Juristokratie" gelöst werden könnten, plädierten die Technokraten für eine "neue Führerrasse", die im Interesse des Bestandes der Zivilisation sich aus den "führungsbefähigten Wissenschaftlern und Technikern heranbilden" muss, und die sich rein an Verwaltungserfordernissen orientiert.²³

Technokratie, Nationalsozialismus und Kommunismus

Die Kritik an den technokratischen Konzepten fiel dort, wo sie geübt wurde, heftig aus. Der "Österreichische Volkswirt" vermisste fundierte ökonomische Kenntnisse bei den Technokraten; sie seien "trotz mehrmaliger Anmeldung ihrer diesbezüglichen Ansprüche noch immer nicht Lenker des amerikanischen Wirtschaftslebens geworden, sondern in sozialer Hinsicht völlig verantwortungslose Naturwissenschaftler und Stubengelehrte geblieben ..., die mit der Gesellschaft hemmungslos experimentieren zu können glauben."²⁴ Die Zweifel am Gelingen einer gesamtgesellschaftlichen Steuerung waren sicher

mehrfach begründet. Thematisiert wurden bei der Kritik an den Technokraten vor allem deren Demokratiefeindlichkeit oder die irrige Annahme, mit einer bloßen verbalen Betonung des Gemeinwohls jede Sozialpolitik bereits ersetzen zu können. Es bleibt schwer vorstellbar, umfassende gesellschaftliche Probleme modellhaft so abzubilden, dass man alle Möglichkeiten ihrer Bewältigung durchzuspielen vermag. "The best one way", den die Technokraten in ihren Konzepten postulierten, wird daher im Normalfall im Bereich der Illusionen bleiben.

"Als Gesellschaftsmodell war das Konzept der Technokraten unbrauchbar", urteilt Gisela Klein in ihrer differenzierten Einschätzung, "auf die Produktions- und Distributionsindustrie hat es jedoch nachhaltig eingewirkt."²⁵ Aber nicht nur das: Obwohl die Technokratie in den Augen ihrer Proponenten weder eine Nähe zum Faschismus noch zum Kommunismus aufweisen sollte, waren die Ausstrahlungseffekte auf beide Systeme beachtlich. Burnham zeigt sich überzeugt, dass das Konzept der totalen Gesellschaftsverwaltung in den totalitär regierten Staaten seine "Gehschule" gefunden hat, bevor es im Zuge des Geschehens des Zweiten Weltkrieges auch die demokratisch regierten Länder zu erfassen begann.²⁶ Karl Heinz Ludwig beschreibt in seiner Studie "Techniker und Ingenieure im Dritten Reich" die problematische Gesinnungslage der technischen Intelligenz in Deutschland, die eindeutige Parallelen zwischen soziotechnischen und faschistischen Denkmustern offenbart (z. B. Elitenkonzeption). Der Existenzialist Martin Heidegger war jener deutsche Philosoph, der in der NS-Zeit die gesellschaftliche Bedeutung der technologischen Entwicklung zu thematisieren begann. Dass er in der Epoche des Faschismus auf die Technologie stieß, war keineswegs zufällig. Der historische Prozess verlief so, dass die gesellschaftlich formierende Kraft des Technologischen mit dem und im Faschistischen erstmals richtig spürbar wurde.²⁷ So häufig sich das NS-Regime auf überkommene Werthaltungen im Zusammenhang mit einer "Blut und Boden"-Gesinnung berief, so sehr setzte es in der Realität auf die Errungenschaften eines modernen Technosystems. Die auf der Basis einer

aggressiven Außenpolitik gedeihende Kriegsindustrie und die aus dem nationalen Autarkiestreben resultierende Ersatzstoffbewirtschaftung hätten auch gar keinen anderen Weg offen gelassen. Das Regime schaffte es, mit einer Perfektionierung der Arbeitswissenschaften und der Sozialplanung die betriebliche und gesamtgesellschaftliche Rationalisierung voranzutreiben. Zum Einsatz kamen dabei die neuesten Methoden der Menschenführung und der Massenmanipulation. Der "Volksempfänger" sollte auch den entferntesten Winkel des Reiches für die Propagandatrommel des totalitären Regimes erreichbar machen.²⁸

In der Sowjetunion war die Durchdringung der Gesellschaft mit technokratischen Strukturelementen nicht weniger stark gegeben. Die UdSSR war in den Prozess der Industrialisierung hineingegangen, ohne auch nur annähernd über ausreichendes Führungspersonal zu verfügen. In personeller Hinsicht begann sie den Aufbau der Industrie gleichsam vom Nullpunkt aus, als 1928 der erste Fünfjahresplan anlieft. Die Ausbildung von Technikern hatte in der Phase von Stalins Industrialisierungsprogramm klaren Vorrang gegenüber der Herausbildung von Wirtschaftsfachleuten oder Juristen. Zahlenmäßig stieg die Diplomierung fertiger Ingenieure von 11.000 im Jahr 1928 auf 54.000 im Jahre 1954 an. Bereits Mitte der 1950er Jahre war die UdSSR mit der Zahl ihrer technischen Fachleute an den Technikerbestand in den USA herangekommen. Der technokratische Funktionärstyp, der die Sowjetgesellschaft so nachhaltig prägen sollte, war somit ein eindeutiges Produkt der Politik Stalins.²⁹

Die Ideologie der Technokratie nach 1945

Die ursprüngliche technokratische Intention kann heute mit Sicherheit als gescheitert angesehen werden. Aber, und hier ist Jürgen Habermas zuzustimmen, sie dient noch immer als Ideologie für die an technischen Aufgaben ausgerichtete Politik. Und diese Ideologie trägt "gewisse Entwicklungstendenzen, die zu einer schleichenden Erosion dessen, was wir institutioneller Rahmen genannt haben, führen kön-

nen. Die manifeste Herrschaft des autoritativen Staates weicht den manipulativen Zwängen der technisch-operativen Verwaltung."³⁰ Der Prozess einer "Rationalisierung von oben" lässt sich nach Habermas bis zu jenem Punkt verfolgen, "an dem Technik und Wissenschaft selber in der Gestalt eines positivistischen Gemeinbewusstseins – und als technokratisches Bewusstsein artikuliert – den Stellenwert einer Ersatzideologie für die abgebauten bürgerlichen Ideologien zu übernehmen beginnen."³¹ Eine Immunisierung der technokratischen Hintergrundideologie gegen etwaige Infragestellungen lässt sich aber nur um den Preis einer Entpolitisierung der Masse der Bevölkerung aufrecht erhalten.³² Dort, wo die technischen Sachzwänge und die Vorgaben der Verwaltung überwiegen, muss Politik sinnlos erscheinen.

Ideologien beziehen sich einerseits auf den Versuch, objektiven Tatsachen eine ganz bestimmte Deutung zu geben, andererseits auf Zielsetzungen, die sowohl die gesamte Gesellschaft als auch ihre Teilbereiche erfassen. Kurz zusammengefasst können Ideologien als Gedankengebilde bezeichnet werden, "die neben echten wissenschaftlichen Einsichten ... Bewertungen, Normen, Handlungsappelle und Zukunftsprophetieungen enthalten, denen das Mäntelchen theoretischer Einsicht umgehängt wird."³³ Dieser Aspekt wird deshalb so hervorzuheben sein, da die Technokratie in der gegenwärtigen westlichen Kultur unzweifelhaft noch immer als Ideologie verankert ist. Typologisch lässt sich dieses Technokratentum anhand folgender Behauptungen charakterisieren:

1. Es gibt keine originären gesellschaftlichen Entscheidungen und Handlungen, sondern nur den Nachvollzug von Sachgesetzmäßigkeiten.
2. Über die wechselseitige Internalisierung von Rollenerwartungen hinausgehend sind Subjekte aus der Selbstdeutung moderner Gesellschaften verbannt.
3. Ethik und Politik lassen sich auf "Technik" reduzieren.
4. Die effektive Technik hat die reflexive und deshalb "langsame" Aufklärung überholt.

So zugespitzt charakterisiert wird eine Theorie des Technokratentums nur ausnahmsweise ver-

treten, ist dieselbe doch dem latenten Verdacht der Selbstwidersprüchlichkeit ausgesetzt, da eine unterstellte Richtigkeit des Technokratentums eine zugehörige Theorie in praktischer Hinsicht obsolet macht. Deshalb handelt es sich im Normalfall um eine Position, die von Personen der (sogenannten) Praxis in Politik und Wirtschaft einfach als wahr akzeptiert wird. Insofern hat die technokratische Ideologie für Praktiker und Praktikerinnen häufig auch die Funktion, eingespielte Gewohnheiten als unabänderlich zu rechtfertigen.³⁴

Die soziale Rolle und Wirksamkeit der Technokratie-Ideologie kann aber auch in Analogie zur "self-fulfilling prophecy" beschrieben werden: "Als Darstellung einer nicht existierenden, aber von 'Technikern' gewünschten Gesellschaft und als eine von Politikern, Wählern und Technokraten für wahr gehaltenen Beschreibung gegenwärtiger politischer Verhältnisse verändert und beeinflusst sie die gegebenen Machtverhältnisse zugunsten der Technokraten. Die Einführung und Verbreitung der Technokratie-Hypothese trägt entschieden zur Ausweitung der technokratischen Tendenzen bei. Ihr wirksamstes Instrument in der politischen Auseinandersetzung ist die Behauptung, politische Probleme ohne Ideologie zu behandeln und zu lösen. Aber genau durch diese Unterstellung verrät sie sich als politische Ideologie: Wer vorgibt, politische Probleme ohne Ideologie zu behandeln, zeigt durch diesen Anspruch ... dass er selbst die herrschende, die technokratische Ideologie angenommen hat."³⁵

In der Zeit nach 1945 hat der Technokratiebegriff eine weitere Qualität hinzugewonnen. Mit dem Terminus der Technokratie kann der Gesamtzustand der Gesellschaft skizziert werden, der Zustand einer erstarrten, nach festgefüigten Regeln funktionierenden, auf maximale Effizienz angewiesenen Gesellschaft. Der Technokratiebegriff versucht das zu umschreiben, was Adorno als "verwaltete Welt" bezeichnet hat und was Habermas den Drang nach "Erweiterung unserer technischen Verfügungsgewalt um jeden Preis" nennt.³⁶ Die in den 1960er Jahren einsetzende Technokratiedebatte versuchte den neuen strukturellen Gegebenheiten in Wirtschaft und Ge-

sellschaft auf den Grund zu gehen. Auslöser dieser Diskussion war Helmut Schelkys 1961 erstmals veröffentlichte Apotheose des technologischen Determinismus "Der Mensch in der technischen Zivilisation".³⁷ Schelksky richtete seinen Blick auf die hochkomplizierten Sachgesetzmäßigkeiten des techno-ökonomischen Systems, die bei politischen Aufgaben angeblich alternativlose Lösungen vorschreiben: "Anstelle der politischen Normen und Gesetze (treten) Sachgesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich technischen Zivilisation, die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungsnormen verstehbar sind. Damit verliert auch die Idee der Demokratie sozusagen ihre klassische Substanz: An die Stelle eines politischen Volkswillens tritt die Sachgesetzmäßigkeit, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert."³⁸ Analog zu dieser Hauptthese entwickelte Schelksky weitere Gedankengänge, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

1. Staat und Technik durchdringen einander zum technischen Staat.
2. Weil im technischen Staat die Mittel die Ziele bestimmen, weil alleiniges Ziel die Perfektionierung der Mittel ist, wird Herrschaft durch Sachzwang ersetzt.
3. Wenn Sachgesetzmäßigkeiten die Herrschaft von Menschen über Menschen ersetzen, bedeutet Technokratie nicht länger die Herrschaft der Techniker, sondern Herrschaft des technischen Sachzwanges, dem auch die Experten unterliegen.
4. In der technischen Konstruktion künstlicher Realität entwickelt der Mensch ein neues Verhältnis zur Welt.
5. In dieser gemachten, artifiziellen, technischen Welt hat der Mensch keine Möglichkeit mehr, Ziele zu setzen, die über die technischen Mittel hinausreichen, da er sich in der Produktion von Wissenschaft und Technik selbst als technischer Mensch reproduziert.³⁹
6. Die Fundamente der Legitimität haben sich grundlegend gewandelt, da die moderne Technik keinerlei Legitimität bedarf. Die Technik allein leistet die entscheidenden Vorgaben, "wenn sie funktioniert und so lange sie optimal funktioniert".⁴⁰

Auf Schelskys These von der Eigengesetzlichkeit des technischen Fortschritts folgten heftige Reaktionen. Jürgen Habermas warf Schelsky vor, mit der Betonung des immanenten Sachzwanges verfügbarer Technologien die Interessenkonstellationen, die ja in der Gesellschaft nach wie vor gegeben seien, zu verschleiern. Und Otto Hortleder urteilte: "Die Faszination und die Gefährlichkeit dieses Denkmodells liegt in seinen Irrtümern. Schelskys resignativer Beitrag zur modernen Kulturkritik sagt uns nichts über die gesellschaftliche Wirklichkeit, er ist mehr einer der konsequentesten Entwürfe zur Flucht aus dieser Wirklichkeit. Für den Einzelnen bleibt keine Einflussphäre, die Möglichkeiten individuellen Versagens werden geleugnet, Entscheidungen überflüssig Schelsky gibt sich nicht mehr mit dem zweifellos bescheidenen Anspruch zufrieden, das zu beschreiben, was ohnehin geschieht; er liefert die Rechtfertigung, warum es nur so und gar nicht anders sein kann, gleich mit."⁴¹ Während Schelsky also die Entwicklung so gedeutet hatte, als kapitulierte die Politik vor dem technischen Sachzwang, reklamierten kritische Beobachter umgekehrt die demokratische Souveränität der Forschungs- und Technologiepolitik und deren gezielte Anbindung an menschliche Bedürfnisse und gesellschaftliche Werte.

Die soziale Realität hat die Grenzen des Erklärungsmodells Schelskys bereits gezeigt. Gegen die Erfassung und Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche durch technische Großsysteme, gegen die wachsenden Risiken der Technologieentwicklung hat sich in den vergangenen Jahren ein zunehmend wachsender sozialer Widerstand formiert. Keineswegs ist es so, dass eine über technische Vorgaben vermittelte "Tugend der Anpassung" rundweg gesellschaftliche Akzeptanz findet. Die Fernsehbilder zu den Auseinandersetzungen um die Atommülltransporte in Deutschland sind zweifellos in lebhafter Erinnerung. Die Kritik richtet sich heute vor allem gegen den Glauben, dass technische Machbarkeit und mathematische Berechenbarkeit Garanten für die Kontrollierbarkeit von Prozessen darstellen, und gegen die Annahme, dass von einer Zuverlässigkeit von Modellen, und seien sie am Hochleistungscomputer erzeugt, ausgegangen werden kann.⁴²

Die Technokratiedebatte ist aber noch keineswegs an ihrem Schlusspunkt angelangt. James Burnhams Prognose, nach der die Gesellschaft zunehmend von einer Managerelite in Wirtschaft und Politik verwaltet werden wird, hat sich als durchaus richtig herausgestellt. In dem Bestreben, die gesamte Gesellschaft auf Perfektion zu trimmen, auf "immer schneller, immer höher, immer besser" auszurichten, um sie damit auf einen Hochleistungspfad zu bringen, wird heute allerdings nicht mehr auf die Rezepte der Technokraten der Zwischenkriegszeit zurückgegriffen. Gegenwärtig soll das Wirken der Marktkräfte als impulsgebendes Moment auf allen Ebenen genutzt werden. Gesellschaftsverwalter – darunter Betriebswirte und Wirtschaftsingenieure in noch nie da gewesener Anzahl –, etabliert in demokratisch nicht legitimierten Institutionen, sorgen in der globalisierten Welt dafür, dass niemand und kein Bereich vom kalten Wasser des durch Monopole und Oligopole kapitalistisch verzerrten Wettbewerbs verschont wird. Aber allein die Schlagworte, die den "neoliberalen" Umbau der Welt zur Jahrtausendwende begleiten, verateten sie.

Auf der Suche nach den Wurzeln des heute so häufig strapazierten Begriffs "Flexibilität" etwa wird deutlich, dass diese Wortschöpfung sich ursprünglich auf Materialien bezog, die sich "flektieren", das heißt biegen oder beugen lassen bzw. geschmeidig sind. Erst im 20. Jahrhundert wurde der Begriff auf den Menschen übertragen – im Sinne von "anpassungsfähig" und "wendig". Es zeigt sich also, dass auf eigentümliche sprachliche Weise die Übertragung von Eigenschaften der Materie auf den Menschen stattgefunden hat.⁴³ "Flexibilität" ist das Zauberwort des globalen Kapitalismus. Nicht nur Unternehmer, auch der Arbeitnehmer muss ständig bereit sein für Veränderungen, muss immer aufs Neue wagen und gewinnen ... Wo nur das immer Neue gefragt ist und keine Routine entstehen darf, werden langfristige Bindungen unmöglich. Beruf, Wohnort, soziale Stellung, Familie, alles ist den zufälligen Anforderungen des Wirtschaftslebens unterworfen, das eigene Leben wird zum ziellosen und undurchschaubaren Stückwerk. Nicht Freiheit ist also das Ergebnis, sondern ein

tiefes Gefühl der Ohnmacht, der Isolation und der Sinnlosigkeit." ⁴⁴ "Flexibilität" wird heute als normatives Produktionserfordernis durchgesetzt. Echte Individualität und Authentizität werden unter diesen Bedingungen zum Verschwinden gebracht: "Ein flexibles Individuum entscheidet nicht darüber, was es sein oder nicht sein will. Ein flexibles Individuum flektiert ..." und sonst nichts! ⁴⁵

Kapitalkonzentration und Technokratie

Bei alledem sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass die "technologische Formation" (Heinz Hülsmann) der Gesellschaft – so wie sie in der Neuzeit erkennbar wird – auch etwas mit Ökonomie, i. e. S. etwas mit den Kapitalverwertungsbedingungen zu tun hat. Sie hat damit mehr zu tun als in bisherigen Diskursen über die Technokratie gesehen wurde.

Otto Ullrich weist auf den Zusammenhang von "ökonomischer Vernunft" (Logik des Kapitals) und "instrumenteller Vernunft" (naturwissenschaftliche Logik) hin und bezeichnet ihn als "strukturelle Affinität", womit gemeint ist, "dass beide Bereiche zur vollen Entfaltung ihrer eigenen Logik den jeweils anderen Bereich benötigen und suchen." ⁴⁶ Der technologische Sektor alleine kann also nie für einen Modernisierungsschub maßgeblich sein. Eine Ideologie wie die des Technokratentums hängt damit nicht in einem luftleeren Raum – sie hat eine beinharte materielle Grundlage. Es ist davon auszugehen, dass die Ansprüche des Kapitals auf jedem neu erreichten Produktionsniveau nur mit Hilfe der Wissenschaft befriedigt werden können. "Dazu muss die Ingenieurwissenschaft nicht gezwungen werden, sie ist von sich aus daran interessiert, die Perfektion der Maschinen zu erhöhen und neu entdeckte Prozesse in Industriearraturen zu vergegenständlichen." ⁴⁷ Ökonomische Akkumulationsorientiertheit, technologischer Fortschritt und Ideologie hängen damit eng zusammen – wobei entsprechend den Bedingungen des modernen Finanzkapitalismus dem Geld eine Schlüsselrolle zufällt.

Die Realität der Wirtschaft entspricht nicht nur deshalb nicht der klassischen Idee der "voll-

kommenen Konkurrenz", weil sie kein mechanisches Uhrwerk ist, als das die (neo-)klassischen Ökonomen sie fälschlicherweise ansahen. Hinzu kommt, dass das universal liquide und damit auch flexible Geld die strukturelle Macht hat, die Tausch- und Kreditbeziehungen zeitweise als "passive Nachfrage" zu blockieren oder sich durch den Zins und Zinseszins tendenziell bis ins Unendliche zu vermehren, so dass sich durch die Wiederanlage der wachsenden Geldvermögen auch die Realkapitalien marktbeschränkend in den Händen von Großunternehmen konzentrieren. Aufgrund seiner (potenziell) zeitweisen Passivität und seines Ausweichens in die Spekulation und auch aufgrund seiner Tendenz zur Geld- und Sachkapitalkonzentration erfüllt das Geld seine Aufgaben als Informationsübertragungsmittel der Märkte nur sehr unzureichend, so dass neben dem vermeintlichen "Preismechanismus" sowohl in der Privatwirtschaft als auch beim Staat ein großer Bedarf an bürokratischer Regelung entsteht, die sich auch mit Informations- und Kommunikationstechnologien nur unzureichend bewältigen lässt. So erweist sich die Technokratie letztlich auch als ein von der strukturellen Macht des Geldes begünstigter Bestandteil eines marktwirtschaftlichen Prinzipien abholden Monopolkapitalismus. Dieser untergräbt sowohl die Freiheit als auch die Demokratie als die beiden Grundwerte der westlichen Moderne, was die Frage nach einer "anderen Moderne" aufwirft, in der sich Freiheit und Demokratie besser entfalten können.

Suche nach einer anderen Moderne

Der österreichische Nationalökonom Leopold Kohr ⁴⁸ differenziert in seiner Analyse der Herausbildung des modernen Wirtschaftssystems zwischen drei unterschiedlichen historischen Entwicklungsstufen. Die erste Stufe, das vorindustrielle Zeitalter, war im wesentlichen von landwirtschaftlichen Zyklen bestimmt. Die Probleme, die sich daraus ergaben, waren zwar vorhersehbar, aber schwer lösbar. Die Bevorratung von Lebensmitteln reichte oft nicht, Hungersnöte zu verhindern. In der zweiten Stufe, in der Phase der sich ausbreitenden Industrialisierung, waren

die Betriebseinheiten noch nicht besonders groß, Schwankungen der Wirtschaft hielten sich in Grenzen. In dieser Phase kam das Motto auf: Die ökonomischen Abläufe dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen! Die dritte Entwicklungsstufe war von der wachsenden Größe sozialer Einheiten geprägt und von zunehmenden Ungleichgewichten im sozioökonomischen Geschehen. In dieser Phase – von Wirtschaftshistorikern häufig als "organisierter Kapitalismus" bezeichnet – setzte ein verstärkter staatlicher Interventionismus ein. Die Lenkungsmaßnahmen führten zu einer Entgrenzung des ökonomischen Sektors, damit zu neuen Problemen (etwa vermehrten Steuerungsschwierigkeiten), hinter denen die staatliche Lenkung aber zusehends hinterher zu hinken begann. In dieser Situation befinden wir uns im wesentlichen heute.

Die Bewältigungsansätze, die diese Krisensituation zum Ausgangspunkt haben, sind sehr unterschiedlich gelagert. Der sogenannte Neoliberalismus plädiert für eine Rückbesinnung auf die Marktkräfte. Was mit öffentlichem Zutun nicht gelöst werden kann, soll das freie Spiel von Angebot und Nachfrage erledigen – lautet die verbreitete Hoffnung. Der Nachweis allerdings, dass mit der Hinwendung zu marktpopulistischen Lösungsmodellen tatsächlich in irgend einem Bereich etwas verbessert werden konnte, wurde bisher nicht erbracht. Die zunehmende Krisenhaftigkeit und Unsicherheit in allen Teilen der Welt, das sich verstärkende soziale Vakuum, die Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten des einzelnen usw. bergen nicht zuletzt die Gefahr in sich, einem neuen Irrationalismus Vorschub zu leisten.

Unter anderen hat Hans Jonas in seinem Buch "Das Prinzip Verantwortung" darauf hingewiesen, dass Krisenzeiten immer auch Zeiten sind, in denen sich Ersatzwissen und Aberglauben besonders rasch verbreiten.⁴⁹ Dem in den letzten Jahren immer erkennbarer gewordenen Zusammenhang von Ökologiedebatte einerseits und antirationalistischer, vermeintlich ganzheitlicher "New Age"-Szene andererseits bedarf daher einer uneingeschränkten analytischen Aufmerksamkeit. Als besonders populärer Theoretiker einer esoterisch angehauchten Alternativströ-

mung gilt Fritjof Capra mit seinen "Bausteinen für ein neues Weltbild".⁵⁰ Capra sieht den Weg einer allgemeinen Erlösung in der Hinwendung zu einem "ganzheitlich-ökologischen" Denken, wobei er Konzepte alter Mystiker den "mechanistischen" Vorstellungen Descartes' und Newtons gegenüberstellt. Die heutigen Krisenerscheinungen, von der Arbeitslosenentwicklung über die zunehmende Knappheit von Energieressourcen bis zur Umweltzerstörung sind für Capra ausschließlich die Folgen der mechanistischen Begrifflichkeit, die durch ein neues Weltbild zu ersetzen sei. Capras Welterlösungsmodell ist ein äußerst gelungenes Beispiel für den extremen Ausdruck eines subjektivistischen "New Age"-Bewusstseins, das in der Änderung der privaten Gesinnung vor allem der Wert- und Funktionseliten der Gesellschaft automatisch eine Lösung der Weltprobleme sieht. Durch eine neue Sicht der Dinge soll sich angeblich die Wirklichkeit verändern. Die Beimesung eines solch hohen Stellenwertes, den das "Private" bei Capra erhält, führt zwangsläufig dazu, dass differenzierte Überlegungen zu einer Einzelfallbeurteilung oder zu einer Technikfolgenabschätzung im öffentlichen Raum in seinem Konzept keinen Platz erhalten.

Capras Werk zeigt auch exemplarisch, wie stark heute die Termini "ökologisch", "ganzheitlich" und "neu" miteinander in Verbindung gebracht werden. Das zu schaffende "ganzheitliche Naturverständnis" stellt Capra als ein neues Paradigma vor, das als "antireduktionistisch" zu begreifen sei. In diesem Punkt ist Capra inhaltlich ebenfalls nicht überzeugend: Nicht nur, dass er den Paradigmenbegriff leichtfertig verwendet, auffallend bleibt, dass ein Autor, der gegen den naturwissenschaftlichen Reduktionismus angetreten war, mit seiner Kombination von fernöstlicher Religion und Quantenphysik beliebig verfährt und damit selbst auf abenteuerliche Abwege gerät, die letztlich nur in eine andere Form des Reduktionismus hineinführen können.

Gegenüber allen Mystifizierungsversuchen und gegenüber allen Ansätzen einer Verbindung von Ökologie und Ganzheitlichkeit muss festgestellt werden, dass die Ökologie eine ganz normale wissenschaftliche Unterdisziplin der Biologie dar-

stellt, welche die Beziehungen zwischen Lebewesen und ihrer jeweiligen Umwelt untersucht. Ob die Ökologie überhaupt sinnvollerweise mit dem Terminus der Ganzheitlichkeit konnotiert werden kann, muss bei nüchterner Betrachtung als sehr fragwürdig angesehen werden. Als wissenschaftliche Disziplin arbeitet der Bereich der Ökologie mit dem Versuch, Umweltverhältnisse zu operationalisieren, genau so wie andere Wissenschaften mit theoretischen Ansätzen, Modellen und begrifflich abgeleiteten Erschließungen der Wirklichkeit. Mit ganzheitlichem "New Age"-Gemurmel hat die Ökologie als Wissenschaft in keiner Weise etwas zu tun.⁵¹

Capras Werk ist nicht zuletzt ein herausragendes Beispiel für eine Grundhaltung, in der die Kritik an der technischen Zivilisation eine rückwärts gewandte Schlagseite bekommt. Aus den Inhalten zahlreicher populärer und halbpopulärer Darstellungen, in denen die Umweltveränderungen, die kulturelle Überformung der Lebenswelt durch die kapitalistische Rationalität und durch die Formen moderner Technik beklagt werden, lässt sich sehr häufig eine ganz bestimmte Tendenz herauslesen: Das Heil sei nur in einer Rückkehr zu einer historischen Wegscheide zu sehen, an der die Wiederherstellung geschlossener, identischer sozialer Strukturen möglich wird. Man braucht nicht lange herumzurätseln, ob damit etwas anderes als die vormoderne Epoche gemeint ist, in der angeblich noch eine "organische" Einheit von Natur und Mensch, von Individuum und Gemeinschaft bestanden habe.

Herbert Gruhl war einer der ersten innerhalb des "umwelt-engagierten" Spektrums, der die Effekte der Modernisierung unter dem Blickwinkel eines konservativen Zivilisationskritikers beschrieb. Das Hauptmerkmal des neoromantisch-konservativen Denkens – wie ich es hier bezeichnen möchte – ergibt sich daraus, dass nicht nur die Sorge um den Weiterbestand der Umwelt und ihrer Ressourcen formuliert wird, sondern dass mehr oder minder nahtlos in "kulturkritische" Argumentationsmuster übergegangen wird. Hauptangriffsziel dabei ist auffallend häufig die "Masse". Als Konsequenzen der zunehmenden "Vermassung" seien die Chancen zur Entfaltung der Persönlichkeit gesunken. Die

Individuen würden zu unselbständigen Gliedern des Industriesystems, zu außengeleiteten und eindimensional ausgerichteten Spezialisten, wobei zudem die Lebenswelt des Menschen einem rapiden ästhetischen Verfall ausgesetzt sei.

Entscheidend ist in dieser Argumentation, dass "Masse" immer nur die anderen sein können. Nur wer dem Glauben anhängt, dass er der Masse nicht zugehörig ist, kann Kritik an ihr üben. Doch gerade diese Position wird durch den Prozess der Fortentwicklung der Massengesellschaft zunehmend unglaubwürdiger, absurder. Spätestens wenn der Zivilisationskritiker zur Kenntnis nehmen muss, dass er selbst auch nur ein Teil der Masse ist, muss er seine Einwände aufgeben oder zu einer ausweglosen Selbstkritik übergehen.⁵² Da eine solche Selbstreflexion im Normalfall unterbleibt, ist der Übergang in autoritäre Denkgebilde zumeist eine logische Konsequenz. Die von "falschen Bedürfnissen" geplagte Masse soll wieder "regierbar" gemacht werden. Es ist auffällig, wie viele Propheten einer "Wendezeit" das Heil nicht von der Lernfähigkeit und der Einsicht der Gesellschaft, sondern wieder vom Handeln einer Elite abhängig machen wollen. Der ins ökoautoritäre Lager abgedriftete Philosoph Rudolf Bahro plädierte in seiner Schrift "Logik der Rettung" für ein "anderes, neues 1933" und für ein charismatisches "Führertum": "Nötig wäre ein Mann", schreibt er, "der Gerechtigkeitsempfinden, Nächstenliebe und Mut besitzt. Er müsste Diktator sein, um Reformen durchzusetzen, die demokratischen Systeme bieten keinerlei Hoffnung mehr."⁵³ In einem "Spiegel"-Interview wurde Fritjof Capra im Jahre 1984 von seinen Gesprächspartnern gefragt: "In sämtlichen modernen Gesellschaftsentwürfen steht der handelnde Mensch im Mittelpunkt. Die Geschichte wird von den Menschen gemacht Bei ihnen aber soll sich der Mensch unterordnen unter die mächtigen Gesetzesstrukturen der Natur und des Kosmos." Capras kurze Antwort: "Da haben sie mich richtig verstanden."⁵⁴

Auf dem ersten internationalen Kongress zum Thema "Ganzheitliches Management" in Salzburg 1990 ließ einer der Hauptvortragenden, ein österreichischer Spitzenmanager, die Katze aus dem Sack: "Eine ganzheitliche Lebensführung,"

so meinte er, "setzt die Akzeptanz einer höchsten Autorität voraus. Vor dieser muss alles verantwortet werden können."⁵⁵ Nicht immer sind die Bekenntnisse derartig offenherzig. Die Methoden der Menschenführung und der Psychotechnik sind heute weit genug entwickelt, dass Herrschafts- und Machtansprüche säuberlich verschleiert werden können. Die Esoterik-Päpstin Marilyn Ferguson bringt es in ihrem Bestseller "Die sanfte Verschwörung" so auf den Punkt: "Der beste Führer ist der, der das Verhalten der Menschen verändert, ohne dass sie es merken."⁵⁶

Libertäre Demokratie⁵⁷ statt Technokratie

Kommen wir zum Abschluss der Diskussion zur Darstellung einiger Denkansätze, die sich sowohl jenseits eines vom technokratischen Fortschrittsglauben vorgegebenen Weges als auch jenseits einer Elitenbildung unter ökoautoritärem Vorzeichen befinden. Das Problem liegt heute nicht darin, wie eine mit mehr oder weniger Zukunftsverantwortung ausgestattete Elite hervorgebracht werden kann, sondern darin, welche Möglichkeiten echten Lernens und Partizipierens in der Gesellschaft durchgesetzt werden können. Jede demokratische Entwicklung hat zur Voraussetzung, dass die Mitglieder der Gesellschaft uneingeschränkt die Chance erhalten, nach und nach ihre Einsichten zu sammeln und gestalterisch in das soziale/ökonomische Leben einzugreifen. Es hat zweifellos etwas mit der Zurückeroberung des Primats der Politik zu tun, wenn die ökonomische und politische Macht aus der Konzentration in den Händen einer Minderheit auf alle umverteilt wird. Die Ausweitung und breite Streuung der politischen Kompetenzen sowie der Einflussmöglichkeiten auf alle Gesellschaftsmitglieder verhindert das Entstehen einer oligarchischen Herrschaftsform und schränkt technokratische Tendenzen ein. Eine Politik der Teilhaberechte setzt an die Stelle von Machtkonzentration Organisationsformen der Selbstverwaltung, geprägt von Pluralismus und Respekt gegenüber der Opposition. Bestehen als Hauptzielsetzungen dabei die demokratische Kontrolle des technischen Systems

und ein allmählicher Übergang von lebensfeindlichen (Groß-)Technologien zu "sanfteren" angepassten Technologien, so werden auch wohlstandsmindernde Effekte zu vermeiden sein. Das Konzept einer "Anderen Moderne" folgt nicht einer Technikfeindschaft, sondern der Hoffnung auf eine durchaus "moderne" herrschaftsfreie, demokratieverträgliche Technik.

Der Sozialwissenschaftler Gunter Gebauer führt in seinem Beitrag zur Technokratie-Diskussion aus: "Es gibt nur eine bekannte politische Theorie, die konsequent und ohne theoretische Kompromisse die Idee des politischen Primats bei einer gleichzeitigen Anerkennung der 'Techniker' verfolgt, und das ist ohne Zweifel nicht der Marxismus, der selbst mit einer eigenen Spielart der Technokratie zu kämpfen hat, sondern der Anarchismus oder 'libertärer Sozialismus'. Seine Grundidee besteht darin, alle autoritären Tendenzen aus den politischen und ökonomischen Organisationsformen zu eliminieren; jede etatistische und technokratische Autorität soll idealerweise ausgeschaltet werden. Politik und Ökonomie werden nach 'libertärer' Theorie vom Volk in eine Selbstverwaltung übernommen; alle gesellschaftlichen Aufgaben, Funktionen, Pflichten werden an möglichst alle Bürger delegiert. Die selbstverwaltete Gesellschaft wird vor einer neuerlichen Autoritätsbildung geschützt, indem die Verwaltung sowie die politische und ökonomische Führung durch Wahl eingesetzt wird und später der Möglichkeit einer Abwahl ausgesetzt bleibt."⁵⁸

Der libertäre Sozialismus kann als ein "Befreiungsprogramm" begriffen werden, das dem Menschen eine entscheidende Grundlage dafür liefert, sich aus seiner Verstrickung in Unterwerfungsideologien (z.B. Patriarchat) und Unterwerfungsordnungen (z.B. betriebliche Hierarchie) zu lösen. In Anlehnung an Max Stirner wäre so die Beziehung des Individuums zu seiner Lebenswelt als selbst bestimmbarer und eigenverantwortlich kreierbarer Bereich zu definieren.⁵⁹ Wird das "Ich" dem gemäß als Möglichkeit ergriffen und entworfen, so kann die gefundene "eigene" Lebensform nicht mehr von anderen gestaltet oder als Maske für fremde Interessen missbraucht werden. Das libertäre Programm

setzt auf neue Interaktions- und Kommunikationsmuster, deren Grundlagen sich jenseits eines darwinistischen Gesellschaftsbildes befinden. Die Thesen vom "Kampf ums Dasein" und vom "survival of the fittest", die der Soziologe Herbert Spencer⁶⁰ populär gemacht hatte, waren von Piotr A. Kropotkin in seinem Werk "Mutual Aid. A Factor of Evolution" bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts massiv relativiert worden.⁶¹ Nicht die "Gesetze des Dschungels" sieht Kropotkin im Zentrum des gesellschaftlichen Zusammenlebens, sondern die "gegenseitige Hilfe". Die für alle lebendige Entwicklung notwendige Eigenschaft stellt die Soziabilität dar. Sie tritt nach Kropotkin stärker in Erscheinung als der Selbsterhaltungstrieb. Die wesentliche Motivation für das menschliche Handeln liegt demnach in der Entfaltung der eigenen Individualität, mehr aber noch im Streben nach gelungenen Beziehungen mit den Mitmenschen.

Hierbei stellt sich die naheliegende Frage nach dem Zusammenspiel der wirtschaftlichen Kräfte. Die wesentlichen ökonomischen Theoretiker aus dem Spektrum des libertären Sozialismus zeigen sich überzeugt, dass es Alternativen innerhalb der Industriegesellschaft gibt, aber keine zu ihr. Das ist auch ein Punkt, der ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal zu manchen Vertretern der liberalen Schule darstellt. Als ein Angehöriger der ordoliberalen "Freiburger Schule" ging Alexander Rüstow in den 1950er Jahren davon aus, dass eine "Dispersion wirtschaftlicher Macht" allein auf der Grundlage weitgestreuten Eigentums, ungehinderter Marktwirtschaft und Abwesenheit von Monopolen, Großbetrieben und staatlicher Kontrolle möglich wäre. Das Ideal, das Rüstow vorschwebte, war eine dezentrale Republik von freien Kleinproduzenten. Im technischen Fortschritt sah er eine Gefahr für mittelständische Unternehmen, weil damit eine Begünstigung der industriellen Konzentration gegeben sei. Rüstow trat dafür ein, die Herausbildung von Großbetrieben grundsätzlich zu verhindern, alle Forschungsleistungen, die sich an den Bedürfnissen einer kleinräumigen, kleinbetrieblichen Wirtschaftsstruktur ausrichten sollten, hätten sich ausschließlich im Bereiche der öffentlichen Hand zu vollziehen gehabt.⁶²

Im libertären Denken spielt die Idee des lokalen Wirtschaftens innerhalb dezentraler Strukturen ebenfalls eine wesentliche Rolle – doch eben nicht nur. In der Programmatik des Syndikalismus aber auch bei anderen Theoretikern des libertären Spektrums ist die Gestaltung eines herrschaftsfreien Raumes auch innerhalb des Rahmens einer industriell geprägten Ökonomie vorstellbar. In seiner 1921 erstmals erschieneenen Schrift "Die Neuschöpfung der Gesellschaft" plädierte Pierre Ramus für den Aufbau eines Gildensozialismus.⁶³ Er meinte damit eine Wirtschaftsverfassung, innerhalb der der gesamte Produktionsmittelbestand einer Region von branchenmäßig gegliederten Selbstverwaltungskörpern übernommen wird: Diese Selbstverwaltungskörper, Gilden genannt, stellen die Arbeitsmittel zur Verfügung und sie sind "von unten" demokratisch kontrolliert. Als ökonomische Hauptprinzipien sind in diesem Zusammenhang bei Ramus formuliert:

1. Innerhalb der Gesellschaft darf es keinerlei Monopolisierung von Arbeitsgeräten, Grund und Boden, Rohmaterialien sowie allen, für jedes Individuum wichtigen Lebensmittel durch einzelne Personen geben.
2. Die Lebensbedingungen müssen für sämtliche Gesellschaftsmitglieder so geartet sein, daß kein Individuum genötigt ist, sich einer anderen Person unter ausbeuterischen Bedingungen zur Verfügung stellen zu müssen.

Eine von Monopolen und Oligopolen befreite "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" mit Eigentumsanteilen für alle Bürgerinnen und Bürger setzt bei konsequenter Betrachtung auch eine Veränderung der Geldordnung voraus, welche das bislang zinstragende Geld neutralisiert und die bisherige auf der Kapitalkonzentration beruhende "technologische Formation" der Gesellschaft dadurch in einem allmählichen Übergangsprozess zu einer stärker egalitären Gesellschaft umformt.⁶⁴

Da das Geld in der modernen Wirtschaftsgesellschaft das wichtigste Mittel der ökonomischen Regulierung darstellt und zugleich alle Instrumente zur Abwicklung der Transaktionen einschließt (Münzen, Banknoten, Depots, Rechner, aber auch Verfahrensregeln, genormte Abläufe und das zugehörige spezifische Wissen), ist der

Zusammenhang von Technik und Gesellschaft in diesem Sektor evident wie sonst kaum irgendwo. Es ist das Geld, das den Austausch zwischen ökonomisch handelnden Personen vermittelt, das die Informationsfindung und die Kommunikation erleichtert, das seiner äußeren physischen Form nach alle Eigenschaften einer Technologie aufzuweisen hat. Für den US-amerikanischen Großtechnik-Kritiker Lewis Mumford ("The Myth of the Machine") ist eine Betrachtung der "Technologie Geld" ohne Bezugnahme auf seine Funktion als Herrschaftsmittel jedoch unvollständig. Er sieht im modernen Produktionsprozess die Umwandlung menschlicher Arbeit in abstrakte, gleichförmige Einheiten, "letztlich in Einheiten von Energie oder Geld ...". Geldkapital ist unendlich sammelbar, akkumulierbar, hortbar, es kennt keine biologischen Grenzen und es bewirkt wegen seiner Tendenz, Vermögenskonzentrationen zu fördern, ein Machtgefälle innerhalb der Gesellschaft. Für Mumford ist das herkömmliche Geld "... das gefährlichste Halluzinogen des modernen Menschen".⁶⁵

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Forderung nach einem Geldwesen, das Knappheit und Unterversorgung im ökonomischen Bereich überwinden hilft, das aber auch einer ökologisch problematischen "Teufel-komm-raus"-Produktion einen Riegel vorschiebt. Dies entspräche einem Gelde, das seine Funktion als Herrschaftsmittel verloren hat und das keine durch die Zinswirkung herbeigeführten Verteilungungerechtigkeiten mehr kennt. Auf der Suche nach einer solchen neuen Geldordnung werden die Konzepte eines Pierre-Joseph Proudhon⁶⁶ oder eines Silvio Gesell⁶⁷, die eine Angleichung von Warenwelt und Geldwesen anstrebten, besonders beachtlich sein. Geld, das wie die Ware einem "Alterungsprozess" (Dieter Suhr) unterworfen ist, indem es periodisch einen Teil seines Nennwertes einbüßt, wirkt einer Selbstvermehrung der großen Vermögen entgegen, die Verteilungsprobleme könnten so zumindest entschärft werden. Dass bei solcherart verstetigter Konjunktur ein umweltverträgliches Produktionsniveau erreichbar wird, dafür sorgen der verminderte Rentabilitätsdruck, der sich aus dem "alternden Geld" ergibt, und der Umstand, dass Anleger unter den veränder-

ten Bedingungen zu wertbeständigen Realinvestitionen tendieren werden. Unter diesen Umständen wird die Wirtschaftlichkeit anstelle der Rentabilität zum Hauptkriterium der ökonomischen Vernunft. Hinzu kommt, dass nach den Vorstellungen Gesells auch der Boden und die Ressourcen nicht länger der Verfügung des anlagelastenden Kapitals ausgeliefert sein sollen. Sie sollen vielmehr in gesellschaftliches Eigentum übergehen, an dem entgeltliche Rechte zur privaten Nutzung ausgegeben werden. Während sich aus den Entgelten für die Nutzung von Ressourcen ökologische Investitionen finanzieren lassen, könnte aus den Entgelten für die Nutzung von Grundstücken zu Wohn- und Arbeitszwecken eine soziale Grundsicherung finanziert werden.⁶⁸

In ähnlicher Weise wollen auch neuere Autoren wie Günther Witzany ein gesellschaftliches Basiseinkommen an eine Bodenrechtsreform gekoppelt wissen. Das Privateigentum an Grund und Boden, dem nicht zu Unrecht beachtliche negative Auswirkungen zugeschrieben werden (Spekulationsobjekt; unkontrollierte Effekte von Bodenwertsteigerungen; Pachtzins als Monopoltribut, da der Boden ein unvermehrbares Gut darstellt) soll aufgelöst werden. Unter der Verwaltung des Grund und Bodens durch die öffentliche Hand wären über den Weg der Pachteinahmen von Ländern und Gemeinden die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, ein Grundeinkommen ohne Arbeit sicherzustellen.⁶⁹

Der programmatische Ansatz einer "egalitär materiellen Grundsicherung mit dem Status eines Bürgerrechts", der inzwischen auch von prominenten Ökonomen vertreten wird, ist von der Erwartung getragen, dass mit einer solchen Befreiung des Menschen von der Lohnarbeit dem Dasein unnötige Härten genommen würden und dass die Herstellung eines neuen sozialen Klimas möglich werde. Die Lösung des Einkommens von der Arbeitstätigkeit und das Beschreiten neuer Wege im Hinblick auf eine Subsistenzsicherung erweitern die Chancen auf eine friedliche Koexistenz zwischen technisch hoher Leistungsfähigkeit und strukturell bedingter reduzierter Arbeitsnachfrage. Erst unter den Bedingungen, die ein "basic income" schaffen würde, wird die

Technik zum Helfer des Menschen, da sie ihn von der Arbeit entlastet und ihn nicht mit der Sorge um seine Existenz belastet. Menschen werden nicht mehr gezwungen, um jeden Preis in einem Unternehmen tätig zu sein, in dem sie nur einen Bruchteil dessen bekommen, was sie für den Betrieb tatsächlich erarbeiten. Die Subventionierung verlustträchtiger Unternehmen würde überflüssig und Betriebe, die umweltpolitisch bedenklich sind, könnten ohne gravierende Kaufkraftverluste befürchten zu müssen, geschlossen werden. Entbunden der Sorge um die tägliche Lebenshaltung wären für die Menschen viel größere Spielräume gegeben, etwa Wissenschaft oder Kunst zu betreiben, sich politisch zu betätigen oder sich humanitären bzw. idealen Beschäftigungen hinzugeben.⁷⁰

Anstatt als ausgelaugte, von Zeitnot geplagte Zombies im Laufschrift umherzuhetzen, hätten die Menschen endlich die Chance, sich ausgeruht und energiegeladener in einem der wachsenden Non-Profit-Sektoren einzubringen. Die Stärkung einer postmaterialistisch ausgerichteten Gemeinwirtschaft, die sich nicht mehr nur nach sichtbaren ökonomischen Ergebnissen wie etwa Gewinnen misst, könnte dazu führen, dass die Integrationsleistung der Gesellschaft insgesamt erhöht wird (Selbsthilfeaktionen, Pflege von Behinderten, Generationensolidarität, Nachbarschaftshilfe). Die in der Blüteperiode des industriell-technischen Zeitalters von Max Stirner entwickelte Idee des "Vereins" als Assoziation der "Eigenen", der eine echte Begegnung zwischen authentisch handelnden Personen möglich machen sollte, hätte endlich seine Chance auf Verwirklichung.

Anmerkungen:

- 1 Heinz von Foerster, Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners. Gespräche für Skeptiker, Heidelberg 2001, S. 36.
- 2 Hans Lenk, «Technokratie» als gesellschaftskritisches Klischee, in: Hans Lenk (Hg.), Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1973, S. 14.
- 3 Günter Ropohl, Zur Technokratie-Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans Lenk (Hg.), Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1973, S. 75.
- 4 Hans Freyer, Einleitung in die Soziologie, Leipzig 1931, S. 94, zitiert in: Gerd Hortleder, Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs.

- Zum politischen Verhalten der technischen Intelligenz in Deutschland, Frankfurt/M 1970, S. 98.
- 5 Werner Rammert, Technisierung und Medien in Sozialsystemen – Annäherungen an eine soziologische Theorie der Technik, in: Peter Weingart (Hg.), Technik als sozialer Prozeß, Frankfurt/M 1989, S. 164.
 - 6 James Burnham, Das Regime der Manager, Stuttgart 1951, S. 327 und 121.
 - 7 Walther Rathenau, Zur Mechanik des Geistes oder vom Reich der Seele, Berlin 1913. Beachte auch: Eva-Maria Demuth, Walther Rathenau. Ein Portrait, in: Anno. Magazin für Unternehmensgeschichte, Nr.1 /1993
 - 8 Walther Rathenau, Zur Kritik der Zeit, Berlin 1912, zitiert in: Harry Kessler, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Frankfurt/M 1988, S. 95
 - 9 Walther Rathenau, Physiologie der Geschäfte, Zukunft (1901), zitiert in: Kessler 1988, S. 44
 - 10 Thomas P. Hughes, Walther Rathenau: "system builder", in: Thomas P. Hughes (u. a.), Mann vieler Eigenschaften. Walther Rathenau und die Kultur der Moderne, Berlin 1990, S. 16. Als Quelle gibt Hughes an: W. Hartenau (W. Rathenau), Die Resurrection Co., in: Die Zukunft VI, 9. Juli 1918, S. 72-78.
 - 11 Thorstein Veblen, The Engineer and the Price System, New York 1921
 - 12 Julius Werner, Wissenschaft und Technokratie, in: Technokratie Heft 2, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1933, S. 11.
 - 13 Gisela Klein, The Technocrats. Rückblick auf die Technokratie-Bewegung in den USA, in: Hans Lenk (Hg.), Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1973, S. 47.
 - 14 "Technokratie als Religion." In: Der Österreichische Volkswirt, 25. Jg., Nr. 21 vom 18. Februar 1933, S. 480.
 - 15 Julius Werner, Wissenschaft und Technokratie, in: Technokratie Heft 2, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1933, S. 98.
 - 16 Julius Werner, Wissenschaft und Technokratie, in: Technokratie Heft 2, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1933, S. 27 und 30.
 - 17 Julius Werner, Wissenschaft und Technokratie, in: Technokratie Heft 2, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1933, S. 9.
 - 18 Ropohl in Lenk 1973, S. 59.
 - 19 Klein in Lenk 1973, S. 51.
 - 20 Julius Werner, Wirtschaftsform und Technokratie, in: Technokratie Heft 3, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1933, S. 89.
 - 21 Julius Werner, Wissenschaft und Technokratie, in: Technokratie Heft 2, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1933, S. 13; Julius Werner, Wirtschaftsform und Technokratie, in: Technokratie Heft 3, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1933, S. 25; Julius Werner, Technokratie. Aufruf an die wissenschaftliche Intelligenz, in: Technokratie Heft 1, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1933, S. 49.
 - 22 Julius Werner, Wirtschaftsform und Technokratie, in: Technokratie Heft 3, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1933, S. 21.
 - 23 Julius Werner, Wirtschaftsform und Technokratie, in: Technokratie Heft 3, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1933, S. 29.
 - 24 "Technokratie als Religion." In: Der Österreichische Volkswirt, 25. Jg., Nr. 21 vom 18. Febr. 1933, S. 480. Beachte auch: "Technokratie." In: Der Österreichische Volkswirt, 25. Jg., Nr. 17 vom 21. Jänner 1933, S. 384.
 - 25 Klein in Lenk 1973, S. 57.
 - 26 Burnham 1951, S. 200.
 - 27 Heinz Hülsmann im Gespräch mit Rainer Alisch: Rainer Alisch, Heidegger, Technologie und Faschismus – Heinz Hülsmann im Gespräch mit Rainer Alisch, in: Walter Blumberger und Dietmar Nemeth (Hg.), Der Technologische Imperativ. Philosophische und gesellschaftliche Orte der Technologischen Formation, Wien-München 1992, S. 100.

- 28 Gerhard Senft, Tyrannie und Modernisierung. Der techno-ökonomische Wandel im Dritten Reich, in: Österreichische Gesellschaft für kritische Geographie (Hg.), Auf in die Moderne! Österreich vom Faschismus bis zum EU-Beitritt, Wien 1996, S. 54 ff.
- 29 Walter Hildebrandt, Die industrielle Führungsschicht in der Sowjetunion und ihre Organisationsprobleme, in: Ernst Wolf Mommsen (Hg.), Elitebildung in der Wirtschaft, Darmstadt 1955, S. 202ff.
- 30 Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als "Ideologie", Frankfurt/M 1968, S. 83.
- 31 Habermas 1968, S. 92.
- 32 Habermas 1968, S. 100.
- 33 Die Arbeiten des vor kurzem verstorbenen Ernst Topitsch dürfen noch immer als erste Anlaufstelle im Bereich der Ideologieforschung eingestuft werden. Ernst Topitsch, Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft, Neuwied 1966, S. 22.
- 34 Heiner Hastedt, Aufklärung und Technik. Grundprobleme einer Ethik der Technik, Frankfurt/M 1994, S. 188.
- 35 Gunter Gebauer, Der Mythos der Technokratie und seine Realität, in: Hans Lenk (Hg.), Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1973, S. 87.
- 36 Hortleder 1970, S. 106.
- 37 Helmut Schelsky, Der Mensch in der technischen Zivilisation, in: Helmut Schelsky, Auf der Suche nach Wirklichkeit, München 1961.
- 38 Helmut Schelsky zitiert nach Habermas 1968, S. 116.
- 39 Ropohl in Lenk 1973, S. 65.
- 40 Otto Ullrich, Technik und Herrschaft. Vom Handwerk zur verdinglichten Blockstruktur industrieller Produktion, Frankfurt/M 1979, S. 40.
- 41 Hortleder 1970, S. 105 f.
- 42 Ernst Kitzmann, Zwischen Geist und Maschine. Mathematik in der Technologischen Formation, in: Walter Blumberger und Dietmar Nemeth (Hg.), Der Technologische Imperativ. Philosophische und gesellschaftliche Orte der Technologischen Formation, Wien-München 1992, S. 204 f.
- 43 Vgl. die sogenannten "3 M" nach REFA (= Reichsausschuss für Arbeitszeitermittlung): Mensch – Maschine – Material
- 44 Richard Sennett zitiert im Folder zu den Wiener Vorlesungen, Wiener Rathaus am 14. November 2002.
- 45 Walter Blumberger, Szientifizierung und Flexibilisierung: Das Arbeitsvermögen als Ort der technologischen Formation, in: Walter Blumberger und Dietmar Nemeth (Hg.), Der Technologische Imperativ. Philosophische und gesellschaftliche Orte der Technologischen Formation, Wien-München 1992, S. 223.
- 46 Ullrich 1979, S. 52.
- 47 Ullrich 1979, S. 125.
- 48 Leopold Kohr, Das Ende der Großen, Wien 1986.
- 49 Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt/M 1984, S. 294.
- 50 Fritjof Capra, Wendezeit – Bausteine für ein neues Weltbild, Bern-München-Wien 1983. Vor kurzem hat Capra ein weiteres umfangreiches Werk vorgelegt: Fritjof Capra, Verborgene Zusammenhänge, Bern-München-Wien 2002.
- 51 Hastedt 1994, S. 159.
- 52 Rolf Peter Sieferle, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984, S. 231.
- 53 Rudolf Bahro, Logik der Rettung, Stuttgart-Wien 1987, S. 314.
- 54 Fritjof Capra im Interview mit Michael Haller und Harald Wiese, in: Der Spiegel Nr. 10, 1984, S. 187 ff.
- 55 Kongress-Papier "Ganzheitliches Management" aufgearbeitet in: Gerhard Senft, Gesichter der Esoterik. Ein Streifzug durch das Reich des Irrationalismus, Wien 1992, S. 46.
- 56 Marylin Ferguson zitiert in: Roman Schweidenka, Altes blüht aus den Ruinen. New Age und neues Bewußtsein, Wien 1989, S. 117.
- 57 Der Begriff der libertären Demokratie ist entlehnt von Ulrich Rödel. Ulrich Rödel (Hg.), Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt/M 1990
- 58 Gebauer in Lenk 1973, S. 91.
- 59 Max Stirner, Der Einzige und sein Eigentum, Freiburg/Br. 1986
- 60 Herbert Spencer, The Man versus The State: A Classic Statement of the Case for Individual Liberty, London 1945 (Erstausgabe 1888).
- 61 Piotr A. Kropotkin, Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung, Leipzig 1904.
- 62 Alexander Rüstow, Kritik des technischen Fortschritts, in: Ordo Nr. 4, 1951, S. 373 ff.
- 63 Pierre Ramus, Die Neuschöpfung der Gesellschaft, Wien 1921
- 64 Dieter Suhr, Alterndes Geld, Schaffhausen 1988.
- 65 Lewis Mumford, Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht, Wien 1974, Sn. 315, 409, 524 und 528.
- 66 Lutz Roemheld und Gerhard Senft (Hg.), Pierre-Joseph Proudhon, System der ökonomischen Widersprüche oder: Philosophie des Elends, Berlin 2003.
- 67 Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld (1920), in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjensburg 1991.
- 68 Etwa zur Zeit Gesells traten die Österreicher Josef Popper-Lynkeus und Pierre Ramus für eine Grundversorgung für die gesamte Bevölkerung ein. Popper-Lynkeus wollte dieses "basic income" aus dem allgemeinen Staatshaushalt, Ramus aus einem selbstverwalteten Sozialversicherungsfonds finanziert wissen. Josef Popper-Lynkeus, Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage, Dresden 1912. Gerhard Senft (Hg.), Pierre Ramus, Erkenntnis und Befreiung. Konturen einer libertären Sozialverfassung, Wien 2000, S. 122 ff.
- 69 Günther Witzany, Größenwahn – Geschwindigkeitsrausch – Vereinigungsfieber. Texte zum Ende der Fortschrittsreligionen, Salzburg 1992, S. 36.
- 70 Witzany 1992, S. 36. August Schorsch (Hg.), Des Ingenieurs Josef Popper allgemeine Nährpflicht als nötige Institution für die Computer-Gesellschaft, Düsseldorf 1986, S. 184. Friedrich F. Brezina, Gesellschaft ohne Armut. Zur Erinnerung an Josef Popper-Lynkeus, Wien 1996

Helmut Creutz:

Leitzinssenkungen und billige Notenbankkredite – Sanierungsmöglichkeit für die Banken?

"Seit dem Höhepunkt im Sommer 2001 mit einem Leitzins von 4,5 Prozent haben die Währungshüter diesen bereits sechs Mal gesenkt und bis Anfang Juni 2003 auf 2,0 % herunter gefahren. Geben die Banken und Sparkassen diese Zinssenkungen nicht weiter, machen sie große Gewinne. Außerdem können sie sich zu diesem geringen Zinssatz bei der EZB Zentralbankgeld besorgen und wieder an Kunden ausleihen."

Solche und ähnliche Ansichten kann man nach Absenkungen der Notenbankzinsen immer wieder hören und lesen, selbst von gestandenen Wirtschaftsjournalisten. Was aber trifft davon zu? Können Banken und Sparkassen tatsächlich große Gewinne damit machen? Um das beurteilen zu können, muss man sich mit den Zusammenhängen zwischen Banken und Notenbanken und den Größenordnungen der Kredite und Zinsen befassen.

Die unterschiedlichen Aufgaben der Banken und Notenbanken

Die wichtigste Aufgabe der Banken ist die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten, also die Weiterleitung der Kaufkraft, die ihnen von den Sparern überlassen wird. Die wichtigste Aufgabe der Noten- bzw. Zentralbanken ist dagegen die Versorgung der Wirtschaft mit dem erforderlichen Geld. Diese Geldversorgung geschieht heute weitgehend über Ausleihungen an die Banken. Dabei wird den Banken das so genannte Zentralbankgeld (ZBG) in Form von Guthaben zur Verfügung gestellt, von denen sie nach Bedarf Bargeld abrufen können. Dieses ZBG-Guthaben benötigen die Banken jedoch nicht nur als Puffer für den schwankenden Bargeldbedarf der Wirtschaft, sondern vor allem für die Verrechnungen zwischen den Banken, die sie nur mit ZBG und nicht mit Bank-Giralgeld abwickeln können. Denn wenn eine Bank im Kundenauf-

trag eine Überweisung an eine andere Bank vornimmt, muss sie diese Überweisung mit Zentralbankgeld 'unterfüttern', wenn sie von der empfangenden Bank akzeptiert werden soll. Kurz: Die Kredite, welche die Banken bei den Noten- bzw. Zentralbanken aufnehmen, umfassen sowohl den über die Banken in Umlauf gesetzten Bargeldanteil als auch diese zu haltenden ZBG-Guthaben. In Deutschland liegt dieser über Notenbankkredite in Umlauf gesetzte Bargeldanteil z. Zt. bei etwa 75% der gesamten Bargeldmenge. Das restliche Viertel ist überwiegend auf direktem Weg über so genannte Offenmarktgeschäfte, vorwiegend Devisen- und Goldankäufe, von der deutschen Bundesbank direkt in Umlauf gesetzt worden.

Die Summe der gesamten vorhandenen ZBG-Menge, die sich also aus dem gesamten Bargeld plus der ZBG-Guthaben der Banken zusammensetzt, wird auch als Geldbasis, Basisgeld oder Geldmenge M0 (null) bezeichnet und ist die Grundlage aller geldbezogenen Vorgänge in der Wirtschaft.

Wie groß ist der ZBG-Bestand und wie hat er sich entwickelt?

Um Größen in der Wirtschaft wirklich beurteilen zu können, ist es immer zweckmäßig, sie in Relation zur wirtschaftlichen Gesamtleistung zu stellen, also zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Darum ist in der Darstellung 1 die Größe der Geldbasis bzw. des ZBG-Bestandes in Prozenten des BIP eingetragen. Wie ersichtlich, ist dieser Bestand in der Zeit von 1950 bis 2000, gemessen an der Wirtschaftsleistung, fast gleich groß geblieben, schwankend zwischen acht und elf Prozent und im Trend geringfügig abnehmend. Aus der Darstellung geht ebenfalls hervor, zu welchen Teilen sich die ZBG-Menge aus Banknotenumlauf und Guthaben der Banken bei der

Zentralbank jeweils addiert. Weiter geht aus der Darstellung hervor, dass die Schwankungen der ZBG-Menge entscheidend von den Schwankungen der ZBG-Guthaben ausgingen, die in Deutschland wiederum durch die vorgeschriebenen Mindestreserven entscheidend bestimmt wurden.

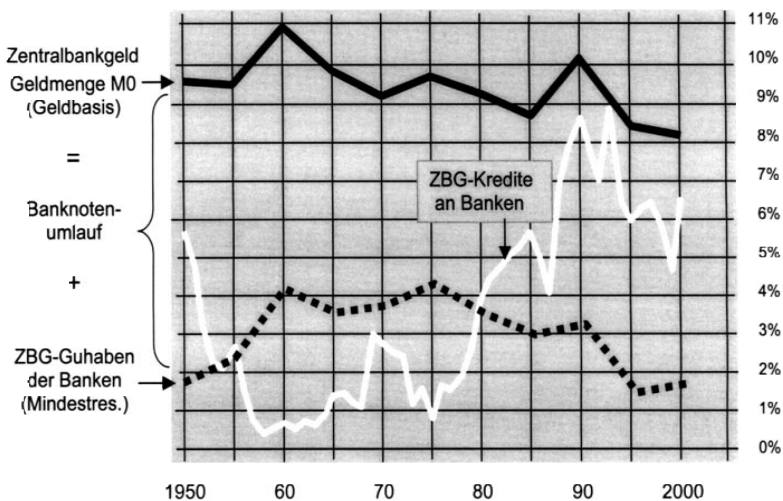
Zusätzlich zu diesen Kurven der ZBG-Bestände ist in die Grafik die Entwicklung der Kredite eingetragen, die den deutschen Banken von der Bundesbank eingeräumt wurden.

Auffallend sind nicht nur deren erhebliche Schwankungen, sondern vor allem, dass sich diese Kredite von 1955 bis 1980 auf einem extrem niedrigen Stand von null bis drei Prozent des BIP bewegten. Ursache für diesen Tiefstand ist, dass in dieser Zeit das Zentralbankgeld hauptsächlich über den Ankauf von Dollar in Umlauf gesetzt wurde, die bis in die 1970er Jahre zur Stützung der festgeschriebenen Wechselkurse erforderlich waren.

Wie sich der Darstellung weiter entnehmen lässt, deckten in dieser Zeit die an die Banken vergebenen ZBG-Kredite noch nicht einmal deren zu haltende ZBG-Guthaben ab! Geschlossen haben die Banken diese Lücke zwischen den zu geringen Krediten und der notwendigen Guthabenhaltung durch Einzahlungen von Bargeld an die Bundesbank, das sie der Wirtschaft entziehen mussten. Auf diese Weise wurde gleichzeitig ein Teil der über die Dollarankäufe zu viel herausgegebenen inflationsträchtigen DM wieder aus dem Verkehr gezogen.

Zentralbankgeld (ZBG) - Bestandteile und Entwicklung 1950 bis 2000 - in % des BIP - Vergleich mit ZBG-Krediten an Banken

ZBG-Entwicklung im Fünfjahresabstand, Kredite jährlich



Quelle: Bundesbank

Abbildung 1

© Helmut Creutz / Nr. 130 a

Der Vergleich mit den normalen Bankkrediten und der Gesamtverschuldung in der Volkswirtschaft

Zur Beurteilung der Größenordnung der Kreditbeziehungen zwischen Zentral- und Geschäftsbanken müssen zum Vergleich die Kredite zwischen Geschäftsbanken und der Wirtschaft herangezogen werden, mit deren Hilfe die überschüssige Kaufkraft der Sparer wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeschleust wird. Um die unterschiedlichen Größenordnungen und Entwicklungen dieser Kredite grafisch darstellen zu können, mussten die Notenbankkredite in der Darstellung 2 stark verkleinert werden. Deutlich ist daraus zu entnehmen, dass die Bankkredite an die Nichtbanken bereits 1950 fast vier Mal so groß waren wie die ZBG-Menge bzw. sechs Mal so groß wie die ZBG-Kredite an die Banken. Vor allem aber zeigt die Darstellung, dass die an die Nichtbanken vergebenen Bankkredite steil zunahmen, während die ZBG-Menge und die an die Banken vergebenen ZBG-Kredite, gemessen an

der Wirtschaftsleistung, weitgehend gleich groß geblieben sind, wenn auch letztere mit starken Schwankungen.

Ursache für den ständigen Anstieg der Bankkredite an die Wirtschaft waren die laufend zunehmenden Ersparnisbildungen, vor allem bei den Privathaushalten. Diese sammelten sich zu immer größeren Beständen an und vermehrten sich durch die Zinsgutschriften sogar beschleunigt "aus sich selbst heraus". Dass diese ständige Zunahme der Ersparnisse und Kredite nichts mit einer Vermehrung der Geldmenge und noch weniger mit den Notenbankkrediten zu tun hat, dürfte aus der Darstellung deutlich werden. Selbst wenn die Notenbank die Geldmenge nicht vermehrt oder sogar absolut verringert, nehmen diese Ersparnisse weiter zu. Denn die vorhandene Geldmenge in der Wirtschaft kann bei ihren ständig wiederholten Umläufen nicht nur immer wieder

erneut zum Kaufen, sondern ebenso immer wieder erneut für Rücklagenbildungen bei den Banken und damit für Kreditvergaben eingesetzt werden.

Nominell stiegen die aus den Ersparnissen gewährten Bankkredite im dargestellten Zeitraum von 50 Jahren von 20 auf 3.250 Milliarden Euro an, also auf das 163-fache. Da aber die Wirtschaftsleistung nominell von 54 auf 2.026 Milliarden Euro und damit "nur" auf das 38-fache zunahm, eskalierten die Geldvermögen und Schulden 4,3 Mal rascher als das BIP. Als Folge überstiegen Ende 2000 die Kredite der Banken an die gesamte Volkswirtschaft die ZBG-Kredite an die Banken sogar um das 20-fache, während es 1950 nur das Sechsfache war. Geht man von den 1960er und 1970er Jahren aus, in denen die Notenbank-

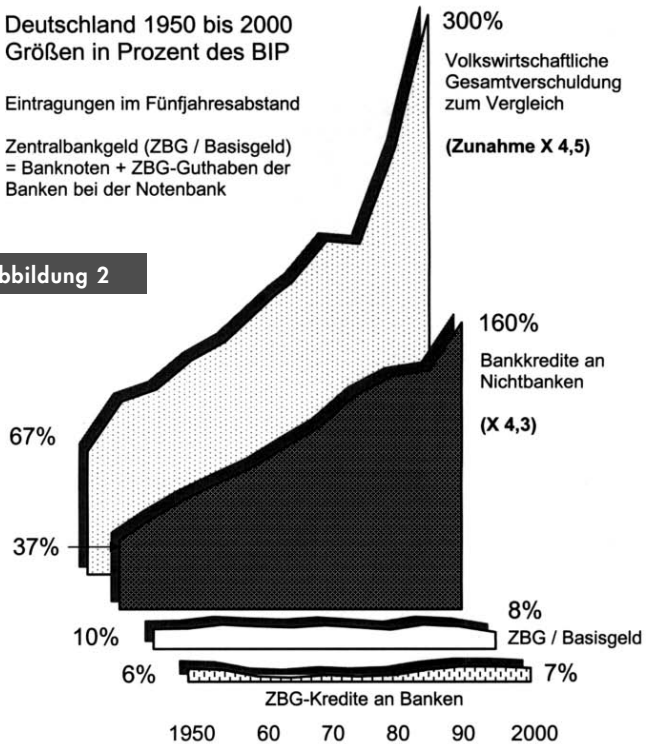
Zentralbank- und Bankkredite im Vergleich

Deutschland 1950 bis 2000
Größen in Prozent des BIP

Eintragungen im Fünfjahresabstand

Zentralbankgeld (ZBG / Basisgeld)
= Banknoten + ZBG-Guthaben der
Banken bei der Notenbank

Abbildung 2



Quelle: Bundesbank

© Helmut Creutz / Nr. 130 b

kredite um ein bis zwei Prozent des BIP pendelten, dann waren die Kredite der Geschäftsbanken an ihre Kunden zeitweise sogar fünfzig bis hundert mal so umfangreich wie die Kredite, die sie von der Deutschen Bundesbank erhielten. Und da die Notenbankzinssätze immer unter den Kreditzinsen liegen, die die Banken ihrerseits von den Kunden verlangen, war und ist der Unterschied bei den Zinslastbeträgen noch größer. So musste z.B. die deutsche Wirtschaft im Jahr 2000 für die Bedienung der Bankschulden 370 Milliarden Euro aufbringen, die Banken für ihre Notenbankkredite jedoch nur rund fünf Milliarden, also weniger als ein Siebzigstel!

Die Geschäftsbankenkredite wachsen also völlig unabhängig davon, ob das ZBG oder die ZBG-Kredite erhöht werden oder nicht. Sie

wachsen sogar dann noch unverändert weiter, wenn die Zentralbank die Kredite an die Banken reduziert oder sogar – wie in den 1960er und 1970er – auf ein Minimum herunterfährt. Zieht man die in der Grafik eingetragene volkswirtschaftliche Gesamtverschuldung zum Vergleich heran, in der auch die außerhalb der Banken angesammelten Geldersparnisse mit erfasst werden, also Einlagen bei Versicherungen, Wertpapierfonds und Direktanlagen wie z.B. Staats-Schuldverschreibungen usw., dann waren die Unterschiede zu den Zentralbankkrediten noch beträchtlicher.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Beurteilung der Leitzinssenkungen?

Bei einem Leitzins für die Notenbankkredite in Höhe von durchschnittlich 4 % im Jahr 2000 waren für die damaligen Notenbankkredite in Höhe von rund 140 Milliarden Euro 5,6 Milliarden Euro Zinsen fällig. Durch eine anschließende Absenkung der Zinssätze von 4 auf 3 % Prozent sind also die Banken um 1,4 Milliarden entlastet worden. Dieser Betrag wäre dann jene Ersparnis, welche die Banken an ihre Kunden weiterreichen konnten, was – wenn auch mit unterschiedlichen Verzögerungen – im Rahmen des allgemeinen Wettbewerbs zwischen den Banken auch weitgehend geschah. Bedenkt man jedoch, dass die normalen Bankkredite im Jahr 2000 mit 370 Milliarden Euro verzinst werden mussten, dann wird nachvollziehbar, dass sich eine Weitergabe der Zinersparnis aus den Leitzinsen in Höhe von 1,4 Milliarden Euro für die Wirtschaft kaum bemerkbar machen konnte. Rechnerisch ergab sich eine Absenkung der Durchschnittszinssätze von einem Zweihundertstel Prozent! Die Streit darüber, ob die Banken diesen Vorteil tatsächlich weitergegeben haben oder nicht, ist also müßig.

Nun wird im Allgemeinen aber auch erwartet, dass die Banken nicht nur ihre absoluten Ersparnisse durch die Leitzinssenkung an ihre Kunden weitergeben, sondern ebenfalls ihre Kreditzinssätze um einen Prozentpunkt heruntersetzen. Dabei wird jedoch vergessen, dass die

Zinssätze in der Wirtschaft weder von den Banken noch von der Notenbank, also heute der EZB, per Dekret absenkbar sind. Vielmehr ergeben sich diese Zinshöhen bei den Banken und auf den Kapitalmärkten täglich aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage, ähnlich wie das bei den Kursen an den Börsen oder anderen Preisbildungen der Fall ist. Dieser sich täglich neu regulierende Marktpreis der Zinsen wird dabei von drei unterschiedlichen Interessengruppen bestimmt, nämlich von den Sparern, Kreditnehmern und Banken. Die Sparer wollen möglichst hohe Zinsen erhalten und drohen notfalls mit dem Rückzug ihres Geldes. Die Kreditnehmer wollen dagegen möglichst niedrige Zinsen zahlen und drohen mit Zurückhaltungen bei der Kreditnachfrage. Und schließlich wollen noch die Banken selbst eine möglichst hohe Marge zwischen Guthaben- und Kreditzinsen erreichen, die ausreichende Gewinne abwirft und ihr Überleben sichert.

Bezogen auf unser Thema heißt das: Die Zinssätze an den Kreditmärkten sind nur dann abzusinken, wenn sich die Geldgeber, also die Sparer, mit weniger Zinsen zufrieden geben. Zwingen kann sie dazu aber niemand, da sie jederzeit in den "Geldstreik" treten, also ihr Geld zurückziehen können, was für die Gesamtwirtschaft noch gefährlicher ist als der Zufluss der Zinsen zu den Sparern. So rasch sich Leitzinsveränderungen auch immer auf den Geldmärkten umsetzen, auf den normalen Kreditmärkten bleiben sie nicht viel mehr als ein Signal, das auf Hoffnungen setzt und auf psychologische Wirkungen. Dass dies nicht immer und sogar zunehmend seltener funktioniert, hat der Präsident der Landeszentralbank von Niedersachsen, Professor Helmut Hesse, bereits vor zehn Jahren im Bezug auf die damaligen Leitzinsanhebungen mit dem Seufzer bestätigt: "Die Leitzinsen waren noch nie so hoch wie heute, aber auch noch nie so wirkungslos." Und das gilt wohl noch mehr für eine Senkung der Zinssätze, an der die Sparer und sonstigen Geldgeber nicht das geringste Interesse haben. Außerdem muss dieser eher psychologisch wirkende Leitzins-Hebel der Notenbanken immer wirkungsloser werden, je mehr sich die Größenordnungen der Kredite und

Schulden in der Volkswirtschaft von jenen zwischen den Noten- und den Geschäftsbanken entfernen.

Was ist mit dem billigeren Geld, das sich die Banken bei niedrigeren Zinsen zum Weiterverleihen von den Notenbank beschaffen können?

Auch das ist leider unzutreffend, selbst wenn es noch so oft wiederholt wird. Denn die Notenbanken halten bekanntlich zur Vermeidung inflationärer Gefahren, also mit gutem Grund, einen Deckel auf der Geldmenge und kämen nie auf den Gedanken, diese Geldmenge zu Gunsten zusätzlicher Bankgeschäfte auszuweiten und damit die Kaufkraftstabilität des Geldes zu gefährden. Außerdem würden sich die Banken bei einem solch billigen Zugang zum Geld gar nicht mehr die Mühe machen, das Geld der Sparer einzusammeln, sondern selbstverständlich den einfacheren Weg nehmen und das billige Geld der EZB mit einem kräftigen Bankaufschlag weiter verleihen!

Selbstverständlich können die Banken trotzdem auch heute noch zusätzliches Zentralbankgeld bei der EZB anfordern. Allerdings nur zu Konditionen, die so hoch angesetzt sind, dass die Banken auf diese Möglichkeit nur im äußersten Notfall und nur kurzfristig zurück greifen. Zum Beispiel als Übernacht-Kredit, wenn eine Bank ihr ZBG-Girokonto, mit dem sie die Tagesgeschäfte mit anderen Banken glatt ziehen muss, überzogen und die Lücke nicht rechtzeitig vor Feierabend durch Geldaufnahme auf dem Geldmarkt, und das heißt vor allem bei anderen Banken, ausgeglichen hat.

Bei der Diskussion über "billigere Bankkredite mit Hilfe von billigerem Zentralbankgeld" wird jedoch noch ein anderer Tatbestand völlig außer Acht gelassen: Die Banken können das auf ihrem ZBG-Girokonto gut geschriebene Zentralbankgeld gar nicht für Kreditvergaben an ihre Kunden verwenden! Und zwar deshalb nicht, weil sie dieses ZB-Giralgeld nicht in Banken-Giralgeld umwandeln können, also in das Geld, das sie ihren Kunden mit ihren Krediten zur Verfügung stellen. Das heißt, sie können das

ZBG ebenso wenig in Banken-Giralgeld umwandeln wie umgekehrt Banken-Giralgeld in ZBG, um zum Beispiel damit ZBG-Kredite zu tilgen oder ihre Zinsen an die EZB zu bezahlen. Letzteres können sie allenfalls, wenn sie das Geld für die Zinsen aus den Bareinzahlungen ihrer Kunden am Schalter abzweigen, was aber nichts bringt, da sie das nun fehlende Bargeld im Kreislauf wieder mit ZBG-Krediten auffüllen müssten.

Nur in dem Umfang, in dem sie ihren Kunden die Zahlungen mit Bargeld abgewöhnen können, ergibt sich für die Banken die Möglichkeit, mit dem sich dann in den Bankkassen ansammelnden Bargeldüberschüssen solche Zinszahlungen oder Tilgungen an die Notenbanken zu leisten. Umgekehrt wäre den Banken aber auch eine Kreditvergabe mit billigerem ZBG – sofern sie es erhalten würden! – nur dann möglich, wenn sie dem Bankkunden den Kredit in bar auszahlen könnten. Das ist aber schon lange nicht mehr üblich und auch buchungstechnisch wohl kaum noch ohne weiteres möglich. Selbst wenn der Kunde den Kredit in bar haben möchte, wird ihm das Geld heute zuerst als Banken-Giralgeld auf einem Kreditkonto gutgeschrieben, von dem er es dann abheben kann.

Dass die Banken in unseren Tagen im Hinblick auf ihre prekäre Situation mit der Umsetzung von Leitzinsabsenkungen besonders hartleibig sind, hängt mit ihrem Bemühen zusammen, wieder aus der fast überall gegebenen roten Gefahrenzone heraus zu kommen. Nicht diese kleinen Verzögerungstricks, mit denen sich die Banken etwas zu sanieren versuchen, sollten uns darum beschäftigen, sondern jene fatalen Entwicklungen, die sich aus dem übermäßigen Wachstum der Geldvermögen und Schulden und damit der Zinsströme von der Arbeit zum Besitz für die gesamte Gesellschaft ergeben. Und auf dieses übermäßige Wachstum hätten die Notenbanken nur dann einen Einfluss, wenn der Geldumlauf unabhängig von der Zinshöhe gesichert werden würde.

Andreas Rams und Dirk Löhr:

Deflation – Ökonomisches Phänomen und Konsequenzen der Wirtschaftspolitik

Seit nunmehr annähernd sechs Dekaden steigt das Preisniveau in allen westlichen Volkswirtschaften – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – so doch fortlaufend an. Entsprechend war hier die Geldpolitik unmittelbar auf eine Dauervorsorge gegen Inflation und mittelbar der mit dieser verbundenen Folgewirkungen eingestellt. Aktuell tritt jedoch zusehends die lange übersehene Gefahr der Deflation in den Mittelpunkt des Interesses. So wird seitens des Internationalen Währungsfonds nicht ausgeschlossen, dass sich in Deutschland "eine milde Deflation über die nächsten Jahre verfestigt". Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sieht Deutschland sogar ungebrochen auf dem Weg in eine deflatorische Abwärtsspirale. Bei näherer Betrachtung wird erkennbar, dass die Gefahr einer Deflation in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwächephase – mehr oder weniger deutlich – die Mehrheit der westlichen Volkswirtschaften bedroht. Vor diesem Hintergrund ist es Ziel dieses Beitrags, das volkswirtschaftliche Phänomen sowie die Folgen einer Deflation näher zu beleuchten und denkbare Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik zu diskutieren. Auf diesem Wege wird hier insbesondere die Interpretation einer Deflation als mögliche Folgewirkung einer Inflation dargestellt.

Inflation und ihre Bekämpfung

Unter Inflation wird ein über einen längeren Zeitraum anhaltender Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus über eine tolerierte Mindestgrenze hinaus verstanden.¹ Dabei ist die Inflation von der Verteuerung nur einzelner Güter zu unterscheiden, die lediglich die sich in einer Marktwirtschaft durch die Lenkungs-funktion der Preise selbst beseitigenden Verknappungen anzeigt. Als Maß für das Preisniveau wird überwiegend der Konsumentenpreis-

index herangezogen, das heißt Preise für Aktiva wie Wertpapiere, Devisen und Immobilien gehen nicht mit in die Betrachtung ein. Entsprechend ihrer möglichen Ursachen werden in der Theorie die Nachfrage-, die Angebots- und die Geldmengeninflation unterschieden. Die Nachfrageinflation kann erstens durch eine erhöhte Binnennachfrage ausgelöst werden. So wird unter Konsumnachfrageinflation ein anhaltender Preisniveauanstieg infolge eines erhöhten Konsums bei gleichbleibendem Angebot verstanden.² Diese zieht vielfach eine Investitionsgüter-nachfrageinflation nach sich, da die Konsumgüterindustrie als Reaktion auf die steigende Nachfrage ihre Bestellungen von Investitionsgütern erhöht. Schließlich kann sich die Binnennachfrage auch durch einen Anstieg der Staatsnachfrage mit inflatorischer Wirkung erhöhen. Die drei benannten Varianten der Nachfrageinflation können unabhängig voneinander jedoch auch gleichzeitig auftreten und sich dabei gegenseitig verstärken. In jedem Fall kommt es darauf an, dass die Nachfrage das Angebot dergestalt übersteigt, dass ein nachhaltiger Anstieg des Preisniveaus erfolgt.

Eine Angebotsinflation liegt vor, wenn Unternehmen die Preise ihrer Waren fortlaufend erhöhen. Dies kann entweder dadurch bedingt sein, dass die Anbieter höhere Gewinnmargen anstreben oder aber, dass sich zuvor die Preise der Produktionsfaktoren erhöht haben.³ In Folge der Anhebung der Güterpreise werden dann wieder höhere Lohnforderungen vorgebracht.⁴ Schließlich kann es zu einer Spirale aus fortlaufenden Preisanhebungen kommen, die sich letztlich als Angebotsinflation verfestigt.

Von einer Geldmengeninflation wird schließlich gesprochen, wenn eine Erhöhung der Geldmenge bei gleichbleibendem Warenangebot erfolgt. Ursachen können etwa eine verfehlte Geldpolitik oder auch ein durch Handelsbilanz-

überschüsse bedingter Währungsimport sein. Bei gleichbleibender Geldmenge kann eine rein monetär bedingte Inflation auch durch die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes herbeigeführt werden. Zum weiteren Verständnis der Hintergründe des Phänomens Inflation ist es wichtig festzustellen, dass weder die Nachfrage- noch die Angebotsinflation ohne eine entsprechende Ausweitung der Geldmenge erfolgen kann. Entsprechend erscheint es grundsätzlich möglich, Inflation durch eine adäquate kontraktive Geldpolitik zu verhindern. Dies ist den Notenbanken der international dominierenden Volkswirtschaften in den letzten Jahrzehnten auch überwiegend erfolgreich gelungen.

Bei Betrachtung der verschiedenen Quellen der Inflation stellt sich schließlich die Frage, warum diese als so große Gefahr für die Volkswirtschaft angesehen wird. Als wesentliche Gründe dafür werden angeführt, dass Inflation die elementare Funktion des Geldes als allseits akzeptiertes Tauschmittel beeinträchtigt oder gar zerstört. Weiter führt Inflation zu zufälligen und unerwünschten Verteilungseffekten zwischen Sparern und Kreditnehmern. Die Hauptgefahr einer Inflation wird aber darin gesehen, dass aufgrund möglicher Fehlinvestition der knappen Ressourcen einer Volkswirtschaft möglicherweise langfristig eine ungleichgewichtige und schwache Wirtschaftsentwicklung resultiert. So stellt sich im Zeitverlauf regelmäßig die kreditfinanzierte Expansion als überlegene Inflationsstrategie für Haushalte, Unternehmen und Staat heraus. Sie fußt auf der Erwartung, dass die Preise realer Güter steigen während die Kreditsalden durch die Inflation entwertet werden. Als Konsequenz wachsen auf monetärer Seite Geldumlauf und Verschuldung an, während gleichzeitig real zu hohe Produktionskapazitäten entstehen. In empirischen Vergleichen wird erkennbar, dass sich Volkswirtschaften mit hoher Geldwertstabilität durch eine erfolgreichere Entwicklung auszeichnen als diejenigen mit ausgeprägter Inflation.

Von der Inflation zur Deflation

Wenn eine längere inflatorische Entwicklung in allen Bereichen der Volkswirtschaft zu einer

übermäßigen Expansion geführt hat, kann das Gleichgewicht nur durch die umfassende Zurücknahme des "zu viel" in Gestalt eines deflatorischen Prozesses oder zumindest durch ein "Einfrieren" des Preisniveaus erreicht werden. Unter einer Deflation versteht man dabei das dauerhafte Absinken des Preisniveaus einer Volkswirtschaft oder die nachhaltige Kontraktion des disponiblen Geldvolumens.

Zur Unterscheidung von einer Deflation wird von Disinflation dann gesprochen, wenn die Inflationsrate kontinuierlich sinkt. Für Güter muss dann zwar wie in der Inflation auch fortlaufend mehr gezahlt werden, die Rate der Teuerung reduziert sich dabei jedoch fortlaufend.

Eine Deflation ist grundsätzlich von einer realwirtschaftlichen Stagnation bzw. Rezession begleitet. Sie provoziert dabei uneinbringlich werdende Geldforderungen durch Kreditausfälle oder Gläubigerverzicht sowie überhöhte Produktionskapazitäten. Eine Deflation ist entsprechend die Wirtschaftsperiode mit übermäßig vielen Insolvenzen, mit Arbeitslosigkeit und mit verbreitetem Vermögensverfall. Eine Deflation kann direkt aus einer Inflation entstehen und ist in dieser grundsätzlich implizit angelegt: Zunächst steigen noch die Preise – wenn auch mit verminderten Raten (Disinflation) – und weiten sich die Kreditfinanzierungen und Produktionskapazitäten aus. Langsam nimmt dann jedoch die Zahl der Insolvenzen zu, da immer mehr Unternehmen ihre angestrebten Wachstumsziele nicht mehr erreichen und folglich zur vertragsgemäßen Bedienung ihrer Kredite nicht mehr in der Lage sind⁵. Zunächst wird der verminderte Anstieg des Preisniveaus als Stabilitätserfolg verstanden. Schließlich kommt es jedoch zur Stagnation der Nachfrage, bis die Deflation die Oberhand gewinnt und zunehmend die Konjunktur bestimmt. Die Konsumnachfrage geht zurück, da die Haushalte aus Vorsicht heraus weniger kaufen oder aufgrund reduzierter Einkommen nur noch weniger kaufen können. Es bilden sich nun mitunter Erwartungen weiter fallender Preise. Mit dieser Aussicht wird nun – je nach Ausmaß der Deflationserwartung – eine Vielzahl von Käufen in die Zukunft verschoben. Preistrenderwartungen und Zinstrenderwartungen

bestimmen die Nachfrage. Während nun die monetäre Teuerung ihrem Ende entgegen geht, bleiben die gemessen an der reduzierten Nachfrage vorgehaltenen Überkapazitäten zunächst weiter reale Tatbestände. Diese müssen nun sukzessive abgebaut werden, damit die Wirtschaft wieder zu einem Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf allen Märkten zurückfindet. Entsprechend ist die Inflation erst dann beendet, wenn alle entstandenen Inflations-schulden und alle inflationären Geldmengen wieder real beseitigt sind. So verstanden ist die Deflation ein Prozess der bereinigenden Stabilisierung. Er kann sich jedoch bis hin zu einer volkswirtschaftlichen Depression auswachsen, wenn sinkende Preise zu weiter sinkender Nachfrage, Produktion und Beschäftigung führen.

Empirische Bestandsaufnahme

Insbesondere im letzten Jahrzehnt waren in den dominierenden Volkswirtschaften möglicherweise deflationsbegründende Inflationsraten, jedoch nicht ein nachhaltiger Preisniveaustieg erkennbar. So fand der Geldmengenanstieg dieser Periode nur sehr begrenzt Niederschlag in erhöhten Konsumgüterpreisen; er schlug sich jedoch erkennbar insbesondere in steigenden Wertpapierkursen an den Weltbörsen nieder. Diesen folgte weiter ein verbreiteter Ausbau der Produktionskapazitäten sowie mit steigenden Werten der Assets eine erhöhte Verschuldungsbereitschaft der Unternehmen und Haushalte. Weiter erfolgte mit Blick auf die steigenden Vermögen eine Ausweitung des privaten Konsums. In einzelnen Märkten kam es zudem zu einem starken Anstieg der Immobilienpreise. Nach verbreiteter Interpretation der Volkswirte lag entsprechend nicht eine Inflation im oben beschriebenen Sinne vor, sondern vielmehr eine Asset-Inflation mit umfassenden Folgen für das Investitions- und Konsumverhalten der Wirtschaftssubjekte. Mit dem Zusammenbruch der Bewertungen an den Aktienmärkten ist es dann seit dem Frühjahr 2000 zu einer bis heute andauernden Deflationierung der Volkswirtschaften gekommen. Die Charakteristika einer Verschuldungsdeflation runden den aktuellen

empirischen Befund ab. So ist an den Märkten eine deutliche Reduzierung der Kreditvolumina zu erkennen. Diese begründet sich erstens durch den aktuellen und drohenden Wertverfall vieler Kreditsicherheiten wie insbesondere von Unternehmens- und Immobilienwerten. Je nach Relation des Zinsniveaus und der Rate der Preisniveaüänderung kommt es weiter zu einem Anstieg der realen Zinsen und damit zu einem Rückgang der Verschuldungsbereitschaft. Wie in einer Inflation die Schulden entwertet werden, so nimmt deren Wert in einem deflatorischen Umfeld real zu. Während das Risiko von Insolvenzen zunimmt, bekommen Unternehmen und Haushalte schließlich nur noch gegen hohe Risikoaufschläge Kredite zur Verfügung gestellt.

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist es nun nicht zwingend problematisch, wenn die Preissteigerungsrate vorübergehend einmal das Vorzeichen wechselt. Zu einer Gefahr wird ein deflatorischer Trend erst, wenn er sich über einen längeren Zeitraum verfestigt und von Haushalten und Unternehmen in die Erwartungsbildung übernommen wird. Erst dann kann es zu einer der Volkswirtschaften in die Depression treibenden Konsum- und Investitionszurückhaltung kommen. Dieser Fall liegt aktuell jedoch nach überwiegender Einschätzung der Volkswirte und Analysten noch nicht vor. Je mehr Wirtschaftssubjekte sich aber auf ein mögliches Deflationsszenario einstellen, desto größer ist Gefahr für das Anhalten einer umfassenden Schwäche der international dominierenden Volkswirtschaften und das tatsächliche Eintreten einer – wenn auch vielleicht nur begrenzten – Deflation. Das Entstehen einer Abwärtsspirale wird jedoch trotz der an vielen Stellen erkennbaren Anzeichen einer möglichen Deflation empirisch noch nicht bestätigt.

Wirtschaftspolitische Deflationsstrategien

Nach Auflösung der Bindung des Geldumlaufs an vorhandene Goldreserven und der Umstellung auf eine flexible, an realwirtschaftlichen Bedürfnissen orientierte (Papier-) Geldpolitik kann eine Deflation heute nicht mehr so einfach wie

früher als Folge ungenügender Geldversorgung oder Geldverknappung durch die Notenbanken entstehen. Als Ursachen kommen jedoch – wie beschrieben – Überkapazitäten auf der Angebotsseite oder eine zu geringe Nachfrage in Betracht. In beiden Fällen würde das Say'sche Gesetz, wonach sich jedes Angebot seine eigene Nachfrage verschafft, keine praktische Gültigkeit haben. So würde sich die Nachfrage in einem deflatorischen Umfeld mittelfristig auf fallende Preise einstellen und sich spekulativ zurückhalten und somit zumindest zeitweilig verweigern. In Folge würde die schlichte Liquiditätshaltung schließlich eine Rendite in Form erzielbarer Preiseinsparungen einbringen. Grundsätzlich bestünde die Gefahr, dass sich eine deflatorische Abwärtsspirale einstellt. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die gravierenden realen Folgen und Kosten wird als Abwehrstrategie aktuell die Frage einer optimalen positiven Inflationsrate diskutiert.

Unterstellt sei eine aktive Geldpolitik betreibende Zentralbank, die in Rezessionen die Leitzinsen senkt, um damit die Konsum- und Investitionstätigkeit zu beleben. Da die nominalen Leitzinsen jedoch nicht negativ werden können, kann diese Politik nur in Grenzen erfolgreich sein. Wird das geldpolitische Instrumentarium jedoch um das Mittel einer gemäßigten Inflation erweitert, kommt es zu einer Verschiebung der ansonsten starren Zinsgrenze nach unten. Die für die Wirtschaftssubjekte relevanten realen Zinsen können nun auch negativ werden. Es käme somit zu einer Erweiterung der Optionen der Geldpolitik, die sich insbesondere in einem deflatorischen Umfeld bewähren könnte. Allerdings kann diese Option nur kurzfristig wirken, da es zu einer Anpassung des Zinsniveaus an die erhöhte Preissteigerungsrate kommt. Jedoch gibt es keinerlei Garantie dafür, dass allein durch eine Zinssenkungspolitik der konjunkturelle Motor tatsächlich gestartet werden kann.

Vor dem Hintergrund der mit einer Deflation verbundenen sehr hohen volkswirtschaftlichen Kosten könnte sich im Vergleich ein relativer Vorteil für die Politik einer mäßigen Inflation ergeben. In einem entsprechenden Umfeld blieben die unvermeidbaren Schwankungen des

Preisniveaus vollständig im positiven Wertebereich, womit eine Deflation im Erfolgsfall vollständig vermieden werden könnte. Im Vergleich erscheinen die volkswirtschaftlichen Kosten einer mäßigen Inflation als geringer und besser absehbar.

Die volkswirtschaftlichen Kosten sind dann minimal, wenn die Zentralbank eine gewisse Inflationsrate vorgibt, auf die sich die Wirtschaftssubjekte einstellen können. Dieser von Behrens entwickelte Vorschlag einer "dosierten Inflation" zielt jedoch nicht unmittelbar auf die Beeinflussung der Zinsstruktur (und nur mittelbar auf die Beeinflussung des Zinsniveaus) ab. Vielmehr geht es hier um eine technisch einfache Variante, um die Kassenhaltung mit höheren Opportunitätskosten zu versehen. In der Logik dieses Vorschlages liegt es, dass den Wirtschaftssubjekten bewusst die Möglichkeit der Anpassung ihrer Kontrakte an die angepeilte Inflationsrate gegeben werden soll, um durch die Inflation möglichst geringe reale Struktureffekte zu erzeugen.

Die Diskussion einer gemäßigten positiven Inflationsrate steht in der Tradition der Diskussion von Theorien der Liquiditätspräferenz vom Beginn des 20. Jahrhunderts. In diesen wurde im Rahmen der Diskussion von Kredit- und Geldschöpfung von vielen Volkswirten eine begrenzte Gültigkeit des Say'schen Theorems aufgrund einer Zunahme der Liquiditätspräferenz gesehen. Es wurde argumentiert, dass zumindest einige Wirtschaftssubjekte die Erlöse auf dem Verkauf ihrer Faktorleistungen nicht wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen ließen. Entsprechend wurde die Einführung eines negativen Zinses auf die Geldhaltung gefordert, die sich in einem Papiergeldsystem am einfachsten durch die Schaffung einer positiven Inflationsrate erreichen lässt. Vor dem Hintergrund des aktuellen, in Teilbereichen durch Sättigung und deflatorischen Indikatoren gekennzeichneten wirtschaftlichen Umfeldes gewinnen diese Überlegungen wieder verstärkt an Aktualität. Mit Blick auf die im Vergleich größeren volkswirtschaftlichen Kosten einer Deflation gegenüber einer – insbesondere nur geringen – Inflation könnte sich die Verfolgung einer entsprechend

erweiterten Diskussion sowohl in der Theorie der Volkswirtschaft als auch in der praktischen Wirtschaftspolitik lohnen.

Literatur

- Akerlof, G.A./ Dickens, W.T./ Perry, G.L. (1996): The Macroeconomics of Low Inflation, in: Brookings Papers on Economic Activity, No. 1, S. 1-76.
- Behrens, E. (1991): Notenbankpolitik, Fragen d. Freiheit H. 211, 7-8.
- Feldstein, M. (1997): The Costs and Benefits of Going from Low Inflation to Price Stability, in: Romer, C.D. / Romer, D.H (Eds.): Reducing Inflation: Motivation and Strategy, Chicago, S. 123-156.
- Gesell, Silvio (1991): Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Verlag für Sozialökonomie (Originalausgabe 1920).
- Goodfriend, M. (2001): Financial Stability, Deflation, and Monetary Policy. Federal Reserve Bank of Richmond Working Paper Series No. 01-01.
- Krugman, P. (2000): Thinking About the Liquidity Trap, in: Journal of the Japanese and International Economies, Vol. 14, No.4, S. 221-237.
- Tobin, J. (1958): Liquidity Preference as Behaviour Towards Risk, in: Review of Economic Studies, 25, No. 67, S. 65-86.
- Tödter, K.-H./ Gerhard Z. (1997): Price Stability vs. Low Inflation in Germany: An Analysis of Costs and Benefits, NBER Working Paper No. 6170.

Anmerkungen

- 1 Im Falle einer Preisniveaustabilität verändert sich das Preisniveau langfristig nicht und die Teuerungsrate liegt bei 0%. Unter einer mäßigen Inflation wird eine Teuerungsrate zwischen 1% und 3% verstanden. Bei Geldentwertungsraten von 3% bis 10% wird dann von offener, darüber von trabender bis galoppierender Inflation gesprochen. Wird die Inflation durch Preisrigiditäten oder mangels handelbarer Güter zurückgestaut, so entsteht eine Kassenhaltungs- oder auch Warteschlangeninflation.
- 2 Sofern die Inflation in die Preisenerwartungen der Nachfrager eingeht, kann es zu einer sich selbst verstärkenden Wirkung kommen; zukünftig geplante Käufe werden zeitlich vorgezogen, um erwarteten Preissteigerungen auszuweichen. Auf diese Weise nährt sich die Inflation selbst.
- 3 Besonders empfänglich für derartige Entwicklungen sind Sektoren, die durch eine geringe Preiselastizität der Nachfrage gekennzeichnet sind.
- 4 In der Interpretation einer Angebotsinflation ist regelmäßig umstritten, ob es sich um eine Preis-Lohn- oder eine Lohn-Preis-Spirale handelt.
- 5 Auch längerfristige, mit den bisherigen Preissteigerungsraten kalkulierende Kontrakte werden bei Disinflation- und Deflationstendenzen zum Problem.

Mit Schwundgeld gegen Deflationsgefahren

"Es gab europaweit eine bemerkenswert erfolgreiche Bekämpfung der Inflationstendenzen bis hin zur kaum mehr latent zu nennenden gegenwärtigen Deflation, die zu konstatieren aber offenbar zu den wirkungsmächtigsten Tabus der gängigen Volkswirtschaftslehre zählt. ...

Zu den Abgründen des Geldes gehört auch dieser: dass es als das eine Geldmedium, das es ist, drei bemerkenswert unterschiedliche Aufgaben wahrnimmt – es ist Recheneinheit, Tauschmedium und Wertaufbewahrungsmittel zugleich. Diese heilige Dreifaltigkeit ist zweifellos reizvoll. Doch sie kann wie derzeit zu erheblichen Schief-lagen beitragen: Wenn zu viele das Tauschmedium Geld systematisch als Wertaufbewahrungsmittel einsetzen, trägt das erheblich zu Deflationen und Wirtschaftskrisen bei. Das plausible Gegenmittel zum deflationären Lähmungs-gift ist aber hochgradig tabubesetzt: Schwund-geld. Wer über Geld verfügt, dessen Wert über-schaubar schwindet (zum Beispiel jährlich drei Prozent an Wert verliert), wird das lebhafteste Interesse daran haben, es auszugeben und damit die Realökonomie zu stimulieren. Mäßige Infla-tionen (etwa in der Größenordnung von 3–5 %) haben die Funktion von Schwundgeld zum Teil und zeitweise übernommen. Vieles spräche dafür, offen als solches deklariertes Schwundgeld an die Stelle von schwachen Inflationen zu setzen."

Prof. Dr. Jochen Hörisch, Der mephistophelische Kapitalismus, in: Merkur – Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken Nr. 653–654 / 2003 Sonderheft "Kapitalismus oder Barbarei?", S. 893 und 895–896.

Diskussion über die Nullschränke nominaler Zinsen

In der 124. und 136. Folge hat unser Mitarbeiter Norman Ehrentreich über die von Prof. Marvin Goodfriend in amerikanischen Notenbankkreisen begonnene Diskussion über die "Nullschränke nominaler Zinsen als geldpolitische Restriktion" berichtet. Prof. Willem Buiter und Prof. Nikolaos Panigirtzoglou (Bank of England), haben diese Diskussion kürzlich fortgesetzt. Ihr gemeinsamer Aufsatz "Overcoming the Zero Bound on Nominal Interest Rates with Negative Interest on Currency: Gesell's Solution" erschien in der von der "Royal Economic Society" herausgegebenen Zeitschrift "The Economic Journal" – Vol. 113, No. 490 / October 2003, p. 723–746.

BERICHTE

■ 50 Jahre Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM)

Die ASM wurde im Januar 1953 von dem Wirtschaftspublizisten Otto Lautenbach (1903-1954) gegründet. Er hatte vor 1930 zeitweise mit Silvio Gesell zusammengearbeitet und war in den Jahren 1948 und 1949 Mitarbeiter der von Ludwig Erhard herausgegebenen Zeitschrift "Währung und Wirtschaft". Mit der ASM strebte Lautenbach eine "Aktionsgemeinschaft" zwischen der Geld- und Bodenreformbewegung und dem Ordoliberalismus der "Freiburger Schule" in der Ökonomie an. Zum achtköpfigen Vorstand gehörten zunächst vier Vertreter der freiwirtschaftlichen Richtung. Vorausgegangen war eine Zusammenarbeit mit maßgebenden ordoliberalen Wissenschaftlern auf mehreren Veranstaltungen des 1946 wiedergegründeten Freiwirtschaftsbundes in den Jahren 1951 und 1952.

Auf der ersten Arbeitstagung der ASM 1953 umriss Otto Lautenbach ihre Ziele: "Wir wollen vorwegnehmen, dass die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft unabhängig von Parteien und von Interessengruppen tätig ist. Sie will als eine überparteiliche Gruppe dafür arbeiten, dass das, was wir als eine vollendete Soziale Marktwirtschaft verstehen, in der Öffentlichkeit begriffen und in der politischen Praxis verwirklicht wird. Sie will auch dem kleinen Mann auf der Straße klarmachen, dass die Soziale Marktwirtschaft nicht etwa die Wirtschaftsordnung irgendeines Standes ist, sondern Grundlage unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens." Mit einer "vollendeten Sozialen Marktwirtschaft" war eine im Sinne Gesells und Walter Euckens von jeglichen privaten und staatlichen Machtgebilden befreite Wirtschaft der vollständigen Konkurrenz gemeint, in der Individual- und Sozialprinzip miteinander verknüpft sein sollten.

Nach Lautenbachs Tod bekamen jedoch innerhalb der ASM jene Kräfte die Oberhand, die anstelle einer monopolfreien Wettbewerbswirtschaft eine Vermachtung der Märkte durch Konzerne, Kartelle und Trusts hinnahmen und glaub-

ten, dass ein Kartellamt diese Machtmacht kontrollieren und im Zaum halten könne.

Das von der heute noch bestehenden ASM herausgegebene "ASM-BULLETIN" Nr. 1/2003 war der Festveranstaltung zu ihrem 50. Geburtstag gewidmet; es enthält mehrere Vortragstexte, u.a. von Prof. Dr. Joachim Starbatty, dem Vorsitzenden des Vorstands. In dessen Redetext heißt es unter anderem: "Bei dem Versuch, den unveränderlichen Kern der Sozialen Marktwirtschaft zu erfassen und fünfzig Jahre Wirken der Aktionsgemeinschaft zusammenzufassen, wird rasch klar, wie lange und intensiv diese Idee vorbereitet wurde und wie stark sie durch Personen geprägt wurde. Köpfe stehen hinter dieser Idee, und es ist kein Zufall, dass sie in Deutschland entstanden ist. Auf der Einladung sind die Köpfe der Gründungsväter abgebildet. Ich nenne sie in alphabetischer Reihenfolge: Franz Böhm, Ludwig Erhard, Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow."

Über Otto Lautenbach als den Gründer der ASM verliert Starbatty kein Wort. Auch ein Foto Lautenbachs sucht man in dem Heft vergebens. Nur Bernd W. Voss, Mitglied des Vorstands (im Übrigen Mitglied der Aufsichtsräte der Allianz AG und der Dresdner Bank AG) hat in seinem Vortrag auf Lautenbach hingewiesen, ohne allerdings dessen freiwirtschaftlichen Hintergrund zu erwähnen.

Während Bernd W. Voss Lautenbach immerhin erwähnt und zitiert, wird auch in einer Informationsbroschüre der ASM deren Gründer verschwiegen. Dort heißt es zu Anfang unter "Aufgaben": "Die Aktionsgemeinschaft e.V. (ASM) wurde 1953 als eine überparteiliche Vereinigung von Wissenschaftlern, Unternehmern, Verbänden und Privatpersonen gegründet."

Auf der Festveranstaltung wurde Starbatty die Alexander-Rüstow-Plakette verliehen. "Dem mutigen Streiter für Soziale Marktwirtschaft" steht auf der Rückseite der Plakette. Soviel Mut, des Gründers der ASM zu gedenken und dessen Leistung zu würdigen, brachte der Vorstandsvorsitzende offenbar nicht auf.

Das ASM-Bulletin wird auf Anforderung kostenlos übersandt:

Mohlstr. 26, 72074 Tübingen | mail@asm-ev.de

Es kann auch aus dem Internet heruntergeladen werden: www.asm-ev.de.

Josef Hüwe

Weiterführende Literatur

- Ernst Winkler, Was heißt "sozial" in der "Sozialen Marktwirtschaft"? In: Fragen der Freiheit Nr. 118 / 1975, S. 13-31. – Ders., Freiheit? Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung. Sonderdruck Fragen der Freiheit. Boll 1980.
- Freiwirtschaftsbund: Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft. 1952. Vorträge vom Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 9./10. Nov. 1951. (Ernst Winkler, Alexander Rüstow, Werner Schmid und Otto Lautenbach)
- Freiwirtschaftsbund: Das Programm der Freiheit. 1953. Vorträge vom Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6./7. Nov. 1952.
- Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokolle Nr. 1-20./21.5. und 2-18./19.11.1953, Vita-Verlag Bad Nauheim.
- Josef Hüwe, Das Ringen um die Vollendung der sozialen Marktwirtschaft. In: Geschichte, Politik und ihre Didaktik. Heft 3/4 1993, S. 280-285. Ferner in: Fragen der Freiheit, Heft 223, Juli/August 1993, S. 39-47.

■ Unterguggenberger Institut in Wörgl/Tirol

In Wörgl ist kürzlich ein Verein "Unterguggenberger Institut" gegründet worden. Er betreibt den Aufbau einer öffentlich zugänglichen Bildungseinrichtung, die einerseits die Wörgler Regionalgeschichte über das in den 1930er Jahren vom damaligen Bürgermeister Michael Unterguggenberger initiierte Freigeldexperiment dokumentiert und die andererseits Informationen darüber sammelt und weitergibt, was gegenwärtig im Bereich der regionalen Komplementärwährungen passiert. Zur Aufbereitung des historischen Materials und zur Forschung über Komplementärwährungen wird eine Kooperation mit Universitäten und interessierten Einzelpersonen angestrebt. Geplant ist auch die Integration des Wörgler Heimatmuseums und des Stadtarchivs in das Projekt. Zur Finanzierung wird u.a. eine Arbeitswertscheinaktion durchgeführt.

Zur Unterstützung seiner Ziele hofft der Verein auf Mitglieder (der Jahresbeitrag beträgt 15 Euro), auf Spenden (auf das Konto-Nr. 68 84 99 bei der Raiffeisenbank Wörgl | BLZ 36 35 8) und auf aktive Mitarbeiter/innen. Derzeit bereitet der Verein eine größere Tagung zum Thema Regionalwährungen vor, die vom 2.–5. September 2004 in Wörgl stattfinden soll.

Nähere Informationen erteilt die Obfrau Veronika Spielbichler, Eichenweg 3, A-6300 Wörgl. - Internet: www.unterguggenberger.woergl.at

■ Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung

Auch in diesem Jahr hat die Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung neben ihrer laufenden Arbeit wie der Mitherausgabe der "Zeitschrift für Sozialökonomie" und der Verwaltung des Freiwirtschaftlichen Archivs wieder Preise vergeben, um besondere Leistungen auf dem Gebiet der Geld- und Bodenordnung herauszustellen und zu würdigen.

Ein Preis in Höhe von 1.000 Euro ging an Klaus Rohrbach für sein Buch "Freigeld – Michael Unterguggenberger und das "Währungswunder von Wörgl""¹. Durch eine geglückte Verbindung von romanhafter Erzählung mit sachlicher Aufbereitung und Darstellung des "Wunders von Wörgl" scheint das Buch besonders geeignet, Interesse zu wecken sowohl für das damalige historische Freigeld-Experiment als auch für die zugrundeliegende Idee einer Geldreform.

Auch die Diplomarbeit von Gebhard Ottacher mit dem Titel "Der Welt ein Zeichen setzen" befasst sich mit dem währungspolitischen Geschehen in Wörgl der Jahre 1932/33. Ottacher versucht nicht nur, das Geschehen der damaligen Zeit im einzelnen nachzuzeichnen, sondern auch den Ursachenzusammenhang zwischen den von Bürgermeister Unterguggenberger ergriffenen Maßnahmen und den Auswirkungen auf den Warenabsatz, die Beschäftigung und die kommunale Verschuldung zu analysieren. Das Buch ist frei von übertriebener Abstraktion, richtet sich aber doch vorzugsweise an wissenschaftlich interessierte Leser. Der Preis von ebenfalls 1.000 Euro soll als Druckkostenzuschuss eine Veröffentlichung der Arbeit ermöglichen, die vom Verlag für Sozialökonomie für das Jahr 2004 vorgesehen ist.

Durch Mitfinanzierung der Stiftung kam ein Filmprojekt unter der Regie von Frieder Mayrhofer aus München zustande, in dem – vor dem Hintergrund seiner Biographie – die Leistungen des Wirtschaftsanalytikers (und früheren Vorstandsmitglieds unserer Stiftung) Helmut Creutz dargestellt werden. Der Film, der über die INWO – Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung, Deutschland² zu be-

ziehen ist, kann dazu beitragen, besonders denjenigen zu einem Zugang zur Problematik unserer Geldordnung zu verhelfen, die sich dabei nicht allein auf schriftliche Ausarbeitungen stützen wollen. Auch für diejenigen, die den Porträtierten kennen und schätzen, wird die filmische Darstellung von Interesse sein.

Die Stiftung verbindet mit dieser Mitteilung ihren Dank an diejenigen, die ihr durch Zuwendung von Spenden und Nachlässen ihre Förderfähigkeit ermöglicht haben. Die desolaten Verhältnisse in Wirtschaft und Politik machen diese Tätigkeit nötiger denn je und erfordern eigentlich eine viel größere Anstrengung zur Verbreitung der Ideen einer Geld- und Bodenreform, als wir sie uns zur Zeit leisten können. Da die Stiftung nur ein relativ geringes Kapital hat, dessen Erträge zur Finanzierung ihrer Tätigkeit bei weitem nicht ausreichen, ist sie auf laufende Zuwendungen in Form von Spenden oder Zustiftungen angewiesen. Wir bitten daher alle, denen dies möglich ist, weiterhin um ihre Unterstützung.³ Das neue Stiftungssteuerrecht bietet erheblich verbesserte Möglichkeiten, Stiftungen zu Lasten der Einkommenssteuer zu unterstützen. Wir senden Ihnen auf Anforderung gern Informationsmaterial zu.⁴

1 erschienen im Verlag Ch. Möllmann, Schloß Hamborn, ISBN 3-931156-71-0

2 INWO D / Versand, Sambach 180, D-96178 Pommersfelden, Fax: 0121/2512597, Internet: www.INWO.de

3 Bankverbindung der Stiftung: Konto Nr. 1017/247618 bei der Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50)

4 Info-Anforderung bitte an: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung, zu Hd. des 1. Vorsitzenden, Fritz Andres, Dhauner Str. 180, 55606 Kirn, Fon/Fax: 06752/2427.

■ Wem gehört die Natur ? – Initiative zum Schutz des globalen Genvorrats

Nach der fragwürdigen Kapitalisierung des Bodens und der Ressourcen hat in den letzten Jahren auch noch ein Prozess der Kapitalisierung des globalen Genvorrats begonnen. Ein Kreis von Wissenschaftler/innen um Jeremy Rifkin von der Foundation of Economic Trends in Washington hat im Februar 2002 beim Weltsozialforum in Porto Alegre und beim Treffen der Vereinten Nationen zur Vorbereitung der Rio+10-Konferenz in Johannesburg im August 2002 eine kritische Er-

klärung dazu abgegeben. Als Gegenstück zu dem bei der Welthandelsorganisation WTO verhandelten TRIPS-Abkommen über die Genpatentierung hat Rifkin auch sogleich einen Vertragsentwurf zur Erklärung des globalen Genvorrats zum Gemeingut vorgelegt. Seitdem unterstützen mehr als 325 Nichtregierungsorganisationen diese Initiative. Sie will verhindern, dass Unternehmen die Gene, das evolutionäre Erbe von Jahrmillionen, patentieren lassen und wirtschaftlich verwerten. Der Genpool der Erde ist ein gemeinschaftliches Gut und darf nicht auf den Weltmärkten als veräußerbare Ware und Kapitalgut missbraucht werden. Anstelle einer solchen "Biopiraterie" (Vandana Shiva) soll das genetische Welterbe unantastbar sein.

■ Kapp-Forschungspreis für Ökologische Ökonomie 2004

Dieser Preis wird gemeinsam von der "Vereinigung für Ökologische Ökonomie" (VÖÖ) e.V., der "Kapp-Stiftung", der "Hatzfeldt-Stiftung" und der "Anstiftung – Gemeinnützige Forschungsgesellschaft mbH" ausgeschrieben und im Jahr 2004 erstmalig als Fortsetzung des "Schweisfurth-Forschungspreises für Ökologische Ökonomie" vergeben. Mit seinem bereits Anfang der 1950er Jahre erschienenen Buch "The Social Costs of Business Enterprise" hat Kapp als einer der ersten Ökonomen auf die sozialen und ökologischen externen Kosten der Marktwirtschaft aufmerksam gemacht. Sein Buch gilt als Geburtsstunde der Umweltökonomie und ist eines der Grundlagenwerke der ökologischen Ökonomie.

Der methodische Ansatz der Ökologischen Ökonomie erfordert eine fachübergreifende und möglichst transdisziplinäre Gesamtsicht auf die Thematik und eröffnet insofern nicht nur wirtschaftswissenschaftliche, sondern gleichermaßen natur-, sozial- und geisteswissenschaftliche Zugänge. Für die Ausschreibung 2004 lautet die übergeordnete Themenstellung für die einzureichenden Arbeiten: "Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung". Der Kapp-Forschungspreis für Ökologische Ökonomie ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert. Eine Aufteilung des Preises auf maximal zwei Preisträger/innen ist möglich. In diesem Fall wird die jeweilige Preissumme durch

die Jury festgelegt. Informationen zur Bewerbung erteilt das Sekretariat des Kapp-Forschungspreises:

Dr. Manuel Schneider, Projektbüro,
Valleystr. 36 (Rgb.), D-81371 München
Fon +49 (0) 89 7675 89-55,
Fax +49 (0) 89 7675 89-56
eMail: info@make-sense.org

Die vollständigen Bewerbungsunterlagen sind bis zum 15. Januar 2004 unter folgender Adresse einzureichen: Forschungsgesellschaft anstiftung gGmbH, Daiserstr. 15 (Rgb.), D-81371 München.

■ Portal für eine menschliche Arbeitswelt

Für eine menschlichere Arbeitswelt engagiert sich seit Mai 2002 das Portal www.mensch-arbeit.de. Unter dem Motto: "Ein Mausklick zur helfenden Antwort" stehen ehrenamtliche Beraterinnen und Berater für berufliche Probleme aller Art zur Verfügung. Anonym und kostenlos bieten sie den Rat Suchenden eine orientierende erste Hilfe an – egal, ob es sich beispielsweise um Mobbing, berufliche Neuorientierung oder Angst vor Arbeitslosigkeit handelt.

Bei www.mensch-arbeit.de finden Betroffene eine klärende erste Beratung oder ein seelsorgliches Gespräch; beides per eMail und Chat. Wer dagegen schon weiß, was er braucht, kann sich auf dem "Marktplatz der Beratungsstellen" selbst die richtige fachspezifische Beratungsstelle suchen: Die ständig wachsende Datenbank enthält Adressen und Kurzbeschreibungen anderer Projekte und Einrichtungen, die sich auf unterschiedliche Themen der Arbeitswelt spezialisiert haben.

Das Projekt bietet für die ehrenamtlichen Mitarbeiter/-innen Unterstützung in Form von Fortbildungs-Einheiten, regelmäßige Workshops im kollegialen Team, Supervisionen sowie Fachdiskussionen. www.mensch-arbeit.de wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und vom Lehrstuhl für Grundlagen und Theorien der Organisationspsychologie an der Universität Dortmund begleitet.

Nähere Informationen: Projekt Mensch Arbeit, Susanne Erbach, Brackeler Hellweg 144, 44291 Dortmund, Fon 0 231-206 05 95.
eMail: kontakt@mensch-arbeit.de

Notwendigkeit zukunftsfähiger Finanzmärkte

"Die gegenwärtige Zeit ist unübersichtlich und wird zusehends geprägt von unilateralen Politikkonzepten einzelner Machtblöcke oder Nationen. Dieses Denken erinnert an die Welt im beginnenden 20. Jahrhundert, als mühsam aufgebaute internationale Netzwerke durch politische Entscheidungen der Herrscher gerade der wohlhabenden Nationen zunichte gemacht wurden. Die Ergebnisse sind wohl bekannt – doch sind wir im 21. Jahrhundert vor ähnlichen Entwicklungen gefeit? Die gegenwärtige Eigenschaft der Finanzmärkte, Wohlstand im Norden und Elend im Süden anzuhäufen und gleichzeitig die Ungleichheit selbst innerhalb der wohlhabenden Nationen zu verstärken, bereitet ein weiteres Zeitalter der Instabilität vor. Verelendete Massen sind anfällig für Populisten und religiöse Fanatiker – ebenso wie Eliten und allzu mächtige Machthaber fühlen sie sich nicht mehr an gesellschaftliche Verträge oder internationale Vereinbarungen gebunden. ...

Erst eine veränderte Finanzarchitektur wird in unseren Köpfen den für nachhaltige Entwicklung notwendigen gleichzeitigen Wertewandel im Hinblick auf langfristiges Denken, auf weniger Ungleichheit sowie auf lokale und globale Kooperation ermöglichen. ...

Das Finanz- und Geldsystem ist ein mächtiges, aber zugleich das am meisten vernachlässigte Instrument in der Nachhaltigkeitsdebatte. Wenn wir jenes Instrument nicht ins Zentrum der Debatte rücken, verspielen wir eine zentrale Voraussetzung zur Schaffung von Gestaltungsspielräumen in der Zukunft. ... Deshalb treffen wir in der Korrektur der Finanzarchitektur Entscheidungen nicht nur für die lebenden Generationen, sondern zugleich auch für ein zukünftiges friedliches Miteinander der Nationen."

Prof. Dr. Stefan Brunnhuber und Dr. Harald Klimenta
Wie wir wirtschaften werden – Szenarien und
Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte.
Frankfurt / Wien 2003, S. 183 und 186-189.

B Ü C H E R

■ Leopold Kohr Das Ende der Großen – Zurück zum menschlichen Maß

Salzburg/Wien: Otto Müller Verlag, 2002. 343 Seiten

Es gibt Bücher, die einen langen Weg zurücklegen müssen, bis sie ihre Leserschaft erreichen. Allzu oft verwehrt der so genannte "Zeitgeist" den Blick auf die in diesen Büchern festgehaltenen Gedanken, weil sie den eingenommenen politischen, ökonomischen oder kulturellen Gesichtspunkten einer Epoche derart widerstreiten, dass sie als unbequem und störend empfunden werden. Dennoch existieren sie weiter, und nicht selten fördern eifrige, kommerziell erfolgreiche Apologeten die Quelle ihrer Inspiration und damit ein vergessen geglaubtes Werk zutage. Plötzlich lässt sich im wahrsten Sinne des Wortes 'Denkwürdiges' entdecken. Aus der rückblickenden Distanz zwischen Entstehung und Rezeption wird offenbar, dass auch die leise Stimme eines Einzelnen die dröhnende Agitation der einstigen Weltsichtverkünder Lügen strafen kann.

Auf die Wirkungsgeschichte des Buches "Das Ende der Großen" vom österreichischen Philosophen Leopold Kohr (1909-1994) mag dies jedenfalls zutreffen. Der vor Ausbruch des 2. Weltkrieges in die USA emigrierte Kohr konnte 1941 in einem Zeitschriftenaufsatz erstmals seine Theorie vorstellen. Während in den Nachkriegsjahrzehnten die politische Doktrin zur Friedenssicherung von der Errichtung staatlicher Zusammenschlüsse geprägt war, nahm Kohr eine völlig konträre Position ein und warnte leidenschaftlich vor den konzipierten Staatenbünden und übernationalen Strukturen. Er sah in ihnen keine nachhaltigen Friedensprojekte, sondern vielmehr totalitäre Tendenzen, mit der zwingenden Konsequenz eines sich gewaltsam vollziehenden Zusammenbruchs.

Im Jahr 1951 hatten sich Kohrs Gedanken zu einer Monografie verdichtet, aber erst sechs Jahre später wagte ein englischer Verleger die Veröffentlichung des Werkes unter dem Titel "The Breakdown of Nations". Zwar ließ Kohrs akademischer Status und sein Bekanntheitsgrad ein völliges Ignorieren dieses Werkes nicht zu;

die ersten Rezensenten erblickten darin aber zumeist nur ein kontraproduktives, überflüssiges Thesenkonstrukt. Erst als sich in den 1970er Jahren die Weltstaat-Idee von Vereinten Nationen als Illusion erwies und die hypertrophen ökonomischen und technologischen Bestrebungen der Großstaaten und Staatenblöcke offensichtlich wurden, erwies sich Kohrs Werk als opportun.

Einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten Publikationen, die aus der Kohr'schen Philosophie schöpften bzw. deren Autoren sich offen als Schüler des österreichischen Vordenkers bezeichneten. Die weiteste Verbreitung fand die überaus populäre Schrift "Small is beautiful" von Fritz Schumacher, der bekannte, dass er von keinem mehr gelernt habe als von Leopold Kohr. Nachdem Kohr auch in seinem Heimatland mehrfach rezipiert wurde, konnte 1986 die erste deutschsprachige Übersetzung von "Das Ende der Großen" erscheinen. Im Hinblick auf die europäische und globale Entwicklung erfuhr das Buch, wohl nicht zufällig, im Jahr 2002 eine überarbeitete Neuauflage.

Leopold Kohr stellt an den Beginn seiner Analysen das Credo von Paracelsus: "Alles ist Gift, ausschlaggebend ist nur die Dosis". So wie es in der Medizin eine Mengengrenze gebe, die Heilmittel in ihr Gegenteil verkehrt, mache das Überschreiten einer bestimmten Größe" das Gute zum Schlechten, Demokraten zu Tyrannen, Friedvolle zu Kriegshetzern, Wachstum zum Krebs" (Kohr, Vorwort zur deutschen Ausgabe, 1986). Kohr führt nun den Begriff der "kritischen Größe" ein, welcher die Fülle einer Machtkonzentration beschreibt, die ein politisches Gebilde und dessen Führer glauben macht, keinen Konkurrenten, keine Gegenmacht mehr fürchten zu müssen. Damit sei dann jene Situation erreicht, die aggressive Expansion, also letztlich Krieg, evoziert.

In den ersten Kapiteln seines Werkes weist Kohr nach, dass nicht ein aggressiver Volkarakter für einen Krieg ausschlaggebend ist. Dem auf Grund seiner Biografie und seiner Weltanschauung über jedweden Geschichtsrevisionismus erhabenen Leopold Kohr ging es darum, den Blick von den unhaltbaren biologischen

Aggressionstheorien auf das bedrohliche Machtvolumen eines politischen Gebildes zu lenken. Wenngleich er Einzel- und Kollektivschuld nicht gänzlich negierte, wollte er doch deutlich zwischen Haftung und Schuld unterscheiden haben. Nationale Untergruppen der Menschheit könnten zwar für ihre Missetaten und die ihrer politischen Führer haftbar gemacht werden, die Belastung der Einzelnen einer Volksgruppe mit einer Kollektivschuld hielt Kohr im höchsten Maße für wiederholungsgefährlich.

Mit dem Begriff der "kritischen Größe" vermochte der Philosoph aber nicht nur die Auswirkungen des Großmachtstrebens nach außen hin darzustellen. Ebenso sorgfältig untersuchte er die Befindlichkeiten der in einem Großstaat lebenden Menschen. Bei diesen ortete er Identitätskrisen, zunehmend resignative Stimmungslagen, fortschreitende Vermassung und schließlich, aus diesen Erscheinungen folgend, autoritäre Projektionen. Leopold Kohr zeigte damit psychologische Phänomene auf, wie man sie bislang nur in Diktaturen beobachten konnte. Kohrs "kritische Größe" erlaubt nun aber auch Erklärungsansätze für eine jede Logik und Vernunft entbehrende Kriegseuphorie in demokratisch-pluralistischen Staatsformen. In Anlehnung an die soziologische Wachstumstheorie von Malthus sieht Kohr den Zeitpunkt der "kritischen Größe" dann erreicht, wenn die sozialen Probleme einer Gesellschaft rascher wachsen als die Fähigkeit der Menschen, mit ihnen fertig zu werden.

Aus diesem Blickwinkel sagte Kohr schon zu Beginn der 1950er Jahre den Zusammenbruch des Sowjetimperiums voraus und skizzierte eine globale Entwicklung, an deren Ende ein an amerikanischen Lebensprinzipien ausgerichteter Weltstaat steht. Dieses nach Meinung Kohrs völlig wert- und sinnentleerte Gebilde könne dann nichts anderes tun, als kleine überschaubare Verwaltungseinheiten schaffen. "Wenn der Weltstaat totaler Einheit", meint Kohr, "länger leben will als die Dekade seiner blutigen Geburt, dann wird er genau das wieder erschaffen müssen, das er für immer zerstört geglaubt hat – eine Welt der kleinen Einheiten, eine Welt der kleinen Staaten." (Kohr, S. 304).

Für Europa schlug Kohr die Auflösung der Nationalstaaten vor. An ihre Stelle dürfe aber nicht eine riesige Union gesetzt werden, sondern ein System von sich vernetzenden Kleinstaaten, deren Grenzen entlang der historisch gewachsenen "natürlichen" ethnischen Linien verlaufen. In diesen nach relativer Autarkie strebenden, miteinander kooperierenden Kleinstaaten sollten die sozioökonomischen Kompetenzen zurück in die Regionen, zurück zu den Menschen geführt werden. Erst damit, davon war Kohr überzeugt, könnten überschaubare, dem menschlichen Maß entsprechende Lebensbereiche entstehen, die dauerhaften Frieden garantieren.

Mit der Forderung nach Mäßigung in den materiellen Ansprüchen gibt Kohr seine ideengeschichtlichen Wurzeln preis. Analog zur aristotelischen Tugendlehre und dem christlich-scholastischen Kleingemeinschaftsmodell sieht Kohr das höchst Gut des Menschen, nämlich Freiheit und Würde, ausschließlich von einer durch seine Größe maß- und schrankenlos gewordenen Sozietät bedroht. In seinem Selbstverständnis als "sanfter Anarchist" fühlt sich Kohr auch den Lehren Proudhons, Thoreaus, Stirners u.a. verbunden. Sein "anarcho-individualistisches Gedankengut" enthalte jedoch nichts, so versucht er bürgerliche Ängste zu zerstreuen, "das nicht auch ein Heiliger hätte sagen können" (Kohr, Vorwort zur deutschen Auflage).

Es hat, wie gesagt, lange gedauert, bis die Gedanken des Leopold Kohr einen Widerhall fanden. Umso deutlicher wird damit gerade heute in der Beobachtung des Projekts "Europa", wie sehr menschliche Bedürfnisse hinter den Ansprüchen eines profitorientierten Großraumes – nicht zuletzt auch in der Diskrepanz zwischen Groß- und Kleinstaaten – zurückstehen müssen. Leopold Kohrs "paracelsische gesellschaftliche Größentheorie" schlägt einen anderen Weg ein. "Klein sein oder nicht sein" lautet sein philosophisches Vermächtnis.

Christof Karner

■ **Roland Benedikter (Hg.)**
Postmaterialismus –
Eine Buchreihe in 7 Bänden

Wien: Passagen Verlag, 2001–2004. (Internet: www.passagen.at)

Der Soziologe Ronald Inglehard hat für die fortschrittlichen Kräfte in der gegenwärtigen Wirtschaftskultur den Begriff des "Postmaterialismus" geprägt. Es handelt sich dabei um keinen diagnostischen, sondern um einen blicklenkenden Begriff. Denn wir können noch nicht ernsthaft davon sprechen, dass wir schon im Zeitalter eines Postmaterialismus (oder eines Immaterialismus) angekommen sind, wie manche – vor allem in Europa – vorschnell meinen. Aber im Innern des Materialismus gehen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und unter dem Einfluss der neuen Technologien sowie des allgemeinen kulturellen Wandels unmerklich Transformationen vor sich, die die postmaterialistische Perspektive zu eröffnen beginnen.

Die Reihe "Postmaterialismus" will die Konstellation der Gegenwart philosophisch analysieren, um anhand von Schlüsselphänomenen die postmaterialistische Perspektive aufzuzeigen. Ihr Herausgeber Roland Benedikter ist Lehrbeauftragter an der Universität Innsbruck und Vorstandmitglied des "Instituts für Ideengeschichte und Demokratieforschung" Innsbruck sowie des "Forums für Sozialästhetik" Innsbruck-Bozen.

Band 1: Einführung in das postmaterialistische Denken

Der erste Band gibt mit Beiträgen von Roland Benedikter, Zygmunt Bauman und Karlheinz Brodbeck eine allgemeinverständliche Einführung in das, was postmaterialistisches Denken heute sein kann. Dies aus drei verschiedenen Perspektiven: der Philosophie, der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaften. Denn erst die interdisziplinäre Gesamtanschauung eröffnet ein angemessenes Bild einer zeitgemäßen postmaterialistischen Erkenntnishaltung.

Band 2: Der Mensch

Der zweite Band mit Beiträgen von Lorenzo Ravagli, Roland Benedikter, Lex Bos, Herbert Salzmann und Wendelin Küpers konkretisiert das postmaterialistische Denken in der Betrachtung des zentralen Faktors der "immaterialisierten" Wirtschaftskultur von morgen: des Menschen.

Neue Wirtschaftszweige wie "Aufmerksamkeitsökonomie", "Begehrensdesign" und "Humankapitaloptimierung" weisen anfangs des 21. Jahrhunderts auf eine unterschwellige Anthropologisierung der Wirtschaft hin. Zugleich wird das Menschliche ökonomisiert. Die Union von Wirtschaft und Anthropologie bringt Menschbilder hervor, die als unbewusste gesellschaftliche Leitbilder in der vollen Ambivalenz eines produktiven Zwielfichtes stehen.

Band 3: Die Arbeit

Worin verwirklicht sich der Mensch auch noch in der "immateriellen" Wirtschaftskultur des 21. Jahrhunderts? In der Arbeit. Die Veränderung von Begriff und Selbstbewusstsein der Arbeit unter dem Signum ihres Verschwindens im Zeitalter von Technisierung, Virtualisierung und Rationalisierung ist das Thema der Beiträge von David Macarov, Michael Ross und Stefan Brodbeck im dritten Band. Versucht werden die Umriss einer postmaterialistischen Philosophie von Arbeit und Zeit.

Band 4: Die Natur

Der Basisprozess der Wirtschaft besteht in der Anwendung von Arbeit auf Natur. Doch am Anfang des 21. Jahrhunderts ist die Ausgewogenheit zwischen diesen beiden Faktoren geschwunden. Wir haben immer mehr Wirtschaft und immer weniger Natur. Der Wirtschaft hängt bisher noch immer der Ruf der materialistischen Naturvernichter an, den sie sich im 20. Jahrhundert erworben hat. Doch heute tauchen neue Ansätze auf, bei denen Teile der Wirtschaft angesichts der Untätigkeit von Staaten und Institutionen eigenständig den Weg in den Naturschutz vorangehen. Kann die Wirtschaft als konkret brauchbare geistige Grundlage für ein neues Verhältnis zur Natur einen postmaterialistischen Naturbegriff für sich entwickeln? Dieser Frage gehen Franko Petri, Hans Glauber, Wolfgang Schad, Heiner Benking und Roland Benedikter nach, wobei auch Fragen des Bodenrechts und seiner Reform angesprochen werden.

Band 5: Das Kapital

Ist das Kapital derzeit dabei, sich auf eine virtuelle Ebene zu begeben – und sich also zu "postmaterialisieren"? Weltweite Geldströme, die nur mehr aus Zeichencodes bestehen, spekulative

Börsenwerte ohne physische Grundlage, aber auch die Entwicklung einer ebenso immateriellen wie globalen "Kultur des Schenkens" im Internet stellen die Frage nach der Zukunft des Kapitals. Welcher neue Kapitalbegriff muss am Anfang des 21. Jahrhunderts angedacht werden? Wie ist ein "anderer" Gebrauch des Kapitals denkbar? Und: Wird das Geld der Zukunft wie ein Mensch sein – also geboren werden, seine aktive Zeit haben, um dann alt zu werden und zu sterben? Autoren dieses Bandes sind Claus Otto Scharmer, Kathrin Käufer, Stephan Eisenhut, Wolfram Hirsching, Albrecht Kiedaisch und Roland Benedikter.

Band 6: Globalisierung und Bürgergesellschaft

Wegen ihrer ökonomischen Einseitigkeiten lange Zeit von vielen misstrauisch beobachtet, ist Globalisierung heute ohne ihr positives, postmaterialistisches Potential nicht mehr denkbar. Dieses Potential liegt in der Impulsierung einer transnationalen Zivilgesellschaft und in einer neuen Weltbewegung ethischer Individualität und kultureller Kreativität, die derzeit entscheidend von der Globalisierung mit hervorgebracht und gefördert wird. Der neue Bürgertypus des "Kulturschöpferischen" ist die postmaterialistische Variante der bisher dominierenden materialistischen Typen der "Modernisten" und "Traditionalisten". Erscheint hier das revolutionäre Sozialkonzept der Zukunft: die "Dreigliederung"? Die Beiträge stammen von Nicanor Perlas, Ulrich Rösch und Michael Hirsch.

Band 7: Perspektiven des postmaterialistischen Denkens

Dieser Band zieht das Fazit der Reihe und öffnet den Blick in die Zukunft. Erscheint heute in verschiedenen Bereichen tatsächlich so etwas wie eine fundamental neue, postmaterialistische Gemüts- und Geistesverfassung? Eine Reihe von Phänomenen scheint darauf hinzuweisen. Oder bleibt Postmaterialismus doch eher nur wieder eine neue kulturelle und ökonomische Technik, die nur ein weiteres Mal das Bestehende variiert?

Das ist offen. Sicher ist: der substantielle Kern des postmaterialistischen Kulturimpulses besteht wesentlich in einer bestimmten innermenschlichen Qualität des individualisierten Einzelnen. Aus dieser gehen letztlich alle kulturellen Tendenzen und konkreten Maßnahmen hervor. Die Kultu-

rierung dieser innermenschlichen Qualität im gegenwärtigen "postmodernen" Menschen ist die Voraussetzung für jede mögliche Entfaltung des postmaterialistischen Denkens im 21. Jahrhundert.

Was genau aber ist diese geheimnisvolle innermenschliche Qualität? Was ist dieser "andere" innere Kompass der Gegenwartskultur, den wir als Postmaterialismus in den verschiedensten Phänomenen am Werk sehen? Das soll in diesem abschließenden Band geklärt werden. Er will die praktische Sichtung postmaterialistischer Phänomene mit einem grundlegenden theoretischen Impuls verbinden. Dabei zeigt sich, dass die Wirtschaft zum entscheidenden progressiven Bereich für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts werden kann. Und zwar dann, wenn sie auf der Grundlage der Entdeckung, Freilegung, Bewusstmachung und Anwendung neuer geistiger Qualitäten in der Lage ist, eine grundlegend neue Perspektive ihrer Kulturprägung zu entwickeln. Mit Originalbeiträgen von Bodo Hamprecht, Michael Opielka, Roland Benedikter, Roland Halfen, Michael Muschalle, Christian Kessler und Markus Klammer.

Roland Benedikter

■ Dietrich Koller Geld oder Leben – Vom Umgang mit der Macht des Mammons

München. Claudius Verlag, 2003. 304 Seiten.

Dieses Buch des evangelischen Theologen Dietrich Koller spürt in unserer krisengeschüttelten Zeit der Allerwelts-Wahrheit "Geld regiert die Welt" nach. Sie hat den Autor dazu veranlasst zu fragen: "Wer regiert eigentlich das Geld?" So fragend, meint er, "können wir unsere Wirklichkeit durchschauen und verborgene Wahrheiten wiederfinden. Darum will das Buch für unsere politische Wirklichkeit, für unsere kulturelle Krise und für unsere Wahrheit wach machen." (S.14). So möchte Koller – seiner Tätigkeit als theologischer Lehrer und Gestaltseelsorger verpflichtet – kein wirtschaftswissenschaftliches Lehrbuch vorlegen, sondern ein Lebensbuch, das biblische und spirituelle Weisheiten lebendig macht und die Leser sowohl theologisch als auch politisch herausfordert. Dies gelingt ihm, indem er zwei persönliche Schlüsselerlebnisse um Besitz und Angst wiedergibt, die ihn betroffen gemacht haben.

Von da ausgehend versucht Koller das Thema "Geld oder Leben" in einem ersten Hauptteil als den roten Faden der biblischen Heilsgeschichte aufzuzeigen. Er zeichnet dies nach von dem Auszug aus Ägypten bis zu den Hauskirchen in der Urgemeinde. Dabei nimmt er die Leser durch seinen hermeneutischen Dreischritt – sozialgeschichtlicher Hintergrund, biblisches Fenster (eigene deutende Nacherzählung), Brücke zum Heute – auf einen Verstehensweg mit, der einem die Augen öffnet sowohl für eine politische Gesellschaftsanalyse unserer Zeit als auch für die spirituellen Kräfte biblischer Weisheit, mit denen sich einer lebenszerstörenden Ökonomie Paroli bieten lässt, so dass Geld nicht mehr regiert, sondern dient.

In einem zweiten Hauptteil handelt Koller deshalb das Thema "Geld oder Leben" als das große Thema spiritueller Traditionen ab, die von den Mythen der Antike (König Midas) ausgehen, die Weisheiten der frühchristlichen und abendländischen Väter aufnimmt, die außerchristliche Mystik mit einschließt und bis zu den Werken der Weltliteratur reicht (Goethe, Shakespeare, Victor Hugo, Bert Brecht u. a.). Dabei werden die spirituellen Meister der Neuzeit nicht vergessen (Tolstoi, Gandhi, Dorothy Day).

In einem Schlussteil über "Ausstiege in neue Möglichkeiten" lenkt Koller seinen Blick bewusst auf alternative Gruppen, die schon heute an einer gerechten Welt von morgen arbeiten. Dies geschieht in einem Interview mit einem Vertreter der "Christen für gerechte Wirtschaftsordnung" und in einem Gespräch mit einer Vertreterin der ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft "Oikocredit". Letztere Einrichtung arbeitet weltweit nach der Überzeugung, "dass auf der ganzen bewohnten Erde Menschen den Willen und die Fähigkeit haben, sich selbst zu helfen, wenn ihnen die vorhandenen Ressourcen nicht vorenthalten werden." (S. 274). Diesem Anliegen fühlt sich "Oikocredit" verpflichtet und gibt deshalb in armen Ländern den Menschen Kredite zu niedrigen Zinsen, die nicht mehr "bankfähig", aber durchaus kreditwürdig mit ihren Investitionen für das Gemeinwohl sind. So fördert diese Entwicklungsgenossenschaft eine nachhaltige, selbst bestimmte Entwicklung für Menschen in armen Regionen.

Abschließend gibt Koller einen Sachstandsbericht über die Tätigkeit von Attac ("Association pour la taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens"), einer radikaldemokratischen Solidaritätsbewegung in Europa, die sich nach ihrem Manifest von 2002 weltweit für "eine gerechte, solidarische und nachhaltige Welt" (S. 289) einsetzt. Diese verschiedenen alternativen Gruppen weisen nach Koller auf Möglichkeiten hin, wie heute schon im Kleinen ein "Wirtschaften für das Leben" begonnen werden kann, denn sie sind von der Vision erfüllt: "Eine andere Welt ist möglich", wenn wir uns dafür einsetzen, dass das Leben das Geld regiert und nicht mehr umgekehrt. Ein weiterführendes Literaturverzeichnis informiert umfassend über das Thema Geld und Leben.

Dietrich Koller ist zu danken, dass er mit diesem tief sinnigen und bewegenden Buch einer breiten Leserschaft die Notwendigkeit einer gerechteren Wirtschaftsform eröffnet, vor der man die Augen nicht mehr verschließen kann.

Christoph Körner



Das Buch von Dietrich Koller bietet einen Durchgang zunächst durch die altisraelitische Geschichte (Hauptteil 1) und sodann durch bedeutende Literaturgattungen mit spirituellen Weisheitsschätzen von mythischen Zeiten bis zur Moderne (Hauptteil 2) unter der Hauptfragestellung, wie in den jeweiligen Geschichtsepochen bzw. Literaturgattungen mit Geld, Boden und anderem sozialökonomisch bedeutsamen Regelungsbedarf umgegangen wird. Umrahmt sind diese Hauptteile von einem Eingangsteil, in dem der Verfasser bedenkt, wie er selbst mit den Alternativen "Geld oder Leben" umgeht (Kapitel 1) und wie gemäß dem lukanischen Jesus eine Ökonomie Gottes gestaltet ist (Kapitel 2). Am Ende des Buches werden heutige Gruppen bzw. ein (fiktiver) Utopist als Hoffnungsträger für eine Sozialökonomie der Gerechtigkeit vorgestellt, unter anderem die Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW).

Zunächst erkennt der Autor in selbstreflexiven Gedanken sich als einen "reichen Jüngling" (Mk 10,17-22), der hinter seiner Selbstentfremdung

(aufgrund der Begierde nach Geld) die spirituelle Sinnfrage noch nicht ganz unterdrückt hat (S. 19-30). Dieser Einstieg ist geeignet, dem Leser Mut zu machen, das Buch mit großem Genuss lesen zu dürfen und nicht etwa aus dem Bewusstsein eigener Unvollkommenheit nur mit unausgesprochenen Schuldgefühlen. – Sodann wird die unmoralisch anmutende lukanische Erzählung vom ungetreuen Haushalter eines "reichen Mannes" sozialökonomisch gedeutet; sie gipfelt in der Provokation, sich "Freunde mit dem unge-rechten Mammon" (Lk 16,9) zu machen, indem man Schuldner, die aber, wie die in Diskussion stehenden immensen Werte zeigen, selbst "Mammonisten" sind, via gefälschter Buchhaltung ihre Schulden klein schreibt. Koller sieht in dieser Perikope ein Plädoyer für Schuldenerlass als Weg zur Gerechtigkeit (S. 31-53). Diese 'befreiungstheologische' Deutung (S. 46) überzeugt, weil dieser 'sensus politicus' nicht in Widerspruch steht zum 'sensus theologicus' dieses eschatologischen Gleichnisses, wonach selbst die letzte verbleibende Stunde vor dem Untergang der Welt und dem Anbruch eines neuen, göttlichen Äons genutzt werden sollte, die Dinge dieser Welt noch möglichst in Ordnung zu bringen.

Der Durchgang durch die altisraelitische Geschichte (erster Hauptteil, S. 55-160) erfolgt epochenweise vom Auszug aus Ägypten und Wüstenwanderung, über Landnahme und Zeit der Richter (2. Jt. v. Chr., verschriftlicht im 10. Jh. v. Chr.), Zeit der Könige und Propheten vor dem Exil (vor 609 bis 586, hier: für die Freiwirtschaft die besonders wichtige Zeit der Entstehung des Deuteronomiums) und nach dem Exil (ab 516 v. Chr., hier: Entstehung des Buches Leviticus, in dem vorexilisches Gedankengut wieder aufgenommen ist), Zeiten unter hellenistischen Welt-systemen (ab 332 v. Chr., mit dem Einzug Alexander des Großen in Jerusalem), bis hin zur Zeit Jesu (ca. 30) und dem Urchristentum (ab ca. 40, mit den ersten Texten des Paulus). Jeder Epoche ist ein dreigliedertes Kapitel gewidmet. Zunächst werden sozialökonomische Verhältnisse der jeweiligen Zeit entfaltet, dann in Form von poetischen oder lyrischen Texten des Autors die betreffenden Bibeltexte entfaltet und schließlich in einem dritten Teil jedes Kapitels die

Aktualität für die heutige ökonomische Wirklichkeit hergestellt. Die ersten Teile jedes Kapitels lesen sich zusammen wie eine Einführung in die biblische Sozialökonomie mit viel Gewinn und Genuss. Die Verbindungen zum Heute in den jeweils dritten Teilen der Kapitel wirken – je nach Einstellung des Lesers zur Anwendung biblischer Exegese – manchmal gewagt assoziativ bzw. erfrischend anregend. Zum Beispiel wird Israels Tanz um das goldene Kalb während der Wüstenwanderung mit dem modernen Tanz auf dem Börsenparkett verglichen und dem Leser empfohlen, sich – wie Israel beim Auszug aus Ägypten – einer von Gott geschenkten Gewissheit (*certitudo*) über seine gute Zukunft hinzugeben und die Zukunft nicht durch Geld sichern zu wollen (*securitas*). Sodann fragt Koller drei Kapitel weiter angesichts Zinsverbot, Verbot von Privateigentum an Boden und regelmäßigem Schuldenerlass im Buch Deuteronomium, weshalb wir heute eigentlich keinen humanistischen Sozialismus haben. Die Verantwortung wird der mit der Kapitalmacht alliierten Kirche gegeben. – Soweit Kostproben aus jenem ersten Hauptteil.

In seinem, nach Literaturgattungen geordneten Durchgang durch die thematisch einschlägige Weltliteratur aus drei Jahrtausenden reflektiert Koller zum einen Autoren, die das Verhältnis von Geist und Materiellem eher spirituell bedenken, zum anderen Autoren, die eher theologisch begründete Handlungsanweisungen zur Gestaltung einer gerechten Geld- und Bodenordnung geben (S. 161-259). Ziel dieses zweiten Hauptteils ist es, die "immer neu aktive (...) spirituelle (...) Tradition im Umgang mit der Macht des Geldes" zu entfalten und den "Besitztrieb als Quelle von Unterdrückung und Zerstörung" zu entlarven (S. 258). Wie im ersten Hauptteil begegnen in der Kommentierung des Verfassers wieder erfrischende und erhellende Textdeutungen und Aktualisierungen der gebotenen Quellen.

Vielerlei Aspekte des Buchthemas werden beachtet. Einige betreffen eher die Haltungen des Menschen: die vom Besitztrieb geleitete, selbstzerstörerische Verwandlung von Natur in Ware (Ovid über König Midas, 600 v. Chr.; Leo Tolstoi, ca. 1900; Häuptling Seattle, 1854); Geld als Türöffner zu einem kriminellen Lebensstil (Plato,

ca. 400 v. Chr.); Geld als Versuchung, im Materiellen verhaftet zu bleiben und sein Leben zu vergeuden (Märchen der Gebrüder Grimm, publiziert vor 1863; William Shakespeare, 1594-1599; Victor Hugo, 1795 ; Dorothy Day, ca. 1960); dagegen eine Ökonomie der Fülle für den, der selbst nichts begehrt (Märchen der Gebrüder Grimm, publiziert ca. 1863; Meister Eckhart, ca. 1300); Arbeit als humaner Dienst und nicht als Gewinnstreben (Johannes Kolobos, vor 450; Benedikt von Nursia, ca. 500), Ächtung von Geldgier und Besitztrieb (Evagrius Pontikos, vor 399), eine grundlegende Skepsis gegenüber allem Materiellen (Chassidist Rabbi Israel ben Elieser, ca. 1750); Orientierung am Unmateriellen, daher auch das Nichtstun, als segensreichere Lebensführung als alle menschlichen Gestaltungen (Taoismus, ca. 600 v. Chr.); vom Geld emanzipierter Lebensstil (Franz von Assisi, ca. 1200); vom ethisch belasteten Umgang mit Geld (Heinrich Heine, vor 1856); vom Menschen als schlimmsten Raubtier (Bert Brecht, ca. 1930); die unbedingte Liebe, die allein von der materiellen Welt emanzipiert (Leo Tolstoi, ca. 1900; Mahatma Gandhi, ca. 1920).

Andere Aspekte betreffen eher konkrete Handlungsanweisungen: Verbot von privatem Erbrecht (frühchristlicher Wüstenvater, ca. 2. Jh.; Benedikt von Nursia, ca. 500; Franz von Assisi, ca. 1200); privates Nutzungs- statt Eigentumsrecht am Boden (Asterius von Amasea, um 450; Bert Brecht, ca. 1930), Sozialverpflichtung von Eigentum (Clemens Alexandrinus, um 200); Gütergemeinschaft, nicht Armutsideal (Benedikt von Nursia, ca. 500); Zinsverbot (Martin Luther, ab 1519; Johann W. v. Goethe, vor 1832, Erich Kästner, ca. 1950; Dorothy Day, ca. 1960) bzw. Verbot von jedem leistungslosen Erwerb (Leo Tolstoi, ca. 1900); Verbot von Monopolbildungen (Martin Luther, ab 1519); Verbot von Bodenspekulationen und Privatrechten an Bodenschätzen (Johann W. v. Goethe, vor 1832); nur caritative Dienste mit der eigenen Arbeit, niemals mit Geld können ethisch sein (Leo Tolstoi, ca. 1900); Plädoyer für sanfte Technik, die Arbeitsmöglichkeiten für die Menschen schafft, und gegen kapitalorientierte Technik, die Arbeit vernichtet (Mahatma Gandhi, ca. 1920).

Im Schlussteil (S. 261-300) wird gezeigt, wie viele der genannten Überzeugungen heute in

alternativ zum Kapitalismus denkenden, vernetzten Initiativgruppen und im Bereich eines alternativen Bankenwesens gelebt werden. Dies zeigt, dass sich auch heute niemand den vermeintlichen "Sachzwängen" des kapitalistischen Systems beugen muss, sondern für sich und das Gemeinwesen wirkungsvoll alternative Lebensstile praktizieren kann.

Aufs Ganze gesehen bietet das Buch dem sozialökonomisch Engagierten, der im Alltag doch eher mit freiwirtschaftlicher Theoriebildung und Umsetzungsfragen befasst ist, Gelegenheit, seine Überzeugungen in humanistischer Hinsicht zu bereichern und zu vertiefen.

Dieter Fauth

■ **Hans G. Nutzinger (Hg.)
Christliche, jüdische und islamische
Wirtschaftsethik – Über religiöse
Grundlagen wirtschaftlichen Ver-
haltens in der säkularen Gesellschaft**

Marburg: Metropolis Verlag, 2003. 152 Seiten.

Das Buch bietet (1) Beiträge zur Prägung der "sozialen Marktwirtschaft" durch jüdisch-christliche Traditionen (S. 7-104) sowie (2) Abhandlungen zur islamischen Wirtschaftsethik (S. 105-149). Zu Wort kommt ein christlich motivierter Unternehmer mit Ausführungen (a) über biblisch-ethisch geformte Einstellungen von Mitarbeitern (solidarisch, zu eigenen Schwächen stehend, nicht primär materiell eingestellt, usw.) und (b) über eine biblisch-ethisch orientierte Unternehmensverfassung (Beteiligungen, Primat des Nutzens für den Menschen vor Konzerninteressen, Teamarbeit, Gemeinwohlverpflichtung, usw.). Es wird die These vertreten, dass diese Orientierungen nicht nur einem Wirtschaften für den Menschen entspreche, sondern auch im Interesse des wirtschaftlichen Erfolgs günstig sei (S. 19). Auch könne dieses Konzept ökonomischen Handelns gegen sog. "ökonomische Sachzwänge" durchgehalten werden (S. 13-21). Offen bleibt freilich, ob diese Erfahrung sich auf alle Unternehmensgrößen und -typen verallgemeinern lässt. Auch scheint nur ein (genehmer) Ausschnitt der wirtschaftsethisch bedeutsamen biblisch-ethischen Grundlagen reflektiert. So fehlt z. B. der Umgang mit

Kapital in Form von Einkommen, Gewinnen und Vermögen.

Auch im folgenden Beitrag wird behauptet, dass jüdisch-christlich tradierte Tugenden – Nächstenliebe, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Barmherzigkeit – für die soziale Marktwirtschaft prägend seien (26-44). Allerdings bleiben diese Ausführungen weitgehend theologisch-ethisch immanent mit nur oberflächlichen Verbindungen zu gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen. Z. B. werden ausführliche Darstellungen zur biblischen Sabbatökonomie (S. 36-40) allzu oberflächlich und optimistisch mit dem Geist unserer "heutigen sozialen Sicherungssysteme" parallelisiert (S. 38). Entsprechend den bisherigen Beiträgen wird auch in der nun folgenden, umfangreichsten Abhandlung des Bandes vertreten, dass unser heutiges wirtschaftliches Handeln – individuell-ethisch, hinsichtlich der Regelungssysteme (Wirtschafts-, Rechtsverordnungen) und der ökonomischen Institutionen – zentral jüdisch-christlich tradiert sei. Zunächst wird die Emanzipation der modernen ökonomischen Institutionen von familiären und staatlichen Strukturen in einer entsprechenden, Jahrhunderte langen Ausdifferenzierung der Institution Kirche präformiert gesehen (S. 50-59). Nach den Institutionen werden die biblischen und christentumsgeschichtlichen Prägungen der ethisch-normativen Handlungsmotive in der Ökonomie reflektiert, insbesondere das Arbeitsethos (S. 59-71). Schließlich wird die These entfaltet, wie jüdisch-christliche Traditionen (prophetische Sozialethik, Jesu Hinwendung zu Geächteten, ...) über die wohlfahrtsstaatliche Programmatik in die soziale Marktwirtschaft gelangt sind. Daher beruhe der moderne Staat immer noch auf dem Demokratiedefizit des Gottesgnadentums und der absolutistischen Barmherzigkeit in sich. Demokratie-träglicher seien da schon ökonomisch relevante Regelungsverordnungen und -normen, etwa in der Tradition des biblischen Sabbat- und Jubeljahres. Bis heute aktuell daran sei "das Recht auf Neuanfang", eingegangen z. B. in das Insolvenzrecht (S. 88-91). Als "Extrem" diskriminiert wird allerdings, wenn es zum Bekenntnisfall erklärt würde, bestimmte, wohl neoliberale Weltwirtschaftsstrukturen abzulehnen (S. 92, gegen

U. Duchrow). Richtig freilich sei, dass es keine sog. "Sachzwänge" gibt, gegenüber denen sich eine jüdisch-christlich bewegte Ökonomie heute beugen müsste (S. 91-99).

Das Verdienst dieses ersten Buchteils liegt darin, vielfältige jüdisch-christliche Prägungen der modernen Ökonomie aufgezeigt zu haben. Wünschenswert wäre mehr Profil hinsichtlich des Ertrags dieser Parallelisierungen für die Bewertung moderner ökonomischer Verhältnisse. Zu sehr wird auch die Synthese von jüdisch-christlicher Tradition und moderner Ökonomie betont (s. so auch die Einleitung S. 7-11). Die Spannung, ja oft schreiende Widersprüchlichkeit zwischen beiden Bereichen bleibt unterbelichtet, weshalb die Reformkraft des jüdisch-christlichen Wirtschaftsethos kaum entfaltet ist. Bestimmte, heute unbequeme Inhalte werden auf theologisch-hermeneutischem Wege verflüchtigt. Andere heute sperrige Inhalte wie die jüdisch-christliche Zinskritik werden ganz verschwiegen und damit zentrale Reformpotenziale für die moderne Ökonomie verschenkt.

Im zweiten Teil des Buches, über islamische Wirtschaftsethik, wird zunächst ein exzellenter Einblick in die Grundlagen des Themas geboten, freilich aus der speziellen Warte eines aufgeklärten, westlich gebildeten Muslimen: Gewinnstreben ist nur in Bezug zum göttlichen Willen und seiner Schöpfungsordnung, nicht als Selbstzweck und schon gar nicht bei Verletzung sozial-ethischer Normen erlaubt (S. 110). Eine entsprechende religiöse Rahmung gilt für Wirtschaftswachstum, das das spirituelle Wachstum des Menschen nicht beeinträchtigen darf (S. 119). Abgelehnt wird jeder "nicht äquivalente(..) Leistungsaustausch" (S. 111), also leistungslose Einnahmen durch Zins, Spekulationen, Dividenden, usw. Hierin wird zurecht der "wesentliche Abweichungspunkt" (S. 111) zu westlichen Wirtschaftsweisen und Zivilrechtsordnungen gesehen. Insbesondere das Zinsverbot wird im Islam "am heftigsten" diskutiert (S. 123) und z. B. in einem zinslosen Bankwesen institutionalisiert (S. 113). Das Horten von Geldwerten wird zusätzlich durch eine jährliche Vermögenssteuer von 2,5% unattraktiv gemacht, so dass wegen dieser 'rostenden Geldwerte' das Geld in Umlauf

bleibt und der Befriedigung von Bedürfnissen, vor allem der Bedürftigen, dienen kann (S. 114-116). Statt über den Zins(eszins) reguliert das Bankenwesen den Geldfluss (a) mittels Gewinn- (und Verlust!)beteiligungen, (b) durch Käufe der Bank, die dann gegen Aufpreis veräußert werden [= Zinsnahme der Bank] bzw. (c) durch Käufe der Bank, für die der Kunde erst später liefern muss [= Zinsgabe der Bank] (S. 111-114). In nichtislamischer Umwelt kann dem Zinsverbot durch private zinslose Darlehen und durch zahlreiche islamische Unternehmen, die Gewinn- und Verlustbeteiligungen an Gesellschaften bieten, einigermaßen entsprochen werden (S. 125). Insgesamt sieht der Islam "eine marktwirtschaftliche Ordnung" vor (S. 110), die allerdings wegen des Verzichts auf Geldvermehrung durch Geld (Verbot von Zins, Spekulation und alle leistungslosen Einnahmen) nichtkapitalistisch strukturiert ist.

Der letzte Beitrag des Buches über Wirtschaft im Islam von einem Nichtmuslimen bietet viele bereits gelesene Informationen erneut, doch jetzt mit einer anderen Bewertung. Jetzt wird entfaltet, dass die islamische Wirtschaftsethik und -praxis ökonomische Prosperität behindere, während zuvor der Akzent darauf lag, dass eine nichtkapitalistische (ganzheitliche) Prosperität befördert wird. In der Tat wird nur eine ohnehin auf Kurz oder Lang dem Untergang gewidmete kapitalistische Ökonomie gehemmt, während in nachhaltige, faire und postkapitalistisch vielleicht höchst bedeutende Wirtschaftsweisen eingeübt wird. Freilich erscheint die islamische Wirtschaft, die (idealiter!) ja gerade ein Gegenmodell zum Kapitalismus sein will, unter kapitalistischen Kriterien (Bruttosozialprodukt, Wachstum, Produktivität, quantifizierbares Bildungsaufkommen) unterentwickelt (S. 145-147). Doch steht eine Bewertung islamischer Volkswirtschaften unter Kriterien, die dem islamischen Selbstverständnis entnommen sind, noch aus.

Die Diskrepanzen zwischen beiden Beiträgen zum Islam, aber auch zwischen Beiträgern zum Judentum, Christentum und Islam (z.B. in Judentum und Christentum Verdrängung versus im Islam "heftige Diskussion" des je eigenen Zinsverbotes) lassen besonders bedauerlich erschei-

nen, dass Interreligiosität in dem Buch nur ein additives, aber kein dialogisches setting ist. Die in der "Zeitschrift für Sozialökonomie" besonders geschätzte Freiwirtschaftsbewegung und die ihr verbundenen "Christen für gerechte Wirtschaftsordnung" stehen dem Diskussionstand im Islam jedenfalls näher als demjenigen im Christentum. Gleichwohl ist der gesamte Band mit seiner Fülle an Verknüpfungen von Religionen und Ökonomie für den einschlägig interessierten Leser ein intellektueller Genuss.

Dieter Fauth

■ **Niklas Pieper**
Die rechtliche Struktur bargeldloser Verrechnungssysteme unter besonderer Berücksichtigung von Barter-Clubs und LET-Systemen

Berlin: Weißensee Verlag, 2002. 353 Seiten.

Bereits in einem frühen Stadium haben sich nicht nur Ökonomen, sondern auch Juristen wissenschaftlich mit dem Phänomen der alternativen Giralgeldsysteme auseinandergesetzt. Die Klärung der juristischen Fragen ist – gerade in Deutschland – eine wichtige Voraussetzung für die Etablierung derartiger monetärer Innovationen. Die Juristen Brandenstein, Corino und Petri hatten bereits 1997 mit ihrem wichtigen Beitrag zum Thema "Tauschringe" in der Neuen Juristischen Wochenschrift (NJW) Pionierarbeit geleistet. Jetzt folgt eine umfangreiche und gediegene Dissertation des Rechtsanwalts Niklas Pieper. Er beschäftigt sich nicht nur mit den lokalen Tauschringen von Privatpersonen, sondern auch mit den Tauschringen von Unternehmen, den sogenannten Barter Clubs. Er schließt damit eine wichtige Lücke in der Literatur. Bevor er die für die Praxis wichtigen juristischen Einzelprobleme diskutiert (Bankenrecht, Steuer- und Sozialrecht usw.), analysiert er tiefgehend die juristische Struktur. Dabei ist die Frage zentral, ob es sich bei den Systemen eher um tauschrechtliche Verträge oder um bargeldlose, girale Verrechnungssysteme handelt. Die Antwort ist nicht eindeutig und ist abhängig von der konkreten Vertragsgestaltung.

Der Leser merkt, dass Pieper die Dissertation nicht im Elfenbeinturm geschrieben hat. Er kennt

die "Szene", die Praxis und die Akteure. Da die Tauschringe und Barter Clubs gerade in Deutschland nicht aus dem Nichts entstanden sind, sondern auf eine lange Geschichte zurückblicken, ist die historische Betrachtung mit vielen Details ein besonderer Leckerbissen in diesem Buch. Pieper zeigt die Entwicklungsgeschichte von der Wära-Tauschgesellschaft der 1930er Jahren bis hin zu den Versuchen der Nachkriegszeit, das schweizerische WIR-System auch in Deutschland zu etablieren. Gerichtliche Auseinandersetzungen verhinderten leider diese WIR-Initiativen. Dokumente zu den historischen juristischen Auseinandersetzungen sowie zu Geschäfts- und Teilnahmebedingungen der heutigen Verrechnungssysteme runden diese Dissertation in einem umfangreichen Anhang ab. Für alle, die sich mit den rechtlichen Aspekten der Tauschringe und Barter-Clubs beschäftigen, gehört dieses Buch zur Pflichtlektüre. Keine Angst, das Buch ist auch für Nicht-Juristen gut lesbar.

Hugo Godschalk

■ **Stephen Zarlenga**
Der Mythos vom Geld – die Geschichte der Macht. Vom Tauschhandel zum Euro: eine Geschichte des Geldes und der Währungen

Zürich: Conzett Verlag, 1999. 533 Seiten.

Auf dem ersten Blick ist dieses umfangreiche Buch des Amerikaners Zarlenga eine Geschichte des Geldes, aber eigentlich handelt es sich um ausgewählte historische Episoden der Geld- und Zentralbankgeschichte von dem nebulösen Ursprung des Geldes bis hin zur Europäischen Währungsunion. Besondere Aufmerksamkeit widmet er der Entwicklung der Zentralbanken (Bank von Amsterdam, Bank of England und das Federal Reserve System). Er belegt die nicht überraschende These, dass die Entwicklung des Geldes und der Geldordnung nicht das Ergebnis rational-ökonomischer Prozesse war, sondern dass Machtinteressen eine entscheidende Rolle gespielt haben. Die Entwicklung ist – so Zarlenga – geprägt von dem Tauziehen zwischen den Polaritäten Staat versus private Mächte (meist Banken). Die Entwicklungsgeschichte des amerikanischen Geldwesens bis hin zur Gründung des

privaten Federal Reserve Systems als Zentralbank (1913) belegt diese Polarität eindrucksvoll. Zarlengas Hauptthese ist, dass "die Ausübung der monetären Macht das Hauptmotiv gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist und das diese Macht durch undurchsichtige oder gar falsche Theorien über das Wesen des Geldes ausgeübt wird". (Seite 14) Erst in der Mitte des Buches wird er konkreter: "Wird das Geld als Ware verstanden, die sich für den Handel eignet und ihren Wert aus 'immanenten' Eigenschaften erhält, dann kann es nicht gleichzeitig als eine Schöpfung der Regierung betrachtet werden. Es ist dann eine Schöpfung von Kaufleuten und Bankiers. Wenn Geld jedoch eine abstrakte gesellschaftliche, gesetzlich verankerte Institution ist – wie in diesem Buch dargelegt wird – dann ist es eine Schöpfung von Regierungen, mit der sich die Verfassung adäquat befassen sollte". (Seite 296)

Folgerichtig befürwortet Zarlenga die Vervollständigung des staatlichen Geldschöpfungsmonopols durch die Einführung einer 100% Mindestreserve. Die Gegner dieser Auffassung mögen entgegennen, dass ein staatliches Monopol zwar einem privaten Monopol vorzuziehen sei, dass es sich hier aber immer noch um die Wahl zwischen dem Teufel und Beelzebub handelt. Keine neue Diskussion also. Da die Hauptthese von Zarlenga sich – wider Erwarten – nicht wie ein roter Faden durch die Beschreibung seiner historischen Episoden zieht, ist man nach der Lektüre noch nicht überzeugt, dass sich seine These durch die Geldgeschichte belegen lässt. Der rote Faden fehlt einfach. Oft stellt man sich beim Lesen dieses Buches die Frage, warum der Autor Fakten aufreiht und sich dabei häufig in Details verliert. Ein typisches Patchwork-Buch, allerdings mit vielen interessanten Details und Abschnitten.

Hugo Godschalk

■ Am 4. Jan. 1904 wurde in Straßburg **Karl Walker** geboren, der die Arbeit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft zwischen 1945 und 1975 maßgeblich mitgestaltet hat. Eine Auswahl von Zitaten aus seinen Werken gibt es ab 4. Januar 2004 auf der WebSite www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

VERANSTALTUNGEN

■ Energie – Umwelt – Gesellschaft

Ringvorlesung an der Freien Universität für Hörer/innen aller Fachbereiche und Gäste mit Beiträgen von Prof. Dr. Johannes Heinrichs "Die wechselseitige Bedingtheit von Geldreform und Demokratiereform" (3.12.2003), Prof. Dr. Wolfgang Böhme "Nach Johannesburg: Wie weiter mit dem Klimaschutz in der Welt und in Deutschland?" (11.12.2003), Dr. Hermann Scheer "Globalisierung – Strategie der ideologischen Transformation eines Schlüsselbegriffs" (17.12.2003), Dr. Susanne Mayer "Deutschland armes Kinderland – Plädoyer für eine neue Familienkultur" (14.1.2004), Prof. Dr. Hans-Günter Krüsselberg "Familie als Quelle des Wohlstands in einer menschenwürdigen Gesellschaft" (21.1.2004) und Dipl.-Ing. Gerhard Brandl "Nie wieder Krieg um Öl! – Jetzt Energie aus Meeresswellen" (4.2.2004). Die Vorlesungen und Diskussionen finden jeweils mittwochs von 18.15 bis 20.00 Uhr im Hörsaal in der Takustraße 6 statt.

Nähere Auskünfte:

Prof. Dr. Roland Reich, Berlin | Fon: 030-83855333
Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin | Fon: 030-6115555

■ Die Zukunft der Arbeit

35. Mündener Gespräche am 20. und 21. März 2004 in der Ländlichen Heimvolkshochschule Maria-spring bei Göttingen.

Nähere Informationen:

Ekkehard Lindner, Behrensener Str. 18,
37186 Moringen | Fon: 05503-805 389.
eMail: SG.Lindner@t-online.de
www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

■ Wirtschaft – Macht – Europa ?

10. CGW-/INWO-Tagung vom 20.-23. Mai 2004 in Birkenwerder mit Beiträgen von Mgr. Jan Kubista (Prag), Prof. Dr. Roland Geitmann, Ass.jur. Eckard Behrens, Martin Gück u.a.

Nähere Informationen:

Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel.
Fon: 04451-85714 oder 956480 [AB]
eMail: redaktion-onken@web.de
www.sozialoekonomie.info

WEITERE LESETIPPS

■ Claus Leggewie

Die Globalisierung und ihre Gegner

München: Beck Verlag, 2003. 206 Seiten.

■ Christoph Deutschmann (Hrsg.)

Die gesellschaftliche Macht des Geldes

Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002. 360 Seiten.
(Leviathan-Sonderheft 21/2002)

■ Horst Dippel

Geschichte der USA

München: Beck Verlag, 5. Auflage 2002. 140 Seiten.

■ Ernst-Otto Czempel

Weltpolitik im Umbruch – Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen

München: Beck Verlag, 2003. 230 Seiten.

■ Hans-Eckehard Bahr

Erbarmen mit Amerika – Deutsche Alternativen

Berlin: Aufbau Verlag, 2003. 157 Seiten.

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dr. Roland Benedikter

Cavourstr. 23a, I-39100 Bozen

Helmut Creutz

Monheimsallee 99, 52062 Aachen

Dr. Dieter Fauth

Bismarckstr. 15, 97080 Würzburg

Dr. Hugo Godschalk

Im Uhrig 7, 60433 Frankfurt/Main

Josef Hüwe

Ludwigsfelder Str. 11, 14165 Berlin

Dr. Christof Karner

Felix-Iribauer-Str. 7/8, A-3200 Obergrafendorf

Dr. Christoph Körner

Erlbachtal 40, 09306 Erlau

Prof. Dr. Dirk Löhr

Riottestr. 14, 66606 St.Wendel

Dipl.-Vw. Andreas Rams

Aachener Str. 495, 50933 Köln

Prof. Dr. Gerhard Senft

c/o Wirtschaftsuniversität Wien
Augasse 2-6, A-1090 Wien